

Preussische Allgemeine



Nr. 24 · 18. Juni 2021

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,40 €

Ende eines Hypes

Der Höhenflug der Grünen scheint gestoppt. Neben dem schwachen Auftreten der Kanzlerkandidatin Baerbock setzen der Öko-Partei zunehmend auch ihre inneren Widersprüche zu
Seiten 1 und 3



Corona Die Zweifel am Institut für Virologie in Wuhan wachsen **Seite 2**



Geschichte Der preussische Heeresreformer Hermann von Boyen **Seite 10**

FOTO: EMILY DELETTOSHUTTERSTOCK, PA

AUFGEFALLEN

Das Ende von Journalismus

Der ARD-„Presseclub“ gehört zu den altherwürdigen Instanzen des deutschen Fernsehens. Seit Dezember 1987 arbeitet die Sendung in der Nachfolge des „Internationalen Frühschoppens“ Sonntagmittags ein wichtiges politisches Thema der Woche auf.

Laut Eigenbeschreibung analysieren „Journalistinnen und Journalisten mit unterschiedlichen Standpunkten (...) aus unterschiedlichen Blickwinkeln politische Ereignisse und Entwicklungen. Dabei (...) entsteht im Dialog ein Wettstreit um die Interpretation von politischen Vorgängen.“

Wer jedoch die Sendung vom vergangenen Sonntag sah, dürfte – sehr gelinde gesagt – leise Zweifel an der Selbstbeschreibung des öffentlich-rechtlichen Formats haben. Unter dem Titel „Pleiten, Pech und Baerbock – Können die Grünen den Abwärtstrend stoppen?“ diskutierten dort Bernd Ulrich von der „Zeit“, Ulrike Nimz von der „Süddeutschen Zeitung“ und Ulrike Winkelmann von der „taz“ mit Gastgeber Volker Herres. Fast schon der Exot in der Runde war Christoph Schwennicke, zuletzt zwar Chefredakteur des „Cicero“, davor freilich beim „Spiegel“ und ebenfalls der „Süddeutschen Zeitung“. Mithin also allesamt Journalisten von Medien, denen man sicherlich kein Unrecht antun würde, wenn man ihnen eine gewisse Affinität zu den Grünen nachsagte. Noch Fragen?

In der Konsequenz jedenfalls wirkte die Sendung denn auch nicht wie ein Streitgespräch unter Journalisten – sondern wie die Lagebesprechung eines PR-Teams der Grünen. *neh*

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Zwischen taktischem Kalkül und extremen Zielen

Zwar konnte die Führung beim Parteitag allzu radikale Forderungen der Basis abwenden. Doch zeigt ihre Begründung, dass die Mäßigung nur vorgeschoben ist

VON HANS HECKEL

Es klingt paradox, aber am Ende könnten die Skandale um Annalena Baerbock, ihre Falschaussagen und „Versäumnisse“, der grünen Wahlkampf-Regie sogar genützt haben. Vor Wochen schwelgte die Partei im Hochgefühl der Siegesgewissheit, getragen von einer beispiellosen Jubelpresse. Hätten sich die Delegierten vergangenes Wochenende noch in dieser Euphorie (digital) versammelt, um ihre Kanzlerkandidatin offiziell zu küren und das Wahlprogramm zu verabschieden, wären einige der radikalen Änderungsanträge womöglich doch durchgekommen.

Erst mal die Wahlen gewinnen

Der immer stärker werdende linksradikale Rand der Grünen wollte unter anderem große Wohnkonzerne enteignen, den Spitzensteuersatz auf 53 Prozent sowie den Mindestlohn auf 13 Euro erhöhen und sogar das Wort „Deutschland“ aus dem Programm tilgen. Mit dem drohenden Fingerzeig auf sinkende Umfragewerte gelang es jedoch der Parteiführung, solche Vorstöße abzuwehren.

Bezeichnend sind die angeführten Gründe für die selbst auferlegte Mäßigung: „Wir sollten es unseren Gegnern nicht zu einfach machen“, wehrte etwa ein Fachsprecher der Parteispitze die Enteignungspläne ab. Ähnlich argumentierte

die Grünen-Führung auch gegen andere Anträge zur Radikalisierung des Programms. Das kann nur so gedeutet werden, dass man inhaltlich durchaus sehr viel weiter gehen möchte, als man es im Wahlprogramm zugibt. Doch um die Wahlen gewinnen zu können, hält man damit lieber hinterm Berg.

Alles driftet ins Extreme

Die Richtung „stimmt“ dennoch: Mehr Belastungen, mehr Vorschriften, weniger Freiheit und dazu „Projekte“, deren Finanzierung in den Sternen steht, von wo aus die Rechnungen alter Erfahrung nach direkt auf die Steuerzahler niederprasseln werden. Die Grünen sind in einer gefährlichen Dynamik gefangen, wie sie für das Wesen von Fanatikern bezeichnend ist. Zentral ist diesem Wesen, dass es nie genug haben kann, dass es immer weiter muss, immer weiter ins Extreme, bis sich sein Handeln gegen sich selbst richtet.

So wurde aus der hart erkämpften Gleichberechtigung der Frau schließlich „Gender“. Die Überwindung nationaler Überheblichkeit degeneriert zur Verachtung der eigenen Nation. Die Überwindung von Rassismus artet aus zur linken „Identitätspolitik“, welche die Weißen auf wiederum rassistische Weise zum Verachtenswerten herabstufte und schon den selbstverständlichen Hinweis „Alle leben zählen“ (und nicht nur schwarze) als „Rassismus“ geißelt. Und konnte man über ein

etwas freizügigeres Einwanderungs- und Einbürgerungsrecht vielleicht noch diskutieren, ist das Ganze bei den Grünen in eine selbstzerstörerische „Deutschland-für-alle“-Politik radikalisiert worden. Und über die „Gerechtigkeitsdebatte“ schleichen sich schließlich ranzige kommunistische Enteignungsphantasien wieder ein.

Selbst das Kern- und Gründungsthema der Grünen, der Naturschutz, ist vor der Zersetzung durch ihren Fanatismus nicht sicher. Ganz im extremen Sinne von „Ganz oder gar nicht“ werden Atomkraft und fossile Energieträger auf Biegen und Brechen im Eiltempo lahmgelegt. Das Resultat ist nicht allein die Gefährdung der industriellen Basis Deutschlands, sondern auch eine Welle gigantischer Naturzerstörungen durch Windkraftanlagen.

Die Wähler haben es in der Hand

Dass die Grünen, eingedenk ihrer derzeit schwieriger gewordenen Ausgangslage zur September-Wahl, ein wenig auf die Bremse treten, hat somit nicht viel zu bedeuten. Schon, weil die Parteiführung selbst klar durchblicken lässt, dass sie die von ganz links angepeilte Radikalisierung nur taktisch motiviert zurückstellen will.

Je mehr Macht also diese Partei am 26. September vom Wähler erhält, desto stärker wird sie sich beflügelt sehen, weiter in extreme Richtungen zu drängen. Darüber kann das taktische Kreidefressen nicht hinwegtäuschen.

IN DIESER AUSGABE

Politik

Steht das Recht der Europäischen Union über deutschem Recht?

Seite 4

Kultur

Vor 200 Jahren begeisterte der „Freischütz“ die Berliner – und die Kulturnation

Seite 9

Das Ostpreußenblatt

In Königsberg verunsichert ein mysteriöses Fischsterben im Schlosteich die Bürger

Seite 13

Lebensstil

Wie das Wachstum der Erdbevölkerung zur Umkehr in der Landwirtschaft zwingt

Seite 21



Lesen Sie die PAZ

auch auf unserer Webseite **paz.de**



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Ursachenforschung Von einer „Verschwörungstheorie“ zur realen Option: In der Frage nach dem Ursprung des Coronavirus verlangt nun auch Joe Biden Aufklärung von den Chinesen. Aus gutem Grund

Der Nebel lichtet sich

Enthüllte E-Mails zeigen, wie US-Chef-Virologe Fauci versuchte, jeden Verdacht von Wuhan fernzuhalten

VON WOLFGANG KAUFMANN

Was bislang eher als „Verschwörungstheorie“ galt, wird nun immer öfter als mögliche Realität gehandelt: der Ursprung des Coronavirus SARS-CoV-2 aus dem Hochsicherheitslabor des Institutes für Virologie Wuhan der staatlichen Chinesischen Akademie der Wissenschaften. Daher beauftragte US-Präsident Joe Biden die Geheimdienste der Vereinigten Staaten Ende Mai, binnen 90 Tagen herauszufinden, was für oder gegen diese Annahme spreche – eine Entscheidung, die Peking mit vehementen Protesten quittierte.

Doch damit nicht genug: Bidens Amtsvorgänger Donald Trump forderte am 3. Juni sogar: „China sollte zehn Billionen Dollar an Amerika und die Welt zahlen, für den Tod und die Zerstörung, die sie verursacht haben!“ Darüber hinaus rief er die Staaten rund um den Globus dazu auf, ihre Schulden bei der Volksrepublik nicht zu begleichen. Anschließend übte Trump heftige Kritik an dem US-Immunologen Anthony Fauci, welcher seit 1984 als Direktor des National Institute of Allergy and Infectious Diseases (NIAID) fungiert und am 20. Januar 2021 zum Chief Medical Advisor, also obersten medizinischen Berater von Präsident Biden avancierte. Trump warf Fauci vor, davon gewusst zu haben, dass die chinesischen Virologen in Wuhan eine sogenannte Gain-of-Function-Forschung mit Coronaviren tierischen Ursprungs betreiben. Diese dient dem Zweck, die Gefährlichkeit der Krankheitserreger zu erhöhen, um so entweder leichter Gegenmittel zu finden oder aber eine biologische Waffe zu erhalten. Bei seiner Attacke berief sich der ehemalige Präsident auf den E-Mail-Verkehr von Fauci, der am 2. Juni im Einklang mit dem US-Informationsfreiheitsgesetz veröffentlicht worden war. Aus dem geht unter anderem hervor, dass Faucis Stellvertreter Hugh Auchincloss seinen Vorgesetzten schon 2015 über die chinesische Gain-of-Function-Forschung an einem „SARS-ähnlichen Cluster kursierenden ... Coronaviren“ informiert hatte.

Zweifel wurden nicht geduldet

Das freilich war nicht die einzige Peinlichkeit, die Faucis E-Mails enthüllten. Der NIAID-Chef hatte auch mit aller Macht



Seit Ausbruch der Corona-Pandemie versuchten nicht nur chinesische Behörden, sondern auch Virologen aus Europa und den USA, jeglichen Verdacht vom Institut für Virologie in Wuhan fernzuhalten Foto: pa

und wider besseren Wissens versucht, sämtliche Stimmen mundtot zu machen, welche darauf hinwiesen, dass das SARS-CoV-2-Virus sehr wohl aus dem Labor in Wuhan stammen könnte. Hierzu kooperierte – oder besser gesagt – konspirierte

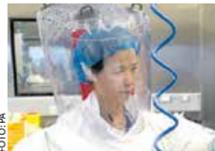
Fauci mit dem britischen Infektionsepidemiologen Peter Daszak, welcher als Leiter der US-Nichtregierungsorganisation EcoHealth Alliance fungiert und eng mit dem Institut für Virologie Wuhan und der dortigen Corona-Forscherin Shi Zhengli

zusammenarbeitete, wobei Fauci auch von Letzterem Kenntnis hatte.

Der Gain-of-Function-Experte Daszak initiierte einen Aufruf von 26 führenden Virologen, darunter auch Christian Drosten von der Charité, der im Februar 2020 in der medizinischen Fachzeitschrift „The Lancet“ abgedruckt wurde und in der Formulierung gipfelte, die Unterzeichner „stehen zusammen, um Verschwörungstheorien scharf zu verurteilen, die darauf hindeuten, dass COVID-19 keinen natürlichen Ursprung hat“.

Und schließlich beweisen die Mails auch noch, dass Fauci wusste, dass die US-Behörden das Institut in Wuhan über die EcoHealth Alliance finanziell unterstützten (siehe rechts). Letzteres entschuldigte Bidens Berater mit der SARS-Pandemie von 2001 bis 2003, die ebenfalls von China ausging: „Es wäre fast eine Pflichtverletzung gewesen, wenn wir das nicht studiert hätten, und die einzige Möglichkeit, diese Sache zu studieren, ist, dorthin zu gehen, wo die Action ist.“

Protagonisten einer besonderen Partnerschaft



Shi Zhengli vom Institut für Virologie in Wuhan experimentiert seit 2005 mit Coronaviren und steht im Verdacht, SARS-CoV-2 gezüchtet zu haben



Peter Daszak ist Präsident der US-Nichtregierungsorganisation EcoHealth Alliance, die auch mit dem Institut für Virologie in Wuhan kooperierte



Der frühere AIDS-Forscher **Anthony Fauci** leitet seit 1984 das National Institute of Allergy and Infectious Diseases (NIAID) in North Bethesda

KONSEQUENZEN

Für Doktor Fauci wird es nun eng

Nach den jüngsten Enthüllungen fordern zahlreiche US-Kommentatoren die Absetzung von Joe Bidens „Chief Medical Advisor“

Am 2. Juni dieses Jahres publizierten das US-Nachrichtenportal „BuzzFeed“ und die „Washington Post“ Auszüge aus der E-Mail-Korrespondenz von Präsident Joe Bidens medizinischem Chef-Berater Anthony Fauci aus der Zeit zwischen Februar und April 2020. Die 3200 Seiten waren den Medien aufgrund des Freedom of Information Act (FOIA) übergeben worden. Dieses Gesetz zur Informationsfreiheit verleiht jedem US-Bürger das Recht, Zugang zu Dokumenten von staatlichen Behörden der USA zu verlangen.

Der elektronische Schriftwechsel enthüllte nicht nur, wie Fauci die Vertreter der These, dass das SARS-CoV-2-Virus aus dem Labor des Institutes für Vi-

rologie Wuhan stamme, zu diskreditieren versuchte, sondern zeigte auch die Rolle des Direktors des National Institute of Allergy and Infectious Diseases (NIAID) bei der Finanzierung der chinesischen Forschungseinrichtung mit amerikanischen Steuergeldern. Wobei Fauci noch am 12. Mai vor dem US-Senat behauptet hatte, er wisse nichts über dieses Sponsoring. Darum konstatiert der republikanische Senator Randal Paul aus Kentucky jetzt vollkommen zu Recht, der NIAID-Chef und Biden-Günstling sei „ein Betrüger. Ein Riesenbetrüger“.

Zudem zeigen die E-Mails auch, dass Fauci den Sinn von Schulschließungen und des Tragens von Mund-Nase-Masken

bezweifelte, aber dennoch als Verfechter beider Maßnahmen „zum Schutz vor Corona“ auftrat. Deshalb wird er von manchen Medienvertretern in den USA nun als „zutiefst politischer und ... unehrlicher, schäbiger Bundesbürokrat“ betitelt. Außerdem leidet Faucis Ruf noch unter dem Bekanntwerden seiner vertraulichen Absprachen mit dem Facebook-Chef Mark Zuckerberg. Diese ermutigten das soziale Netzwerk, sämtliche Äußerungen zu zensieren, die nicht Faucis Version von der Herkunft des Corona-Virus entsprachen.

Angesichts all dieser Machenschaften des NIAID-Direktors mehren sich inzwischen die Stimmen, welche seine Entlassung fordern. Senator Paul hat hierzu

Der Schriftwechsel enthüllte auch die Rolle Faucis bei der Finanzierung der chinesischen Forschungseinrichtung mit amerikanischen Steuergeldern

beispielsweise die Kampagne „firefauci“ gestartet. Und die republikanische Abgeordnete für Georgia im Repräsentantenhaus, Marjorie Taylor Greene, wiederum brachte einen Gesetzesentwurf ein, der vorsieht, dass Faucis Gehalt von derzeit 434.312 US-Dollar pro Jahr – mehr übrigens als der US-Präsident verdient – auf Null reduziert werden solle. Einige Kommentatoren verlangen sogar die Inhaftierung des Biden-Beraters wegen Meineid.

Dabei dürften Faucis Tage im Amt oder in Freiheit vor allem dann gezählt sein, wenn die US-Geheimdienste demnächst Anhaltspunkte für die Herkunft des Corona-Virus aus dem Labor in Wuhan finden sollten. W.K.

GELDER FÜR WUHAN

Haben US-Institutionen eine Mitschuld?

Das staatliche chinesische Institut für Virologie in Wuhan erhielt ab 2014 auch Geld von der Regierung der Vereinigten Staaten – allerdings nicht direkt, sondern auf dem Umweg über die Nichtregierungsorganisation EcoHealth Alliance, die sich unter anderem der Pandemievorbeugung verschrieben hat und dafür allein zwischen 2013 und 2020 Zuschüsse aus Washington in Höhe von 60 Millionen US-Dollar bekam. 39 Millionen Dollar stammten dabei aus dem Haushalt des US-Verteidigungsministeriums. Darüber hinaus floss ein Teil des Geldes über das von Anthony Fauci geleitete National Institute of Allergy and Infectious Diseases (NIAID), welches wiederum durch die National Institutes of Health (NIH) beziehungsweise das United States Department of Health and Human Services, also das US-Gesundheitsministerium, finanziert wird.

Die wiederholten Zahlungen seitens der EcoHealth Alliance resultierten aus den guten Beziehungen zwischen dem Präsidenten der Nichtregierungsorganisation Peter Daszak und der prominenten chinesischen Corona-Forscherin Shi Zhengli. Insbesondere hatten weder Daszak noch dessen enger Vertrauter und Unterstützer Fauci ein Problem damit, dass man in Wuhan im Rahmen der Gain-of-Function-Forschung ganz offensichtlich auch an der Erhöhung der Gefährlichkeit der bisher bekannten tierischen Corona-Viren arbeitete. Vielmehr scheint das Verbot derartiger Experimente seitens der US-Regierung im Jahre 2014 bei Fauci den Wunsch geweckt zu haben, ein Partner-Institut im Ausland zu finden.

Möglicherweise erfolgte die Beschäftigung mit dem SARS-Erreger in Wuhan also im Zuge von gemeinsamen Projekten mit US-Virologen, die nach Schlupflöchern suchten, um ihre Gain-of-Function-Forschung fortzusetzen. Das jedenfalls argwöhnt der renommierte Wissenschaftsjournalist Nicholas Wade jetzt in einem gründlich recherchierten Artikel auf seiner Website mit dem Titel „Ursprung von Covid – Den Hinweisen folgen“. W.K.

Aufprall in der Wirklichkeit

Wie kaum einer anderen Partei gelang es den Grünen – mit Unterstützung wohlwollender Medien – in den vergangenen Jahren, den Zeitgeist zu prägen. Um so größer ihr Erstaunen über die Rückschläge der letzten Wochen

VON REINHARD MOHR

Vor wenigen Wochen noch sah es so aus, als schwebte Annalena I., getragen von den eruptiven Begeisterungswellen großer Medien wie „Stern“, „Süddeutscher Zeitung“ und den öffentlich-rechtlichen Freundeskreisen der Grünen wie von selbst ins Kanzleramt – die natürliche Nachfolgerin von Angela Merkel. CDU und CSU schienen schon der SPD auf dem Weg in den historischen Abgrund zu folgen, geführt von einem wenig charismatischen Kanzlerkandidaten Laschet, der mit Ach und Krach seinen Konkurrenten Markus Söder aus dem Feld geschlagen hatte. Kurz: Die alte bürgerliche Mitte der Bundesrepublik wirkte matt, blass und wie von gestern – voller Auflösungserscheinungen.

Taktgeber des Zeitgeists

Inzwischen hat sich der Wind gedreht. Nicht nur die Fehler der Kanzlerkandidatin Baerbock, sondern auch die bange Frage vieler Menschen, ob man die Führung des wirtschaftlich stärksten Landes in Europa tatsächlich einer jungen Frau ohne jede Regierungserfahrung überlassen soll, die es noch nötig hat, ihre beruflich dünne Biographie aufzuhübschen, sorgten für den Absturz in den Meinungsumfragen. Auch nach dem Wahlparteitag der Grünen, der kaum mehr als eine pflichtgemäße innerparteiliche „Aufbruchstimmung“ inszenierte, stellt sich die entscheidende Frage: Ist der grüne Höhenflug schon vorbei? Wichtiger noch: Wie stark weht er noch, der grüne Zeitgeist, der in den letzten Jahren der Ära Merkel den Eindruck immer stärker werden ließ, die Ökopartei sei längst der eigentliche Stichwort- und Taktgeber der Bundesregierung?

Nicht erst durch die anhaltende Klimadebatte haben die Grünen, verstärkt durch die mediale Stimmungs- und Talkshow-Kultur, die gesellschaftliche Selbstwahrnehmung geprägt. Ob Atomausstieg, Flüchtlingspolitik und Willkommenskultur, Sozialstaatsausbau oder „Gender-Sprache“ – wer sich dagegen stellt oder auch nur vernehmlich Zweifel und Kritik äußert, landet im „rechten“ Abseits. Wer nicht links-grün ist, ist „rechts“. Punktum. Die Merkel-CDU dagegen folgte dem Zeitgeist stets nur mit einer kleinen Verzögerung und letzten verbliebenen, fast schamhaften Vorbehalten. Helmut Kohls „geistig-moralische Wende“ aus den 1980er Jahren ist nur noch eine ferne Erinnerung. Der Zeithistoriker Andreas Rödder, selbst CDU-Mitglied, hat schon die Frage gestellt, warum man eigentlich überhaupt noch die Unionsparteien wählen soll und nicht gleich die Grünen.

Der langjährige Siemens-Chef Joe Kaeser hat sich schon entschieden: Er schwärmt in höchsten Tönen von einer künftigen Kanzlerin Annalena Baerbock. Dies ist gewiss eine Minderheitenposition innerhalb der deutschen Wirtschaft, doch unbezweifelbar sind die Grünen, die noch bei der Bundestagswahl 2017 mit 8,9 Prozent die schwächste Fraktion – hinter AfD, FDP und Linkspartei – stellten, inzwischen bis tief in die bürgerliche Mitte vorgestoßen und erreichen in Umfragen mehr als 20 Prozent.

Radikale Kräfte unter der Oberfläche

Existenzielle gesellschaftliche und kulturelle Konflikte in der ebenso komplexen wie harten Realität scheint es in diesem grünen Kosmos allerdings nicht mehr zu geben, jedenfalls dann nicht, wenn man sich der schönen grünen Welt aus Wille und Vorstellung anvertraut, Motto: „Deutschland – alles ist drin“. Alles wird gut. Da stören dann auch nicht jene 300 Parteimitglieder, die das Wort „Deutschland“ streichen wollten, weil es nationalistische Reflexe auslösen könnten.



Angekommen in der rauen Realität: Die Grünen-Vorsitzenden Annalena Baerbock und Robert Habeck am vergangenen Wochenende beim digitalen Parteitag ihrer Partei

Foto: imago images/photothek

So abwegig und absurd dieser Nationalismus *ex negativo* ist, so zeigt er doch, dass unterhalb der harmonischen Oberfläche noch ganz andere, radikalere Kräfte wirken – vor allem bei den vielen jungen Neumitgliedern, die von „Fridays for Future“ und einem teils explizit linken Antikapitalismus geprägt sind.

Die ökosoziale Mischung aus „Klimaschutz“ und Wohlfahrtsstaat, der sich aller Sorgen der Bürger annimmt, atmet gleichwohl nicht mehr jenen Radikalismus, der die Partei lange Zeit im Zehn-Prozent-Turm gefangen hielt. Aus der linken Milieupartei der militanten Pazifisten und Atomkraftgegner ist ein Sammelbecken des fortschrittlichen Neubürgertums geworden, zu dem nicht wenige „Lifestyle-Linke“ gehören, wie Sahra Wagenknecht sie nennt. „Öko“, „bio“ und „Klima“ gehen dabei Hand in Hand, auch wenn die jungen Mütter ihre Kleinen im SUV in die Kita fahren.

Hang zur endemischen Sonntagsrede

Längst herrscht im grünen Milieu eine Mischung aus alltagstauglichem Pragmatismus, metaphysischen Hoffnungsresten und jener nachhaltig-ökologischen, diversen und diskriminierungsfreien Lebenswelt, in der sich Networking auf Latte Macchiato reimt und Feldenkrais auf Fuerteventura. Die alten Flügelskämpfe zwischen „Fundis“ und „Realos“ sind Vergangenheit, und die Selbstinszenierung des Führungsduos Habeck/Baerbock ist bis ins Kleinste professionell durchgestylt.

Während die SPD, Opfer der sozialen Turbulenzen einer sich rasant verändernden Gesellschaft, praktisch marginalisiert wird, surfen die Grünen auf den Wogen eines metaphysischen Fortschritts, zu dessen Beschreibung nur die gängigen modischen Wohlfühlformeln nötig sind – von „nachhaltig“ bis „achtsam“, von „divers“ bis „bunt“. Die soziale Realität, auch die in den multikulturellen Brennpunkten, in denen die SPD massenhaft Stimmen an die AfD abgeben muss, hat mit ihrer abstrakten, unbefleckten Liebe zu „Vielfalt“ und „Weltoffenheit“ so gut wie nichts zu tun.

Hinzu kommt der Hang zur endemischen Sonntagsrede, in der eine schöne, endlich

„klimaneutrale“, friedliche und „sozial gerechte“ Welt ausgemalt wird wie einst vom Pfarrer in der Kirche – nur mit dem Unterschied, dass der stets vom Himmelreich sprach. So strotzen viele Parteitagreden vor zeitlosen Kalenderweisheiten aus dem Arsenal der Weihnachtsansprachen. Es zählt das gute Gefühl – der fortgeschrittene Zustand einer politischen Selbsthypnose. Aus dem Protest ist die Predigt geworden, Politik wird zur Poesie.

Unvergessen in diesem Zusammenhang sind die Worte der Fraktionsvorsitzenden Göring-Eckardt, die die Hunderttausenden Flüchtlinge vom Sommer 2015 als „Geschenk“ bezeichnete und auf dem grünen Parteitag im Herbst jenes Jahres geradezu jubelnd ausrief: „Unser Land wird sich ändern, und zwar drastisch. Und ich sag Euch eins: Ich freu mich drauf!“ Es ist bis heute ein Rätsel unserer demokratisch verfassten Öffentlichkeit, dass sie, nach allem, was seitdem passiert ist, nicht regelmäßig mit dieser unglaublich naiven, ja dummen Formulierung konfrontiert wird.

Die Rolle der Medien

Aber genau hier schließt sich der Kreis des grünen Erfolgs: Die meisten Journalisten sind Sympathisanten und Wähler der Grünen und blicken weitaus kritischer und unachtsichtiger nach rechts als nach links. Erst jetzt, da der grüne Höhenflug fürs Erste zu einem Ende gekommen scheint, gibt es kritische Fragen – nicht zuletzt ein Bumerang-Effekt der allzu frühen Krönungsmessen. „Das war’s“ stand über einem sehr ungnädigen Kommentar der langjährigen „taz“-Autorin Bettina Gaus, die im „Spiegel“ einen fliegenden Wechsel der Kanzlerkandidatur von Baerbock zu Habeck empfahl.

Die „taz“, so etwas wie der „Bayernkurier“ der Grünen seit den alten Kampfzeiten der 1970er Jahre, ahnt schon die harte Landung in der Realität: Eine schwarzgrüne Bundesregierung mit einem Kanzler Laschet. Ihre Vorausschau ist düster: „Es wird mit CDU und CSU keinen Abschied von Hartz IV geben, also keine sanktionsfreie Grundsicherung und auch keine Regelsätze von 603 Euro.

Viele Parteitagreden strotzen vor zeitlosen Kalenderweisheiten aus dem Arsenal der Weihnachtsansprachen. Es zählt das gute Gefühl – der fortgeschrittene Zustand einer politischen Selbsthypnose. Aus dem Protest ist die Predigt geworden, Politik wird zur Poesie

Es wird keine Bürgerversicherung geben und auch keinen Mindestlohn von 12 Euro, außerdem keine Kindergrundsicherung, keine Vermögensteuer, keine Abschaffung des Ehegattensplittings, keinen Klimapass für Geflüchtete, keine Änderung des Transsexuellen-Gesetzes und keine echte Abkehr von der Schuldenbremse, also kein Geld für all die grünen Investitionswünsche, die viele Milliarden Euro kosten.“

Die Aufzählung ist unvollständig, aber sprechend, gerade weil es nur das Minimalprogramm der grünen Führung ist, die fast alle Verschärfungswünsche der Basis abgewehrt hat, um die bürgerliche Mitte nicht allzu sehr zu verprellen. Viele Wählerinnen und Wähler werden dennoch sagen: Gott sei Dank, dass das nicht alles so beschlossen werden wird! In den Augen vieler dürfte es geradezu wie eine Art Anti-Wahlwerbung der Grünen aussehen.

Scheitern an der Wirklichkeit

Genau hier beginnt die spannende Frage, die in den kommenden Monaten beantwortet werden muss: Scheitern die Grünen ausgerechnet dann an der Wirklichkeit, wenn sie auf dem Sprung zur Macht, gar ins Kanzleramt sind? Schon bei der ersten grünen Regierungsbeteiligung im Bund 1998 mit Gerhard Schröder und Joschka Fischer hat man die bittere Erfahrung gemacht, dass lange gehütete Prinzipien – etwa eine pazifistische Grundeinstellung – durch unvorhergesehene Ereignisse wie den Kosovo-Krieg 1999 und die Terrorattacken vom 11. September 2001 über Bord geworfen werden müssen.

Zwanzig Jahre später stehen die sozialökonomischen und finanzpolitischen Herausforderungen nach der überstandenen Pandemie im Vordergrund, die neu aufgetauchten Milliardenfzite und die Probleme einer europäischen Schuldenunion, die nun entgegen allen Schwüren und Abmachungen Realität geworden sind.

Gleich dahinter lauern schon die absehbaren nächsten Flüchtlingswellen nach Europa, wo nicht nur die osteuropäischen Länder, sondern auch Österreich, Holland, Dänemark und Schweden nicht mehr bereit sind, weitere illegale Zuwanderung zu tolerieren – auch nicht auf dem Wege eines europäischen „Verteilungsmechanismus“, den die Grünen wider alle Realität weiter fordern. Gleichzeitig lehnen sie eine „Obergrenze“ ab, ohne sich ehrlich Rechenschaft darüber abzulegen, dass das deutsche Asylrecht längst zum untauglichen Instrument einer Einwanderung aus Motiven geworden ist, die mit politischer Verfolgung nichts zu tun haben.

Hier sind – ähnlich wie in den USA, wo der Druck auf die mexikanisch-amerikanische Grenze massiv zunimmt und Vizepräsident Kamala Harris Migranten aus Mittelamerika dringend auffordert, nicht zu fliehen, sondern zu Hause zu bleiben – Konflikte unvermeidlich: mit einer Mehrheit der Bevölkerung, vor allem aber mit dem multikulturellen Selbstverständnis, dem Identitätskern der Grünen.

In der Auseinandersetzung zwischen Machtanspruch und Moral, zwischen Gesinnungs- und Verantwortungsethik im Sinne Max Webers wird sich zeigen, wie und wohin sich die bisherige Dominanz des grünen Zeitgeists entwickelt. Nicht zuletzt wird es auch davon abhängen, ob sich die bürgerlich-liberalen Kräfte wieder deutlicher und vernehmbarer zu Wort melden – am besten mit überzeugenden Argumenten.

● Reinhard Mohr war bis 2004 Redakteur des „Spiegel“ und bis 2010 Autor von „Spiegel Online“. Soeben erschien „Deutschland zwischen Größenwahn und Selbstverleugnung. Warum es keine Mitte mehr gibt“ (Europa Verlag, 2021).
www.europa-verlag.com

● MELDUNGEN

Boycott der Linkspartei

Saarbrücken – Oskar Lafontaine, Fraktionsvorsitzender der Linkspartei im saarländischen Landtag, hat angekündigt, er und seine Frau Sahra Wagenknecht würden die Partei im Saarland im anlaufenden Bundestagswahlkampf nicht unterstützen. Der 77-jährige Politiker rief die Wähler zudem auf, bei der Bundestagswahl der Linkspartei im Saarland nicht ihre Zweitstimme zu geben. Aus seiner Sicht hat sich auf der Landesmitgliederversammlung bei der Aufstellung der Landesliste zur Bundestagswahl „das Betrugssystem wie bei den zurückliegenden Aufstellungsversammlungen zur Bundestagswahl wieder durchgesetzt“. Die Mitgliederversammlung hatte am 6. Juni in Neunkirchen Thomas Lutze, den Landesvorsitzenden der Saar-Linken, zum Spitzenkandidaten für die Bundestagswahl gewählt. Lafontaine und sein einstiger Mitarbeiter Thomas Lutze liefern sich seit längerer Zeit einen Kampf um die Macht bei der Saar-Linken. N.H.

VS Sachsen „keine Stasi 2.0.“

Dresden – Durch ein Dokument des Parlamentarischen Kontrollausschusses im Dresdner Landtag wurde am 8. Juni bekannt, dass das Landesamt für Verfassungsschutz (VS) Sachsen auch Daten über den stellvertretenden Ministerpräsidenten des Freistaates Martin Dulig (SPD) und diverse Politiker der Linken und Grünen zusammengetragen hat. Hierzu sagte der seit Juli 2020 amtierende Behördenchef Dirk-Martin Christian der „Leipziger Volkszeitung“: „Was in unserem internen Vorgangsbearbeitungssystem teilweise gespeichert wurde, ist derart banal, dass ich eigentlich nur mit dem Kopf schütteln kann.“ Manche Beschäftigte des Amtes besäßen offenbar „eine gewisse Sammelleidenschaft in ihrer DNA“. Dennoch sei der sächsische Verfassungsschutz „keine Stasi 2.0.“. Christian will erst einmal genau untersuchen lassen, in welchem Umfang „Nichtextremisten ... in die Datenspeicher geraten“ sind. W.K.

NGO-Schiffe festgesetzt

Palermo – Italienische Behörden haben derzeit mehrere Schiffe in Häfen festgesetzt, mit denen Nichtregierungsorganisationen Bootsmigranten nach Italien gebracht haben. Wie die deutsche Organisation See Eye bekannt gab, wurde ihr Schiff „Sea Eye 4“ von den Behörden nach einer Hafenkontrolle in Palermo festgesetzt. Die Behörden bemängeln, das Schiff sei nicht für die große Anzahl von transportierten Personen zertifiziert, zudem sei es auch nicht als Rettungsschiff klassifiziert. Außer der „Sea Eye 4“ werden in italienischen Häfen auch die Schiffe „Alan Kurdi“, die „Sea-Watch 3“ und „Sea-Watch 4“ festgehalten. Auch bei diesen Schiffen bemängeln die Behörden unter anderem die Klassifizierung der Schiffe oder die Ausstattung. Das UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR geht davon aus, dass in diesem Jahr über die zentrale Route über das Mittelmeer so viele Bootsmigranten nach Italien kommen wie seit Jahren nicht mehr. N.H.

VON HERMANN MÜLLER

Mit einem kürzlich eingeleiteten Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland riskiert die EU-Kommission einen jahrelangen Streit, der möglicherweise anders ausgeht, als in Brüssel erhofft. Bei dem Verfahren geht es um ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom Mai letzten Jahres zu einem der Anleihekaufprogramme der Europäischen Zentralbank.

In dem Fall hatten die Karlsruher Richter 2017 den Europäischen Gerichtshof eingeschaltet. Die Luxemburger Richter billigten die Anleihekäufe. Allerdings sah das Bundesverfassungsgericht die Begründung der EU-Richter als „objektiv willkürlich“ und „schlechterdings nicht mehr nachvollziehbar“ an. Das Recht, in diesem Fall auch nochmals nach der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs aktiv zu werden, hatten die Karlsruher Verfassungsrichter aus der Rechtsfigur einer Ultra-vires-Kontrolle abgeleitet. Aus Sicht der Richter beschreibt der Ausdruck „ultra-vires“ – jenseits der Grenzen – den Fall, dass ein europäisches Organ bei seiner Arbeit die Kompetenzen überschreitet, die ihm von den Mitgliedsstaaten übertragen wurden.

EU-Organ überschritt Kompetenzen

Angekündigt hatte Ursula von der Leyen bereits kurz nach dem Urteil im Mai 2020, die EU-Kommission werde die Einleitung eines Verfahrens gegen Deutschland prüfen. Seit dieser Ankündigung ist ein Jahr vergangen. Aus der Umgebung der EU-Kommissionspräsidentin wird als Erklärung für die lange Verzögerung verbreitet, man habe in der Angelegenheit lange Zeit das Gespräch mit der Bundesregierung gesucht. Kritische Kommentatoren weisen aber auch auf einen möglichen Zusammenhang mit dem Corona-Wiederaufbaufonds der EU. Die Vermutung: Wäre das Vertragsverletzungsverfahren früher eröffnet worden, wäre die Ratifizierung des schuldenfinanzierten 750-Milliarden-Fonds in Deutschland möglicherweise nicht so glatt über die Bühne gegangen, wie es der Fall war.

Weitaus schwieriger ist es, eine Antwort auf die Frage zu finden, was sich die EU-Kommission davon verspricht, den Vorgang überhaupt wieder aus der Schublade zu holen. Erst vor einem halben Jahr haben die Karlsruher Richter ein sehr kooperatives Signal in Richtung Luxemburg und Brüssel gesendet. Zum Jahreswechsel entschied der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts in einem Beschluss zum EU-Haftbefehl, erstmalig die Unionsgrundrechte als Prüfungsmaßstab heranzuziehen. In der Vergangenheit war für den zweiten Senat stets ausschließ-



Steht für die Unabhängigkeit der Gerichte: die Figur der „Justitia“

Foto: imago images/McPhoto

JUDIKATIVE

EU- über Bundesrecht?

Brüssel will das Bundesverfassungsgericht an die Leine gelegt sehen

das deutsche Grundgesetz der unmittelbare Maßstab gewesen.

Mit dem angelaufenen Vertragsverletzungsverfahren müssen sich Richter in Karlsruhe mit ihrer Kooperationsbereitschaft nun vor den Kopf gestoßen fühlen. Die Bundesregierung wird durch das Vorgehen der EU-Kommission in ein Dilemma gestürzt: Normalerweise geht es in den Vertragsverletzungsverfahren der EU um Akte der Exekutive oder der Legislative. Das neue Verfahren läuft indessen darauf hinaus, dass die Bundesregierung einen vermeintlichen Rechtsverstoß beheben muss, den ein Gericht begangen haben soll. Faktisch erwartet Brüssel damit, dass die Regierung der Judikative Grenzen aufzeigt.

Der Europarechtler Franz Mayer nannte dies gegenüber der „FAZ“ ein „fast unübersteigbares Hindernis“. Tatsächlich wäre das Signal verheerend, wenn die Bundesregierung das Bundesverfassungsgericht an die Leine legt.

Europarechtler Franz Mayer spricht von einem „verheerenden Signal“

Offen ist zudem, wie die Verfassungsrichter regieren würden, wenn die Bundesregierung auf Druck Brüssels die Unabhängigkeit der Justiz antastet. Als zumindest theoretisch möglichen Ausweg nannte Mayer eine Verfassungsänderung, um dem Bundesverfassungsgericht Unionsrecht und die Rechtsprechung des EuGH zu entziehen. Der Haken dabei: Die Karlsruher Richter sehen den Ultra-vires-Kontrollvorbehalt ohnehin nur als Instrument für Ausnahmesituationen. Der An-

spruch der EU-Kommission, auf dieses letztmögliche Mittel zur Wahrung der Verfassungsidentität zu verzichten, könnte auch für die Verfassungsrichter eine rote Linie darstellen.

Inzwischen zeichnet sich für das Bundesverfassungsgericht auch bereits eine Gelegenheit ab, seinen Kontrollvorbehalt zu verteidigen: Für den CSU-Politiker Peter Gauweiler stellt das initiierte Vertragsverletzungsverfahren nämlich einen weiteren Ultra-vires-Akt dar.

Aus Sicht Gauweilers hat die Bundesregierung in dem Verfahren nur die Möglichkeit, es „ausnahmslos zurückweisen“. Gerade aus dem Urteil vom Mai vergangenen Jahres leitet er ab, dass deutsche Verfassungsorgane, Behörden und Gerichte nicht am Zustandekommen oder bei der Umsetzung von Ultra-vires-Akten mitwirken dürfen. Für den Fall, dass die Regierung dieser Verpflichtung nur unzureichend nachkommt, kündigte Gauweiler eine erneute Verfassungsbeschwerde an.

AFD

Harsche Reaktion auf Meuthen-Wahlanalyse

Nach dem Ergebnis in Sachsen-Anhalt: Bis Herbst werden sich die Flügelkämpfe noch verschärfen

Die großen Erwartungen der AfD haben sich in Sachsen-Anhalt nicht erfüllt. Dass die Rechtspartei stärkste Kraft werden könnte, damit hatten nur wenige gerechnet. Doch eine Wiederholung des Ergebnisses von 2016, als sie aus dem Stand auf 24,2 Prozent der Stimmen kam, hatten wohl alle für möglich gehalten.

Am Ende wurden es 20,8 Prozent, und wie es in der AfD üblich ist, sorgte das Resultat für unterschiedliche Interpretationen. „Das Wahlergebnis hat Licht und Schatten“, sagte Parteichef Jörg Meuthen.

Meuthen geißelt „Rechtskurs“

Es zeige sich zwar, dass die AfD fest im politischen Spektrum etabliert sei. In Anbetracht „schwacher“ Konkurrenten sei aber mehr drin gewesen. „Wir haben

16 Prozent Differenz zur Union. Das hatten wir uns sicherlich anders vorgestellt“, sagte Meuthen und fügte hinzu, der „Rechtskurs“ in Sachsen-Anhalt habe bürgerliche Wähler verprellt.

Schon seit Monaten tobt in der Partei ein Streit um die Ausrichtung. Die Bundesvorstandsmehrheit um Meuthen möchte die Partei gemäßiger aufstellen. Nach dem verhältnismäßig schwachen Abschneiden in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz hatten gerade Vertreter der Ostverbände um den Thüringer Björn Höcke vor „Leisetreterei“ und „Anpassung an die CDU“ gewarnt. Der Konter aus dem Osten Richtung Meuthen kam umgehend. „Ich weiß nicht, ob und wenn ja wie viele Wahlkampftermine Jörg Meuthen in Sachsen-Anhalt absolviert hat. Ich

bin in den letzten Wochen wiederholt vor Ort gewesen und kann Meuthens Analyse nicht teilen. Schließlich zeigt das Ergebnis eine Konsolidierung gegen alle Widerstände des Establishments“, sagte Höcke.

Auch weitere Sätze des Wortführers des rechten Flügels lassen aufhorchen: „Jörg Meuthen ist zweifelsohne ein Teil der AfD, aber er ist nicht die Integrationsfigur, die wir an der Spitze unserer Partei brauchen.“

Bündnisse und Intrigen

In der Partei werden seit Längerem die Messer gewetzt, Bündnisse geschmiedet und Intrigen geschürt. Spätestens nach der Bundestagswahl wird der Machtkampf völlig ausbrechen. Denn im Herbst wird ein neuer Bundesvorstand gewählt.

Meuthen, der nicht für den Bundestag kandidiert, muss abwarten, wie sich die Spitzenkandidaten Alice Weidel und sein Co-Sprecher Tino Chrupalla schlagen. Kommen sie in die Nähe der 12,6 Prozent aus dem Jahre 2017, dürfte es für Meuthen eng werden. „Das ist mir noch zu viel Kaffeesatzleserei“, sagte Fraktionschefin Weidel zwar auf die Frage, ob sie für den Fall nach dem Bundesvorsitz greifen würde. Meuthen hingegen dürfte ein schwaches Abschneiden der Bundespartei für seine Argumentation nutzen, ein allzu radikaler Kurs schrecke bürgerliche Wähler ab. Ohnehin mutet die Situation seltsam an. Meuthen, für viele Bürger immer noch das Gesicht der Partei, wird im Wahlkampf keine größere Rolle spielen.

Peter Entinger

VERKEHRSWENDE

Alle Verbrenner sollen raus aus Berlin

Rot-Rot-Grün will radikale Einschnitte bis 2030 – Flughafen droht der Todesstoß

VON NORMAN HANERT

Nachdem Berlin im Dezember 2019 als erstes Bundesland eine „Klimanotlage“ erklärte, legte der rot-rot-grüne Senat nun ein Maßnahmenpaket vor, mit dem Kohlendioxid-Emissionen verringert werden sollen. Wie Verkehrs- und Umweltministerin Regine Günther (Grüne) erklärte, will die Hauptstadt mit dem Paket eine Vorreiterrolle übernehmen.

Insbesondere die Pläne von SPD, Linkspartei und Grünen zum Verkehr könnten für viele Berliner und Brandenburger jedoch das sprichwörtliche Maß vollmachen: Unter anderem kündigte Günther an: „Wir wollen mittelfristig eine Zero-Emission-Zone einrichten“. Für die Autofahrer hieße das künftig, überhaupt nicht mehr mit Benzin- oder Dieselfahrzeugen fahren zu dürfen.

Ausnahmen plant der Senat offenbar nur für die Wirtschaft. Nach der entscheidenden Senatssitzung machte die Grünen-Senatorin klar: „Mittelfristig ist für mich vor 2030.“ Wird dieser Plan umgesetzt, werden dies insbesondere die vielen Berliner und Brandenburger zu spüren bekommen, die jeden Werktag zu ihrem Arbeitsplatz pendeln müssen. Die Bundesagentur für Arbeit hat gerade erst eine Statistik vorgelegt, laut der nirgendwo sonst in Deutschland so viele Arbeitnehmer pendeln wie zwischen Berlin und Brandenburg.

Schon jetzt sind zu den Stoßzeiten die Regionalbahnverbindungen in der Hauptstadtregion hoffnungslos überfüllt und überlastet. Verbesserungen der Verkehrsinfrastruktur benötigen mitunter jahrzehntelange Vorlaufzeiten. In der Fläche Brandenburgs ist das Netz öffentlicher Verkehrsmittel zudem so dünn, dass viele Pendler gar nicht daran vorbeikommen, mit dem Auto zum Arbeitsplatz nach Berlin zu fahren.

Nirgends gibt es so viele Pendler

Diesen Arbeitnehmern droht in den kommenden Jahren ohnehin ein ständiges Hörschrauben des Benzinpreises durch die CO₂-Bepreisung, die von der Bundespolitik beschlossen wurde. Selbst ohne förmliches Verbot von Verbrennungsmotoren könnte damit Wirklichkeit werden, was die Grünen unlängst als Ziel nannten:



Schon jetzt überlastet: Gedränge in der Berliner U-Bahn

Foto: pa

„Ganz grundsätzlich wollen wir den motorisierten Individualverkehr aus Klimaschutzgründen beenden und den Raum anders verteilen.“ Geht es nach den Vorstellungen von Rot-Rot-Grün, sollen auch am neuen Berliner Flughafen BER die Gebühren für den „Klimaschutz“ steigen. Senatorin Günther kündigte an: „Am Flughafen wollen wir als ein Gesellschafter darauf hinwirken, dass die Flughafenentgelte zukünftig bei Start und Landung um eine CO₂-basierte Komponente ergänzt werden.“

Kritiker sehen das Vorhaben der Senatskoalition als absurden Tiefpunkt der bisherigen Flughafenpolitik: Ohne Vorlaufkosten, etwa für die Verkehrsschließung, liegen die Kosten des BER schon jetzt bei mehr als sechs Milliarden Euro. Gegenüber der Anfangskalkulation haben sich die Kosten damit verdreifacht. Mit neun Jahren Verspätung und nach sieben verschobenen Eröffnungs-

terminen ist der BER im vergangenen Oktober immerhin dem Verkehr übergeben. Doch nun, so wird moniert, da der Flughafen endlich in Betrieb ist, schicken sich Politiker an, ihm die Geschäftsgrundlage zu entziehen.

Ohne Kurzstrecke ist BER wohl tot

Schon vor der Corona-Pandemie zeichnete sich eine finanzielle Schiefelage der Flughafengesellschaft ab. Die Gesellschafter Bund, Berlin und Brandenburg müssen sich darauf gefasst machen, in den kommenden Jahren weitere 2,4 Milliarden Euro zu überweisen, um ein Überleben des BER zu sichern. Bei der finanziellen Sanierung werden höhere Flughafengebühren vermutlich eine zentrale Rolle spielen. In dieser Lage die Kosten für Fluglinien und Passagiere durch eine „CO₂-basierte Komponente“ noch zusätzlich in die Höhe zu treiben, kann die Sanierungsversuche stark gefährden.

Noch mehr gilt dies für Forderungen von SPD- und Grünen-Politikern, Kurzstreckenflüge abzuschaffen. Nachdem schon SPD-Kanzlerkandidat Olaf Scholz angekündigt hatte, gegen Billigflüge vorgehen zu wollen, erklärte auch die Grünen-Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock in einem Interview mit der „Bild am Sonntag“, sie sei perspektivisch für die Abschaffung von Kurzstreckenflügen. Gemeint sind damit Flüge im Bereich von 300 bis 1500 Kilometern.

Genau dieses Segment jedoch macht beim BER den weitaus größten Teil des Flugangebots aus. Langstreckenflüge spielen im Berliner Luftverkehr nur eine geringe Rolle. Setzt die Politik ein Verbot oder eine Verteuerung von Kurzstreckenflügen durch, droht dem überbelegten und viel zu spät fertig gewordenen Flughafenprojekt BER, dass es als milliardenschwere Investitionsruine vor den Toren Berlins endet.

GESCHICHTSPOLITIK

Radikalenerlass soll „aufgearbeitet“ werden

Grüne und Linkspartei klagen über Willy Brandts Abwehr von Demokratiefeinden in den 70ern

Berlins rot-rot-grüne Landesregierung will den 1972 von Bundeskanzler Willy Brandt (SPD) auf den Weg gebrachten Radikalenerlass „aufarbeiten“. Grüne und Linkspartei wollen noch weiter gehen, werden dabei allerdings von der SPD gebremst. Die Sozialdemokraten befürchten, dass der erste SPD-Bundeskanzler dabei beschädigt werden wird. Grüne und Linkspartei hingegen betreiben ihr Ziel mit Nachdruck.

Niklas Schrader (Linkspartei) klagt darüber, dass sich sein Vater als Angehöriger der maoistischen KPD/AO gar nicht erst um eine Doktorandenstelle an der Technischen Universität beworben habe. Schließlich habe er nach dem Studium als Psychologe in einem diakonischen Krankenhaus gearbeitet. Hans Christian Ströbele (Grüne), inzwischen 82 Jahre alt, klagt über die Kanzlerschaft Willy

Brandts: „Aber eigentlich hatte sich nichts verändert. Die Sozialdemokraten waren nach wie vor ein Repressionsapparat.“

SPD fürchtet um Brandts Ansehen

Der Vorsitzende der Berliner GEW, Tom Erdmann, kritisiert, man habe sich mehr gewünscht als nur eine wissenschaftliche Aufarbeitung 70er Jahre, nämlich eine Entschuldigung und gar eine Entschädigung für zumindest einige der Betroffenen. Der damalige Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Heinz Kühn (SPD), verteidigte den Radikalenerlass einst mit dem Vergleich, man könne schließlich nicht Topterroristen wie Ulrike Meinhof als Lehrerin und Andreas Bader bei der Polizei beschäftigen.

Die Berliner SPD sperrt sich gegen die weitgehenden Forderungen mit Rücksicht als ihre Ikone Willy Brandt. Der Ra-

dikalenerlass wurde später scheinbar wieder abgeschafft. 1979 kassierte die Bundesregierung (damals SPD/FDP) ihren eigenen Erlass wieder ein, auf Länderebene machte das Saarland unter dem Ministerpräsidenten Oskar Lafontaine (damals SPD) den Anfang. Selbst Bayern interessierte sich ab 1991 nicht mehr für Linksextremisten und andere Verfassungsfeinde im Öffentlichen Dienst. Immerhin waren 3,5 Millionen Mitarbeiter oder Bewerber des Öffentlichen Dienstes überprüft worden. 1250 Bewerber wurden als Lehrer und Hochschullehrer nicht eingestellt. Seit der Radikalenerlass nicht mehr angewendet wird, hat die Zahl sehr weit links orientierter Lehrer stark zugenommen.

Wie das Bekenntnis des Linkspartei-Politikers Schrader zeigt, verzichteten viele Extremisten wegen des Erlasses auf

eine Bewerbung im Öffentlichen Dienst. Letztlich wurden nur rund 260 von ihnen aus dem Dienst entfernt. Bereits 2016 setzte das Land Niedersachsen eine Kommission „zur Aufarbeitung der Schicksale der von niedersächsischen von Berufsverboten betroffenen Personen und der Möglichkeiten ihrer politischen und gesellschaftlichen Rehabilitierung“ ein. In Hamburg und Bremen haben sich die Landesregierungen bei den Betroffenen bereits entschuldigt. Bremen zahlt in Einzelfällen sogar einen Ausgleich für geminderte Renten.

In Berlin soll bislang lediglich eine wissenschaftliche Aufarbeitung stattfinden. Eine Entschuldigung oder gar Entschädigung ist nicht vorgesehen. GEW-Chef Erdmann gibt der SPD die Schuld daran. Man habe sich „mehr gewünscht“.

Frank Bücker

KOLUMNE

Günther versagt

VON THEO MAASS

Rot-Rot-Grün hat zu Beginn der Legislaturperiode ein Mobilitätsgesetz verabschiedet und damit versucht, den Eindruck zu erwecken, die Landesregierung wolle die Verkehrssituation in Berlin verbessern. Verkehrsministerin Regine Günther – erst parteilos, dann Grüne – hatte „große Rosinen im Sack“. Ein Mobilitätsgesetz wurde durch das Parlament gebracht. Autofahrer diskriminieren und zurückdrängen, den ÖPNV fördern. Straßenbahnbau statt S- und U-Bahn war ihre Devise. Aber selbst mit dem Bau einiger Kilometer Straßenbahn war Günther überfordert.

Seit Monaten indes beobachten die Berliner demonstrative Absetzbewegungen vom Senatskurs durch die SPD. Der Ausbau der U-Bahn soll nun doch erfolgen. Günther verschanzt sich dagegen hinter Gutachten und Machbarkeitsstudien, um die Zeit bis zu den Neuwahlen Ende September zu überbrücken. Über die Verlängerung der U7 zum Flughafen BER „diskutiert“ sie lediglich.

Nun fordern alle Landesparteien, wenigstens den Lückenschluss zwischen der U-Bahn-Linie 3 und der S-Bahn Linie 1 in Zehlendorf rasch zu realisieren. Das wären lediglich 800 Meter Neubau, weil hinter dem bisherigen Endbahnhof schon ein Abstellgleis existiert. Kostenpunkt nach Schätzungen der BVG lediglich 41 bis 48 Millionen Euro. Durch die Verknüpfung der beiden Bahnlinien werden 15.000 zusätzliche Fahrgäste erwartet. Nun heißt es von der Verkehrsministerin, dass 2030 dort Züge fahren könnten.

Günther will erst einmal eine aufwendige Kosten-Nutzen-Untersuchung anfertigen lassen. Wenn die SPD und der Regierende Bürgermeister Michael Müller glaubwürdig sein wollen, müssten sie Günther sofort entlassen und wenigstens mit den bürokratischen Vorbereitungen des Weiterbaus der U3 beginnen.

MELDUNG

Humboldtforum öffnet Höfe

Berlin – Nachdem das Humboldtforum im wiederaufgebauten Berliner Schloss Lockdown-bedingt im Dezember 2020 nur mit einer digitalen Feierstunde eröffnet werden konnte, kann die Öffentlichkeit nun zumindest Teile der Außenflächen nutzen. Seit dem 9. Juni sind der Schlüterhof, die Spreeterrassen und die Passage vom Lustgarten zur Breiten Straße rund um die Uhr für Besucher zugänglich. Die ersten Ausstellungen in den Innenräumen des wiederaufgebauten Hohenzollernschlosses sollen laut einer Pressemitteilung der Stiftung Humboldtforum Mitte Juli geöffnet werden. Gezeigt werden dann unter anderem Ausstellungen des Berliner Stadtmuseums und der Humboldt-Universität, eine Ausstellung für Kinder sowie eine Sonderausstellung zum Thema Elfenbein. Die Eröffnung der Westflügel der zweiten und dritten Etage des Gebäudes sollen im Spätsommer folgen. In der ersten Jahreshälfte 2022 soll dann das gesamte Humboldtforum fertiggestellt sein.

N.H.

● MELDUNGEN

Kolumbien will Artefakte nicht

Berlin – Zwischen 1919 und 1923 ließ der deutsche Völkerkundler Konrad Theodor Preuss 23 monumentale Steinfiguren aus der kolumbianischen Ausgrabungsstätte San Agustín nach Berlin bringen, wo sie seither im Depot des Ethnologischen Museums in Dahlem lagern. Dabei deklarierte er die Artefakte fälschlicherweise als „Mineralien“, um die Behörden in Bogotá zu täuschen, welche eine Ausfuhr der bis zu 2000 Jahre alten Kunstobjekte sicher nicht genehmigt hätten. Deshalb will die jetzt zuständige Stiftung Preußischer Kulturbesitz die Skulpturen an Kolumbien zurückgeben. Doch die derzeitige Regierung des mittelamerikanischen Landes sieht keinen Grund für eine Repatriierung dieser nationalen Kulturgüter und ignoriert sämtliche Offerten aus Berlin. Inoffiziell hieß es, die Figuren seien in Europa besser aufgehoben als in Kolumbien. Vermutlich scheut man aber nur die Kosten für die Konservierung und Präsentation vor Ort. W.K.

China verbannt Buddha

Peking – In Tibet, das 1951 von der Volksrepublik China annektiert wurde und seither offiziell als „Autonome Verwaltungseinheit“ des Reiches der Mitte gilt, ist es Mitgliedern der Kommunistischen Partei, Angestellten der öffentlichen Verwaltung und Beamten staatlicher Renten schon seit Längerem verboten, in der Öffentlichkeit buddhistische Riten zu praktizieren. Nun geht Peking noch einen Schritt weiter, was die stufenweise Aushöhlung der kulturellen Identität der Tibeter betrifft. Wie Radio Free Asia in Washington unter Bezug auf lokale Quellen berichtet, wurden jetzt auch alltägliche religiöse Gegenstände wie Gebetskettchen oder Gebetsmühlen aus den Schulen verbannt und das Rezitieren von Mantras innerhalb der Bildungseinrichtungen untersagt. Zur Begründung hieß es, die Schulen seien Orte, „um sozialistische Gelehrte zu kultivieren und hervorzubringen“, und nicht dazu da, „Rituale und Traditionen“ zu konservieren. W.K.

Vorschläge für Abschiebelager

Kopenhagen – Dänemark bekommt ein Abschiebelager. Außer seitens der drei linksextremen Parteien herrscht darüber Einigkeit im Parlament. Allerdings wird noch um den Ort gestritten. Die Bewohner der Insel Langelands hatten sich gegen den Plan der Regierung gewehrt, auf ihrer Insel ein Ausreisezentrum auch für straffällig gewordene Ausländer zu errichten. Die bürgerliche Partei Venstre plädiert für die unbewohnte Insel Lindholm in der Bucht von Stege auf Møn. Die Dänische Volkspartei will die gefährlichen Ausländer auf Grönland unterbringen. Mattias Tesfaye, der sozialdemokratische Minister für Ausländer- und Integrationsfragen, bittet die Parteien um neue Vorschläge: „Wir haben über 100 Ausländer in Dänemark, die zur Abschiebung verurteilt wurden, aber nicht nach Hause können. Es ist völlig unakzeptabel. Wenn wir könnten, würden wir sie morgen in ein Flugzeug setzen.“ F.B.

BIDEN UND PUTIN

Strategiewechsel im Weißen Haus

Russland gewinnen, um Chinas Einfluss einzudämmen: USA korrigieren ihre geopolitische Taktik

VON MANUELA ROSENTHAL-KAPPI

Noch vor Joseph Bidens erster Europareise in seiner Funktion als neuer US-amerikanischer Präsident deutete sich ein Strategiewechsel in der Außenpolitik des Weißen Hauses an, und zwar sowohl das Verhältnis zu den europäischen Bündnispartnern als auch die Haltung gegenüber Russland und China betreffend.

Zunächst fällt der Verzicht auf US-Sanktionen gegen das umstrittene Gas-pipeline-Projekt Nord Stream 2 ins Auge. Hatten die Amerikaner vor Kurzem noch versucht, die Fertigstellung durch die Blockade russischer Verlegeschiffe zu verhindern, so heißt es nun, die Inbetriebnahme sei ein Faktum. Offenbar will Biden das Verhältnis zur deutschen Regierung, die strikt an Nord Stream 2 festgehalten hat, nicht weiter belasten. Denn, so lassen sich die jüngsten Äußerungen des US-Präsidenten deuten, dessen Hauptaugenmerk liegt nun auf China. Das Feindbild Russland rückt in den Hintergrund. Für die USA ist es wichtig, gemeinsam mit der EU

eine demokratische Allianz gegen China zu bilden und dessen Aufstieg zur Weltmacht von morgen zu verhindern.

Für den Umgang mit Russland schlägt Biden überraschend moderate Töne an: „Wir wollen eine stabile, vorhersehbare Beziehung“, sagte er vor dem bevorstehenden Treffen mit Putin in Genf. Das sieht Putin offensichtlich ähnlich, wenn er sagt, dass es eigentlich keine Unstimmigkeiten mit den USA gebe. Ob das Treffen in Genf den gewünschten Erfolg haben wird, hängt wohl in erster Linie davon ab, inwieweit Biden bereit ist, die Sanktionen gegen Russland zu lockern. Putin hatte dies immer wieder gefordert.

Der russische Präsident fühlt sich durch die Isolation der vergangenen Jahre vom Westen in der Entwicklung seines Landes behindert. Im ersten Interview, das er nach langer Zeit einem US-Sender gegeben hat, kam er auf die NATO-Osterweiterung zu sprechen und bezichtigte den Westen, das nicht schriftlich festgehaltene Versprechen, die NATO nicht bis an die Grenzen Russlands zu erweitern, gebrochen zu haben. Als Präsident habe

er sich stets dafür eingesetzt, sein Land nach dem Zerfall der Sowjetunion wieder zu stärken.

Inzwischen wächst in Washington die Einsicht, dass es der größte geostrategische Fehler von Bidens Vorgängern war, Russland immer weiter in die Arme Pekings zu treiben und sehenden Auges zuzulassen, dass Moskau und Peking sich als strategische Partner betrachten. Und das nicht nur im wirtschaftlichen, sondern vor allem auch im militärischen Bereich.

Größter geopolitischer Fehler

China weitet seit Jahren seinen Einfluss im postsowjetischen Raum aus. Die wirtschaftliche Schwäche Russlands spielt dem Reich der Mitte dabei in die Hände. In den asiatischen ehemaligen Sowjet-Republiken hat Peking die dortigen Regierungen mit Krediten von sich abhängig gemacht und mischt sich verstärkt in deren Politik ein. Für den Ausbau seines Seidenstraßen-Projekts übt Peking starken Einfluss auf Weißrussland, Moskaus engstem Verbündeten, aus. Seit 2013 haben chinesische Investitionen dort stark zu-

genommen, wobei chinesische Investoren selbst die größten Nutznießer sind.

Aus einer schwachen Position heraus versucht Russland sich mit den verbliebenen Verbündeten Weißrussland, Iran und Syrien als Weltmacht zu behaupten. Als Militärmacht mit wirkungsvollen neuen Waffensystemen hat der russische Bär zwar noch einige Bedeutung, jedoch kann die russische Wirtschaft in dem Maße, wie fossile Energieträger unbedeutender werden, die Kosten militärischer Aufrüstung auf Dauer nicht stemmen.

Der Kurswechsel gegenüber Russland findet auch im Strategiekonzept der NATO Eingang. Erstmals wird in dem neu erarbeiteten Grunddokument China als Gefahr für die Sicherheit des Bündnisses erwähnt. China stelle eine ernste Gefahr im Bereich der Telekommunikation, der Luft- und Raumfahrt sowie im virtuellen Raum dar. Das nordatlantische Bündnis beunruhigt zudem die verstärkte militärische Zusammenarbeit Russlands und Chinas. NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg, einer der schärfsten Kritiker Putins, lud den Präsidenten ein, am nächsten Treffen des NATO-Russland-Rats teilzunehmen: „Wir haben viel zu besprechen, was im gemeinsamen Interesse von NATO und Russland liegt.“

Vor dem Treffen in Genf haben Biden und Putin deutlich gemacht, dass dies ihre grundsätzliche Haltung nicht ändern werde. Die USA werden versuchen, Russland gegenüber zu China zur Neutralität zu bewegen, sollte es zu einer Konfrontation zwischen den USA und China kommen. Laut Einschätzung russischer Experten wird Putin sich dem kaum widersetzen, zumal die Annäherung an die Chinesen weniger aus Sympathie entstanden, sondern weil ihm nicht viel anderes übrig geblieben sei. Allerdings wird Putin sich ohne Zugeständnisse des Westens in Bezug auf den Krim-Anschluss und die Ukraine-Krise kaum zugänglich zeigen.

Aus US-Sicht hat die Verständigung mit den Europäern über den Umgang mit Russland und China oberste Priorität. Das Ziel ist es, Moskaus Abhängigkeit von China zu reduzieren. Biden kann nicht riskieren, dass Russland sich dem Konkurrenten China komplett zuwendet. Sein Bestreben ist kein neuer Kalter Krieg, sondern die USA zu stärken und sie wieder als führende Schutzmacht der Demokratien weltweit zu positionieren.



Durch die Sanktionen des Westens in die Arme Pekings getrieben: Wladimir Putin (r.) und Xi Jinping (l.) während einer Konferenz in Tadschikistan für „Interaktion und vertrauensbildende Maßnahmen in Asien“ (CICA) Foto: apa

VEREINIGTE STAATEN

„Newsweek“-Magazin deckt US-Geheimarmee auf

60.000 Angehörige sind ohne gesetzliche Grundlagen mit der „Signatur-Reduzierung“ befasst

Zwischen 2015 und 2017 stellte die Terrororganisation Islamischer Staat die Namen und Adressen von über 18.000 Angehörigen der US-Streitkräfte ins Internet und rief Dschihadisten in aller Welt dazu auf, die genannten Personen zu töten. Daraufhin starteten die Vereinigten Staaten ein geheimes Programm zur „Signatur-Reduzierung“, um ihre Militärfunktionen, aber auch Angehörige der Geheimdienste, der Bundespolizei FBI und Staatsbeamte in sensiblen Positionen besser nach außen hin zu tarnen. Dieses beinhaltet umfangreiche Maßnahmen zur Verhinderung von Datendiebstählen und des Ausspionierens bei der Nutzung sozialer Medien.

Darüber hinaus gibt es eine Zusammenarbeit mit Banken und Kreditkartenunternehmen sowie Sozialversicherern. Und nicht selten werden die Identitäten

der Betroffenen komplett gefälscht, um sie für den Feind „unsichtbar“ zu machen. Das erfordert einen immensen organisatorischen und technischen Aufwand.

Immenser technischer Aufwand

Wie das US-Nachrichtenmagazin „Newsweek“ im Zuge von intensiven zweijährigen Recherchen herausfand, existiert mittlerweile eine „Geheimarmee“, deren rund 60.000 Angehörige mit der „Signatur-Reduzierung“ befasst sind, ohne dass es dafür gesetzliche Grundlagen gibt oder das Parlament in Washington hierüber informiert wurde.

Um möglichst klandestin zu operieren, kooperiert diese Truppe, die aus Einheiten mit harmlos klingenden Namen wie Army Field Support Center oder Personnel Resources Development Office be-

steht, mit mindestens 130 privaten Firmen. Diese sollen für ihre Dienste geschätzt 900 Millionen US-Dollar pro Jahr erhalten. Dafür erstellen sie gefälschte Dokumente oder übernehmen die Bezahlung der Rechnungen von Personen, die unter Decknamen arbeiten. Zum Leistungsspektrum gehören der Bau von technischen Geräten wie Mobiltelefonen und Computern, deren Ausstattung eine Identifizierung der Benutzer verhindert.

Dem Erfindungsreichtum der Angehörigen der Truppe zur „Signatur-Reduzierung“, welche mittlerweile wahrscheinlich zehnmal größer ist als das Korps sämtlicher Auslandsagenten des US-Geheimdienstes CIA, sind dabei kaum Grenzen gesetzt. So nutzen sie inzwischen offensichtlich auch biometrische Abwehrsysteme, um die Personenkontrollen auf

Flughäfen derart zu manipulieren, dass die Benutzer falscher Identitäten nicht auffallen. Dabei werden sogar Rechner im Ausland mit Schadsoftware infiziert. Oder man verändert die Eintragungen in internationalen Datenbanken.

Das Risiko beim Einsatz der enttarnen Geheimarmee zur „Signatur-Reduzierung“ liegt darin, dass die militärischen und geheimdienstlichen Aktivitäten der Vereinigten Staaten rund um die Welt noch um einiges „unsichtbarer“ ausfallen als bisher. Das wiederum fördert Grenzüberschreitungen und zerstört Vertrauen auf internationaler Ebene. Außerdem dürften sich in anderen Staaten wie China und Russland längst Nachahmer gefunden haben. Hierdurch wird es künftig noch schwieriger sein, Konflikte zu vermeiden oder zu beenden. W. Kaufmann

VON WOLFGANG KAUFMANN

Noch kaufen die Chinesen bevorzugt ausländische Autos. Deshalb haben die deutschen Hersteller bislang auch keine Absatzprobleme im Reich der Mitte – ganz im Gegenteil: 2020 veräußerten VW, Daimler und BMW 14,16 Millionen Neuwagen weltweit. Davon gingen 5,4 Millionen beziehungsweise 38,2 Prozent in die Volksrepublik. Gleichzeitig tut sich in der umgekehrten Richtung nicht viel. Zwar drängen nun einige chinesische Hersteller wie Maxus, Aiways, BAIC, DFSK, FAW, MG und Lynk auf den Markt hierzulande, doch bleibt die Zahl der Interessenten recht überschaubar: Die Verkäufe liegen meist nur im dreistelligen Bereich. Dies kann sich jedoch bald ändern. Das liegt zum einen an den günstigen Preisen in Verbindung mit neuartigen Verkaufskonzepten.

So bietet Lynk sein kompaktes Sports Utility Vehicle (SUV) namens 01 mit 140 PS (Hybrid) oder 180 PS (Plug-in-Hybrid) nicht nur zum Kauf, sondern auch im Abonnement an: In der Gebühr von 500 Euro pro Monat sind dabei neben der Fahrzeugnutzung zugleich noch Versicherung, Steuern und Wartung enthalten. Außerdem können die Abonnenten ihr Fahrzeug mit anderen Kunden teilen und so Geld verdienen.

Aiways wiederum gibt Interessenten an seinem Elektro-SUV-Modell U5 mit 204 PS die Möglichkeit, das Auto zunächst bei dem Elektronik-Händler Euronics Probe zu fahren und dort auch nach dem Online-Kauf abzuholen. Damit spart sich Aiways den Aufbau eines Vertriebsnetzes hierzulande – und der daraus resultierende Preisvorteil kommt den Kunden zugute. Inspektionen und Reparaturen sind ebenfalls problemlos möglich. Hierfür steht nunmehr die Werkstattkette Auto-Teile-Unger (ATU) bereit. Nach Ansicht des Aiways-Firmengründers Fu Qiang reicht dies völlig aus: „Genügend Standorte in Deutschland hat ATU. Die brauchen auch keine neue Ausrüstung oder neue Mechaniker für unsere Autos. Das einzige, was sie brauchen, ist die genaue Anleitung, wie unseren Autos gewartet werden.“

Dass die chinesischen Autohersteller vor allem auf sogenannte New Energy Vehicles (NEV) setzen, also Elektro- und Hybrid- sowie auch Brennstoffzellen-Fahrzeuge, hat mit der geringeren ausländischen Konkurrenz zu tun. Außerdem spielen im Reich der Mitte die sogenannten Total Costs of Ownership (Gesamtkosten des Betriebs) eine wichtige Rolle: Wenn der Staat die alternative Mobilität finanziell fördert und zugleich die Nutzung von Verbrennungsmotoren erschwert oder verteuert, dann sind NEV auf längere Sicht die zukunftsreichere Lösung.



Erfolgsversprechende Innovation: In einem Lexus wurde Technik des Herstellers Pony.ai zum autonomen Fahren eingebaut

TECHNISCHER FORTSCHRITT

Chinas Autohersteller haben die Nase vorn

Verzahnung von Startup-Unternehmen mit flexiblen Industriekonzernen verschaffen dem Reich der Mitte gute Wettbewerbspositionen

Zum anderen besitzt die chinesische Autoindustrie ein weiteres großes Plus, welches der ausländischen und somit auch der deutschen Konkurrenz bald tiefe Sorgenfalten ins Gesicht graben dürfte. Das ist ihre exorbitante technische Innovationsfähigkeit im Verein mit der blitzschnellen Überführung von Neuerungen in die Massenproduktion. Dies wird unter anderem bei der Fortentwicklung des autonomen Fahrens deutlich. Dem Telekommunikationsausrüster und Hardware-Hersteller Huawei gelang es in Windeseile, ein Betriebssystem zu entwickeln, welches in dem von der Beijing Automotive Group (BAIC) hergestellten Elektroauto Arcfox Alpha S zum Einsatz kommt und das später auch die Unternehmen Chongqing Changan Automobile und Guangzhou Automobile Group Co. (GAC) nutzen wollen. Die Software erlaubt das sichere teilautonome Fahren auf der Autobahn und in der Stadt, dazu kommt eine

vollautomatische Parkfunktion. Zum Vergleich: Der US-amerikanische iPhone-Hersteller und Huawei-Konkurrent Apple möchte ebenfalls Lösungen für das selbstständige Fahren anbieten, hat aber bislang noch nicht einmal einen Partner unter den Autoherstellern gefunden.

Weitere Innovationstreiber innerhalb der chinesischen Fahrzeugbranche sind Pony.ai und Horizon Robotics. Das erstgenannte Unternehmen wurde 2016 gegründet und konnte seither schon 1,1 Milliarden US-Dollar Kapital einsammeln. Damit stellte es eine Robotertaxi-Flotte in Guangzhou in Dienst. Mittlerweile kooperiert Pony.ai auch mit dem Automobilhersteller GAC. Und Horizon Robotics, ein Startup, das seit 2015 existiert und bislang 1,6 Milliarden US-Dollar an Investmentgeldern ergatterte, liefert spezialisierte Künstliche-Intelligenz-Systeme wie „Journey 3“ für das autonome Fahren, die inzwischen eben-

falls von Großkunden wie GAC und der BYD Auto Company verwendet werden.

Die ausgesprochen zeitige Verzahnung von erst kürzlich gegründeten Unternehmen, welche neue Ideen entwickeln und zur Anwendungsreife bringen, mit äußerst flexiblen und potenten Industriekonzernen, die sofort in großen Stückzahlen produzieren können, hat der chinesischen Autobranche inzwischen eine sehr vorteilhafte Wettbewerbsposition verschafft. Die Grundlagen hierfür sind die große Risikobereitschaft von Kapitalgebern sowie immense staatliche Investitionen in Bildung und Wissenschaft. Beides fehlt in Deutschland. Wenn sich daran nichts ändert, droht der Automobilindustrie hierzulande über kurz oder lang der Absturz in die Zweitklassigkeit. Oder sie muss ihr Dasein künftig als verlängerte Werkbank von chinesischen Großunternehmen fristen.

STANDORT DEUTSCHLAND

Batteriehersteller setzen auf deutsche Präzision

EU-Kommission unterstützt mit Fördermilliarden die Ansiedlung ausländischer Produzenten

Über Jahre dominierten Hersteller Südkoreas und Chinas den Weltmarkt für Batterien, die in Elektroautos verbaut werden. Inzwischen holt Deutschland auf. Immer mehr Unternehmen entdecken es als Standort für die Batterieproduktion. Das chinesische Unternehmen CATL investiert allein bis 2022 für ein Werk in Thüringen 240 Millionen Euro und schafft 600 neue Arbeitsplätze. Langfristig soll das Werk am Erfurter Kreuz eine der größten Batteriefabriken Europas werden.

Thüringen ist für den chinesischen Akkufertiger der erste Produktionsstandort außerhalb des Heimatmarktes. Mit Svolt hat sich ein weiterer Großproduzent aus der Volksrepublik zur Fertigung in Deutschland entschieden. Im Saarland will

Svolt bis zu zwei Milliarden Euro investieren. Der Autobauer Tesla hat inzwischen seinen Genehmigungsantrag für die Autofabrik im brandenburgischen Grünheide, um eine Anlage zur Batterieherstellung ergänzt. Bereits im vergangenen Herbst hatte Tesla-Chef Elon Musk angekündigt, das neue Werk des Elektroauto-Herstellers bei Berlin zur weltgrößten Batteriefabrik machen zu wollen.

Chinesen investieren in Thüringen

Die Unternehmen können bei ihren Ansiedlungsplänen sehr stark von den Fördermilliarden profitieren, die die EU-Kommission zur Unterstützung der Batterieproduktion in Europa genehmigt hat. Unternehmen können damit in größerem

Umfang finanziell vom Staat unterstützt werden, als dies nach dem Beihilfe- und Wettbewerbsrecht der EU sonst erlaubt ist. Im konkreten Fall stehen 2,9 Milliarden Euro an staatlichen Fördermitteln bereit, von denen 42 Unternehmen profitieren. Darunter sind Autokonzerne wie BMW, aber auch mittelgroße Unternehmen. Neben den Subventionen spielt für die Batteriehersteller bei der Standortwahl auch die örtliche Nähe zu großen Autobauern eine Rolle. Aufgrund der hohen Belastungsanforderungen sind die Hersteller von Elektroautos auch darauf angewiesen, dass ihnen die Zulieferer Batteriezellen mit einer gleichbleibend hohen Qualität liefern. Genau dabei kann der Standort Deutschland punkten. Ber-

nard Bäker, Professor für Fahrzeugmechanik an der TU Dresden, wies auf den guten Ausbildungsgrad der Mitarbeiter in Deutschland hin.

Deutsche noch immer überlegen

Er schätzt die Deutschen im Vergleich zu den Chinesen auf diesem Feld noch immer als überlegen ein. Für die Unternehmen bedeutet es tatsächlich bares Geld, wenn in den Produktionschargen die Qualität auf einem gleichbleibend hohen Niveau gehalten werden kann: Batteriezellen, die produktionsbedingt nicht den hohen Anforderungen der Autobauer standhalten, können nur noch zu geringeren Preisen für andere Anwendungsbereiche verkauft werden. Norman Hanert

MELDUNGEN

„Big Oil“ unter Druck

Den Haag – Öl- und Gasförderer in Saudi Arabien und Russland sehen sich als Gewinner des wachsenden Drucks auf westliche Ölkonzerne. Im Mai hatte ein Gericht in Den Haag den Konzern Royal Dutch Shell dazu verurteilt, seine CO₂-Emissionen drastisch zu reduzieren. In den USA werfen Aktivisten den Ölmultis Exxon und Chevron vor, nicht genug gegen den Klimawandel zu tun. Auch die Internationale Energieagentur (IEA) forderte unlängst in einem Report, ab sofort alle Investitionen in neue Projekte zur Versorgung mit fossilen Brennstoffen einzustellen, um bis 2050 ein Netto-Nullemissionsziel zu erreichen. Saudi-Arabiens Energieminister Prinz Abdulaziz bin Salman bezeichnete sein Land als Gewinner „all dieser Aktivitäten“. Ein Sprecher von Gazprom kommentierte, es scheine, als wenn der Westen sich mehr auf die Versorgung durch diejenigen verlassen müsse, den er als „feindliche Regime“ bezeichnet. N.H.

Gegen Grenze bei Bargeld

Frankfurt am Main – Bundesbank-Vorstand Johannes Beermann kritisiert Pläne der EU-Kommission, Bargeld-Zahlungen auf einen Höchstbetrag von 10.000 Euro zu begrenzen. Die Grenze soll angeblich Geldwäsche erschweren. Laut Beermann aber gibt es bislang keinen wissenschaftlichen Beweis, dass Bargeldobergrenzen im Kampf gegen Geldwäsche überhaupt etwas bewirken. Die zeigten auch Länder, in denen es bereits Obergrenzen gebe, die teils noch deutlich unter den anpeilten 10.000 Euro liegen, so in Belgien (3000 Euro) oder Portugal (1000 Euro für Geschäfte zwischen Händler und Verbrauchern) oder Griechenland (500 Euro, außer bei Autokäufen). Beermann fürchtet zudem, dass durch eine solche Obergrenze bei den Bürgern der Eindruck entstehen könne, Bargeld sei etwas Anrüchiges. H.H.

Mehr Kohle als Wind

Wiesbaden – Im ersten Quartal dieses Jahres kam der Strom in Deutschland wieder hauptsächlich aus Kohle. Im Vorjahreszeitraum hatten dagegen noch erneuerbare Energiequellen die Hauptlast getragen. Wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden mitteilt, ist der Rückgang der Erneuerbaren auf ein windarmes Frühjahr 2021 zurückzuführen. Im ersten Vierteljahr 2020 deckten Windkraft, Biogas und Solarenergie noch 51,4 Prozent des deutschen Stromverbrauchs. Im ersten Quartal des laufenden Jahres dominierten dagegen Kohle, Gas und Atomenergie mit zusammen 59,3 Prozent. Derweil prescht die Politik mit ehrgeizigen Zielen zum völligen Abschied von der Nutzung fossiler Brennstoffe vor, wobei auch die letzten Kernkraftwerke bis Ende 2022, also in rund anderthalb Jahren, vom Netz gehen sollen. Kritiker warnen, dass daher ab 2023 in besonders wind- und sonnenarmen Phasen, den sogenannten Dunkelflauten, die Gefahr großflächiger Stromausfälle stark ansteigen könne. H.H.

KOMMENTARE

In der Gender-Falle

PAUL MICHAELIS

„Warum nehmen die eigentlich nicht den Habeck?“ Diese Frage stellte nach der Ausrufung Annalena Baerbocks zur Kanzlerkandidatin der Grünen vor einigen Wochen ein Kollege, der sicherlich noch nie „grün“ gewählt hat und dies in seinem Leben vermutlich auch nicht tun wird. Und er ergänzte: „Der Mann kommt nicht nur sympathisch rüber, er hat in seinem Beruf als Schriftsteller und Essayist immerhin eine ganze Reihe von Büchern vorgelegt, darunter eines über Patriotismus von links. Und nicht zuletzt hat er als ehemaliger Landesminister von Schleswig-Holstein Erfahrung im Regieren.“

Das Problem freilich für Habeck: In den Überlegungen der Grünen spielten derlei Gedanken keine Rolle. Natürlich hatte man auch dort bemerkt, dass der Norddeutsche im Vergleich zu Baerbock der weitaus Erfahrener ist – und somit rein fachlich der Geeigneter gewesen wäre. Doch hatten die Entscheider in einer Partei, die sich seit ihrer Gründung stets auch dem Feminismus ver-

schrieben hat, andere Prioritäten darüber, was „ein*e Kanzlerkandidat*in“ mitbringen sollte. Dort zählte vor allem, dass Habeck ein Mann ist – und Baerbock eine Frau.

So sprach auch bei der Nominierung Baerbocks niemand davon, dass sie der qualifiziertere Kandidat wäre. Vielmehr wurde betont, dass die Grünen ungläubig würdig würden, wenn sie als „erste*n Kandidat*in“ für das Kanzleramt einen Mann ins Rennen schickten.

Baerbocks desaströses Auftreten in den letzten Wochen entlarvt nun diese Haltung – ebenso wie die seit Jahren erhobenen Forderungen nach Geschlechterquoten für alle möglichen Bereiche der Gesellschaft – als Unsinn. Vor wenigen Tagen erst hatte der Bundestag mit den Stimmen von Union und SPD beschlossen, dass künftig mindestens eine Frau im Vorstand großer Unternehmen vertreten sein soll.

Vielmehr zeigt das Debakel der Grünen, dass der alte Brauch, gerade bei der Besetzung von Spitzenpositionen zualtererst die Frage nach der Qualifikation zu stellen, seine Berechtigung hat.

Ukraine muss warten

MANUELA ROSENTHAL-KAPPI

Anlässlich Joe Bidens Europareise und des angekündigten Treffens mit Wladimir Putin in Genf (siehe Seite 6) zeigte sich der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij wenig erfreut, dass der US-Präsident einen Termin mit seinem russischen Amtskollegen vereinbart hatte, ohne sich vorher mit ihm (Selenskij) abzusprechen. Denn dass die Ukraine eines der Themen des Zusammentreffens sein würde, liegt auf der Hand.

Allerdings, so mag man sich fragen, was hat Selenskij eigentlich erwartet? Dass sich angesichts der globalen Lage – dem Aufstieg Chinas zur konkurrierenden Weltmacht der USA und den während der Amtszeit von Donald Trump abgekühlten Beziehungen zu den europäischen Partnern – alles nur um sein wirtschaftsschwaches Land drehen würde? Ganz offensichtlich nicht. Wieder einmal muss die Ukraine erkennen, dass sie nur dann im Mittelpunkt steht, wenn

es den Mächten, die um Einfluss auf Kiew Politik und Wirtschaft ringen, so beliebt. Wenn Biden auch während seines Treffens mit Putin weiter eine harte Position gegenüber Russland vertreten hat und dem Kremlherrn „rote Linien“ aufzeigte, so zeugen doch die moderaten Töne aus dem Weißen Haus davon, dass die USA nicht an Russland vorbeikommen werden, wenn sie Chinas Macht begrenzen wollen. Ein neutrales Russland, zu dem stabile Beziehungen bestehen, liegt im Interesse Bidens.

Um die Ukraine nicht gänzlich wie ein Stiefkind dastehen zu lassen, haben die USA ein 150 Millionen US-Dollar schweres-Hilfspaket für militärische Ausrüstung für die Ukraine bewilligt. Damit sollen Artillerieaufklärungsradare, Systeme zur Erkennung von Drohnen sowie abhörsichere Kommunikationsausrüstung finanziert werden. Auf die Lösung der Krimkrise und des Donbass-Konflikts wird Kiew wohl noch lange warten müssen.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2021:

Inland 14 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 16,50 Euro, Luftpost 20,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.

Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht haftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-50
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de



Denkwürdige Stunde des Einigungsprozesses: Der Plenarsaal des Bundestags am 20. Juni 1991

Foto: imago/Rainer Unkel

LEITARTIKEL

Vergessene Sternstunde

RENÉ NEHRING

Unter den Jahrestagen des Einigungsprozesses wird der 20. Juni 1991, der Tag, an dem der Deutsche Bundestag über den Sitz von Regierung und Parlament des vereinigten Deutschlands abstimmte, kaum noch erinnert.

Gegenüber den großen und kleinen Dramen der Friedlichen Revolution des Herbstes 1989 mit dem Höhepunkt des Mauerfalls am 9. November steht der Tag des „Hauptstadtbeschlusses“ ebenso im Schatten wie gegenüber der Nacht vom 2. auf den 3. Oktober 1990, als Millionen Landsleute rund um das Brandenburger Tor und den Reichstag über die gelungene Einheit ihres Vaterlands – das Wort gehörte damals noch zum allgemeinen Sprachgebrauch – jubelten.

Und doch sollte man diesen 20. Juni 1991 nicht vergessen. Denn hier entschied sich, welchen grundsätzlichen Weg die vereinte Bundesrepublik einschlagen würde, ob sie lediglich eine vergrößerte „Bonner Republik“ sein würde, die sich weiterhin vor allem gen Westen orientieren würde, oder ob sie sich als eine „Berliner Republik“ – durchaus unter Fortsetzung der bündnispolitischen Westbindung – nicht doch stärker hin zur geographischen Mitte des Kontinents ausrichten würde.

Vorbehalte gegen Berlin

Zuvor hatten namhafte Publizisten wahlweise die Angst vor einer „Borussifizierung“ oder „Protestantisierung“ geschürt. Auch die Warnung vor „altem, neuem Großmannsdenken“, das quasi automatisch in die deutsche Außenpolitik zurückkehren würde, sobald diese nicht mehr vom Rhein, sondern von der Spree aus bestimmt würde, durfte nicht fehlen.

Am Tage der Abstimmung selbst äußerten sich die Berlin-Skeptiker unter den politischen Profis indes vorsichtiger. Norbert Blüm etwa sagte: „Der Nationalstaat, den wir uns wünschen, ist europäisch eingebunden und regional gegliedert. Europäisierung und Regionalisierung, das sind die Pole eines modernen Nationalstaates. Ich frage Sie, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen: Passt in eine solche bundesstaatliche Lösung eine alles dominierende Hauptstadt?“

Auf der Seite der Berlin-Befürworter blieben vor allem drei Wortmeldungen in Erinnerung: die des alten Willy Brandt, der 1961 als Regierender Bürgermeister fassungslos dem Bau der Mauer zusehen musste, in den 80er Jahren den Traum von der Einheit als „Lebenslüge der Bundesrepublik“ bezeichnete, um mit dem Mauerfall sofort das Zusammenwachsen des

sen, „was zusammengehört“ zu verkünden; ferner die Wortmeldungen des damaligen Innenministers Wolfgang Schäuble und des Bundeskanzlers Helmut Kohl.

Brandt konterte die Ängste vor einer dominierenden Hauptstadt Berlin mit Worten wie: „Beim Thema Europa scheinen einige zu meinen, nationale Hauptstädte werde es bald nicht mehr geben. Ich habe da meine Zweifel, was den Zeitraum angeht. Ich rege Wiedervorlage an, wenn die Briten London, die Spanier Madrid et cetera abgeschafft haben werden.“ Deutlich auch der Vergleich mit einem bedeutenden Nachbarland: „In Frankreich wäre übrigens niemand auf den Gedanken gekommen, im relativ idyllischen Vichy zu bleiben, als fremde Gewalt der Rückkehr in die Hauptstadt an der Seine nicht mehr im Wege stand.“ Bemerkenswert auch Brandts Bekenntnis: „Ich denke, das Preußische taugt immer noch zu mehr als einer bloßen Karikatur.“

Als gewichtigste Rede wurde damals die von Wolfgang Schäuble wahrgenommen, der zunächst an das Hauptstadt-Ver-

te wiedervereinigt wären? Ich glaube es nicht.“ Denjenigen, die Berlin als Hindernis für die europäische Einigung ausgaben, hielt er entgegen: „Europa ist mehr als Westeuropa. Deutschland, die Deutschen, wir haben unsere Einheit gewonnen, weil Europa seine Teilung überwinden wollte. Deshalb ist die Entscheidung für Berlin auch eine Entscheidung für die Überwindung der Teilung Europas.“

In Erinnerung geblieben ist neben den Worten Schäubles vor allem, wie Brandt im Anschluss an Schäubles Rede zu diesem hinüberging und ihm still die Hand schüttelte. Eine Geste, die zeigte, dass es Fragen gibt, die weit über dem politischen Streit politischer Rivalen stehen.

Mit Spannung erwartet wurde auch die Stellungnahme Helmut Kohls, der sich zuvor bedeckt gehalten hatte, und nun klare Worte für Berlin fand: „1947 bin ich mit 17 Jahren zum erstenmal in Berlin gewesen. Es war eine zerstörte Stadt. Wenn mich damals jemand gefragt hätte: Was ist die deutsche Hauptstadt?, wäre die Antwort keine Überlegung wert gewesen; ich hätte gesagt: Das ist selbstverständlich Berlin! (...) Ich war wenige Tage nach dem 17. Juni 1953 dort. Wenn mich am 20. Juni 1953 jemand gefragt hätte: Was ist die deutsche Hauptstadt, und zwar im vollen Sinne des Wortes?, hätte ich gesagt: Berlin. Im Juni 1987 stand ich mit Ronald Reagan vor dem Brandenburger Tor, als er rief: Herr Gorbatschow, öffnen Sie dieses Tor! Wenn mich damals jemand gefragt hätte (...) hätte ich gesagt: Berlin. Ich stand mit den meisten von Ihnen in jener unvergesslichen Nacht vom 2. auf den 3. Oktober 1990, als der Tag der deutschen Einheit um o Uhr gefeiert wurde, vor dem Reichstag, und mir war natürlich klar, dass ich für Berlin bin. (...) Das sind keine historischen Reminiszenzen, (...) sondern das ist die Erkenntnis, dass Berlin Brennpunkt deutscher Teilung und der Sehnsucht nach deutscher Einheit war.“

Knappes Ergebnis

Am Ende stimmte der Bundestag mit 338 zu 320 Stimmen für den Antrag, den Sitz von Bundestag und Bundesregierung schnellstmöglich nach Berlin zu verlegen. Auch wenn führende Repräsentanten der alten Bundesrepublik in den Jahren der Teilung viel dafür getan hatten, um mit der Flucht aus der Geschichte auch aus der Nation zu fliehen, hatte der Bundestag damit ein eindrucksvolles Signal für die Rückkehr Deutschlands zu staatlicher Normalität gesetzt. Dass das Ergebnis so knapp ausfiel, erinnert gleichwohl daran, wie weit sich das politische Bonn damals bereits von lange beschworenen Grundsätzen entfernt hatte.

„In Wahrheit geht es um die Zukunft Deutschlands“

Wolfgang Schäuble

sprechen der alten Bundesrepublik erinnerte: „Ich glaube, in den 40 Jahren, in denen wir geteilt waren, hätten die allermeisten von uns auf die Frage, wo denn Parlament und Regierung sitzen werden, wenn wir die Wiedervereinigung haben, die Frage nicht verstanden und gesagt: Selbstverständlich in Berlin.“ Auf die Hinweise der Bonn-Befürworter, welche persönlichen Konsequenzen ein Umzug des Regierungssitzes für die Parlamentarier und ihre Mitarbeiter bedeuteten, antwortete Schäuble: „Es geht auch nicht um Arbeitsplätze, Umzugs- oder Reisekosten, um Regionalpolitik oder Strukturpolitik. Das alles ist zwar wichtig, aber in Wahrheit geht es um die Zukunft Deutschlands. Das ist die entscheidende Frage.“

Deutlich auch Schäubles Worte darüber, was eine Hauptstadt ausmacht: „Das Symbol für Einheit und Freiheit, für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit für das ganze Deutschland war wie keine andere Stadt immer Berlin: von der Luftbrücke über den 17. Juni 1953, den Mauerbau im August 1961 bis zum 9. November 1989 und bis zum 3. Oktober im vergangenen Jahr. (...) Ob wir wirklich ohne Berlin heu-

Musikalischer Volltreffer

Carl Maria von Webers Oper „Der Freischütz“ traf den Nerv der Zeit – Premiere vor 200 Jahren in Berlin

VON EBERHARD STRAUB

Carl Maria von Weber wird ganz selbstverständlich mit Dresden verbunden, wo er von 1817 bis zu seinem Tode 1826 als Musikdirektor die für ihn eingerichtete deutsche Abteilung der Königlichen Oper leitete. Aber sein berühmtestes Werk, „Der Freischütz“, wurde nicht zuerst in Dresden aufgeführt, sondern vor 200 Jahren in Berlin, am 18. Juni 1821.

Diese Premiere ist eine der denkwürdigsten in der deutschen Musikgeschichte. Sie wurde bewusst als Demonstration verstanden gegen Gaspare Spontini und damit gegen König Friedrich Wilhelm III., der mit einem Machtwort jede öffentliche Kritik an seinem 1820 berufenen Generalmusikdirektor und bevorzugten Komponisten verboten hatte. Am 24. Mai 1821 konnte daher Spontini einen glänzenden Triumph mit „Olimpia“ feiern, der in ganz Europa Aufsehen erregte.

Er hatte während 40 Proben als Dirigent und Regisseur in Zusammenarbeit mit Friedrich Schinkel, dem außergewöhnlichen Bühnenbildner, ein Modell des musikalisch-dramatischen Gesamtkunstwerkes entworfen, wie er es sich vorstellte. Das ursprünglich französische Libretto übertrug der Königsberger Dichter und Komponist E.T.A. Hoffmann in deutsche Verse.

Das war nicht das einzig Deutsche an diesem heroischen Drama für Musik. Spontini begriff sich als Erbe Christoph Willibald von Glucks, dem radikalen Reformator der Oper, und er bewunderte den Musikdramatiker Mozart, vor allem dessen „Don Giovanni“. Das verband ihn mit E.T.A. Hoffmann, der mit lebhafter Begeisterung in dem Italiener den Sachwalter bester, auch von Deutschen geförderter, Traditionen wahrhaft klassischer Kunst achtete. Über den „Freischütz“ drei Wochen später schwieg er beharrlich.

Spontinis Waterloo

Die ehrgeizigen Anhänger Webers wollten den Erfolg Spontinis übertreffen. Das ging nicht in der Königlichen Oper Unter den Linden. „Der Freischütz“ war die erste Oper, die in dem von Schinkel am Gendarmenmarkt neu errichteten und am 26. Mai 1821 eröffneten Schauspielhaus – heute das Konzerthaus – aufgeführt wurde. Seit Wochen schürten junge Literaten eine aufgeregte Stimmung. Am Abend des 18. Juni kam es zu einem fast chaotischen Gedränge, bei dem festliche Kleider einigen Schaden nahmen und manche Besucher kleine Quetschungen davontrugen. Der erwartungsfrohe Lärm im überfüllten Haus erreichte ungeahnte Ausmaße, als Weber vor dem Orchester erschien und drei Mal vor den Ovationen kapitulierte, bis er endlich eine allgemeine, feierliche Ruhe erzwang.

Die Ouvertüre überwältigte selbst die Skeptiker im Publikum, das stürmisch deren Wiederholung verlangte sowie im Laufe der Vorstellung auch von 14 der 17 Musiknummern. Gedichte und Kränze wurden den Komponisten zugeworfen, den der „unmöglichste Enthusiasmus“ übergücklich machte und anschließend im Gasthaus Jagor seinen vollständigen Sieg mit seinen Anhängern feierten.

Am 18. Juni 1821 jährte sich zum sechsten Mal die Niederlage Napoleons bei Waterloo oder Belle Alliance, wie die Preußen sagen. Spontini war von Napoleon zuvor in Paris zu einem Alleinherrscher im Reich der Oper erhoben worden. Als Repräsentant der überwundenen Despo-



Waidmannsheil: Der „Freischütz“ steht auch für den Beginn der grün-romantischen Bewegung

Foto: imago/Bild13

tie sollte ihm in Berlin sein Waterloo bereitet und, ungeachtet aller königlichen Vertrauensbeweise, die deutsche Kunst und Musik endlich von drückender Fremdherrschaft befreit werden.

Weber hatte mit dem Liederzyklus „Leier und Schwert“ zu Gedichten des 1813 gefallenen und wegen seiner Jugend, Schönheit und Genialität sofort zum Nationalhelden erhobenen Theodor Körner die Herzen aller Patrioten für sich eingenommen. Die Tänze, Lieder, Chöre und Arien im „Freischütz“ wurden sofort von den Begeisterten als wahrhaft deutsch empfunden und deshalb populär. Sie erlaubten es, wie es von nun an immer wieder hieß, dass unter den Stimmen der Völker auch die deutsche gebührende Anerkennung und Aufmerksamkeit fand. „Der Freischütz“ verhalf von Berlin aus über Dresden, Prag, München und Wien allen Deutschen zu einer Idee von deutscher Seele oder eines deutschen Volksgeistes, sodass sie im Reich der Musik ihr gemeinsames Vaterland entdeckten.

Großes Lob von Hector Berlioz

Darin äußerte sich keineswegs ein bornierter Nationalismus, sondern ein unter Romantikern in ganz Europa verbreiteter Humanismus, der nicht nach Einförmigkeit und Gleichheit strebte, dem Ziel pedantischer und revolutionärer Aufklärer. Sondern es ging um Vielfalt und Eigenart, um dem abstrakten Menschen den wirklichen und konkreten gegenüberzustellen, wie er als Italiener, Franzose oder Deutscher auftrat. Nur alle Menschen machen die Menschheit aus. Deshalb ist das Studium der Menschheit der unerschöpfliche Mensch, wie er in mannigfachsten Gestalten und Völkern erscheint. Daran erinnerte Goethe beharrlich.

Die Musik galt den Romantikern als die allgemeine Sprache, die gefühlsmäßig jeder versteht. Aber jede Sprache lebt aus der lebendigen Fülle ihrer Dialekte und Sonderformen. Die Musik müsse daher unweigerlich ihre natürliche Kraft und ihre ureigene Lebendigkeit einbüßen, sobald sie genötigt werde, sich einem kosmopolitischen Jargon anzupassen.

Hector Berlioz, der französische Romantiker, nahm sich Weber und dessen „Freischütz“ zum Vorbild, weil dieser mit alltäglichen Personen, deren Gefühlen

und Sitten, für die Musik eine ganz neue Poesie voller Gegensätze und Leidenschaften erschlossen habe, die nur in der Wirklichkeit aufgespürt werden könne und erstaunlichste Wunder der Erfindung ermögliche. Er würdigte in Weber den deutschen Meister, der mit seiner Umwelt vertraut war und den Deutschen die Geheimnisse ihrer Natur eröffnete, deren sie sich kaum bewusst waren.

Wenn Berlioz von Natur sprach, redete er vom Menschen und im Zusammenhang mit Weber vom deutschen Menschen. Er verlor nie den Realisten aus dem Auge, den Dramatiker, der auf die Menschen, wie sie sind, hören und achten muss, um ein Publikum, sein Volk, für seine Geschichten gewinnen zu können.

„Hauptperson ist der Wald“

Von Richard Wagner an bis zu Hans Pfitzner wurde „Der Freischütz“ allerdings zum Stück deutscher Waldromantik stilisiert. „Die Hauptperson ist sozusagen der Wald“, schrieb Pfitzner. Die Geschehnisse der Menschen spielen im Vergleich zur Natur eine untergeordnete Rolle als bloße Staffage in der Landschaft.

Solche für einen Musikdramatiker wie Pfitzner erstaunliches Urteil führten zu dem Klischee von Weber als dem unmittelbar Naiven, der sich Stimmungen der Natur hingab und von denen überströmte, seiner selbst kaum mehr bewusst, das Lied zum Klingen bringt, das in allen Dingen schlummert. Der Wald rückt allein in der Wolfsschlucht in den Mittelpunkt. Aber selbst in dieser Szene sind schreckliche Phänomene und Gespenster insgesamt wichtiger als Bäume, weil übernatürliche Mächte in die Natur eingreifen und diese mit ihrem schrecklichen Treiben vollständig durcheinanderbringen.

Der Jäger Max hält sich viel im Walde auf, schließlich will er Förster werden. Die Oper ist ein bürgerliches Drama am konkreten Ort – dem Wirtshaus am Waldesrand, dem Försterhaus und einem Festplatz mit konkreten Menschen: Bauern, Förster, Jäger, einem Fürsten und Bürgerstöckern. Die Liebe ist mit praktischen Zwecken verbunden, weil Agathe ihrem Max die Aussicht auf die Nachfolge in der väterlichen Erbforsterei verheißt.

Die Handlungen ereignen sich in Böhmen nach dem Dreißigjährigen Krieg,

nach einer chaotischen Zeit ähnlich der gerade vergangenen zwei Jahrzehnte mit Umsturz und französischer Besetzung. Die Böhmen hatten noch gegen Ende der Kriege die Schweden als Plage erlebt. Sie machten sich daran, ihre gestörte Ordnung wiederherzustellen. Ein fürstlicher Herr und dessen Beamter, der Erbforster, veranschaulichen die ländlichen Autoritäten, die es den Bauern erlauben, in sicheren Verhältnissen zu arbeiten und sich beim Tanz des Lebens zu erfreuen. Ein Eremit verkündet die frohe Botschaft, dass Gott der Herr der Geschichte ist und in sie rettend und befreiend eingreift.

Es ist die Welt nach dem Wiener Kongress, die im historischen Kostüm behandelt wird. Die Geschichte war gerade in der jüngsten Vergangenheit entdeckt worden, nicht zuletzt als Kampf zwischen guten und bösen Mächten. Die Wirklichkeit ist das Reich Gottes, wie der mit Weber gut bekannte Schriftsteller Matthäus von Collin bemerkte, immer gefährdet durch unheimliche Kräfte, deren Macht jedoch zu Nichte wird am göttlichen Willen.

Sozialistische Umdeutung

Davon handelten zahllose Zauber- und Märchenspiele vor allem des Wiener Volkstheaters, die auch in Dresden oder Leipzig verschlungen wurden. Wunder und Schrecken unterrichteten darüber, dass jede Ordnung unsicher und auf die Natur kein Verlass ist. Darin äußert sich keine Naivität, sondern eine weltkluge Skepsis, wie sie in Wien und im Deutschen Bund nach 1815 in den bürgerlich-adligen Kreisen weitverbreitet war.

Sie ließ sich durchaus mit dem Sozialismus vereinen. Zur Eröffnung der wiederaufgebauten – nun nach Gottfried Semper benannten – Staatsoper wurde am 13. Februar 1985 der „Freischütz“ aufgeführt. Am 24. August 1944 war das die letzte Oper im unzerstörten Haus. Auferstanden aus Ruinen erinnerte das neue/alte Haus mit dieser Oper an Untergänge und neuen Aufbruch. Die bürgerliche Welt des „Freischütz“ war verschwunden. Doch das Volk, seine Kunst und die Musik, die vom deutschen Geist kündeten, hatten überlebt. Auf einer späteren Stufe der historischen Entwicklung konnten deshalb der „Freischütz“ und andere Dramen weiter wirken.

MUSEEN IN NOT

Ausverkauf der Kunst

Den US-Museen hat die Corona-Krise wirtschaftlich schwerer geschadet als den europäischen Häusern. Während diese von einer Vielfalt an Förderstrukturen profitieren, sind Museen in den Vereinigten Staaten weitgehend von Eintrittsgeldern und den Spenden privater Förderer abhängig. Staatliche Zuwendungen belaufen sich höchstens auf ein Viertel des Etats.

Nach einer Umfrage sieht sich ein Drittel der rund 35.000 US-Museen durch den Corona-bedingten Ausfall der Einnahmen von Schließungen bedroht. Seit der Wiedereröffnung ab August letzten Jahres mit Einschränkungen und Hygiene-Regeln hat sich die Lage kaum entspannt. Wichtige Stifter wie die Ford-Foundation unterstützen lieber soziale Einrichtungen.

Ausnahmsweise dürfen die Mitglieds-Museen der „American Alliance of Museums“ in dieser Notlage im Zeitraum von zwei Jahren Kunstwerke veräußern, um Einnahmeausfälle zu kompensieren. Bislang war das „Deaccessioning“ („Entsammeln“) nur gestattet, wenn der Erlös für Neuerwerbungen verwendet wurde.

Als eines der ersten bedeutenden Häuser ließ das New Yorker Brooklyn Museum im Oktober zwölf Werke im Auktionshaus Christie's versteigern. Eine „Lucretia“ von Lucas Cranach d. Ä. brachte 4,2 Millionen Dollar. In letzter Minute musste das Baltimore Museum of Art aufgrund von Protesten des Unterstützerkreises ebenfalls



Stich ins Herz: Verkaufte „Lucretia“

im Oktober die Versteigerung von drei Werken zurückziehen. Für Andy Warhols überdimensionalen Siebdruck „Das letzte Abendmahl“ waren 40 Millionen Dollar angesetzt worden.

Andere Museen trennten sich stillschweigend von Exponaten. Im März wurde bekannt, dass der österreichische Direktor des New Yorker Metropolitan Museum of Art, Max Hollein, seine Pläne aufgegeben hat, Bilder zu veräußern. 2020 hatte das größte Kunstmuseum der USA 350 Mitarbeiter entlassen, 20 Prozent der Belegschaft. Auch in Großbritannien stammt der größte Teil der Museums-ets aus privaten Investments, Eintrittserlösen sowie von Stiftungen und Mäzenen. Eine Umfrage ergab, dass dort sechs von zehn Museen und Galerien die Krise möglicherweise nicht überstehen werden.

Aktuell sind die Kulturstätten wiedereröffnet worden. Für das Londoner Victoria & Albert-Museum war schon länger eine radikale Neustrukturierung vorgesehen. Nun wurde bekannt, dass jede fünfte Mitarbeiterstelle gestrichen werden soll. D. Jestrzowski

ANTISEMITISMUS

„Große Schande für die Polen“

Vor 75 Jahren wurden im Pogrom von Kjelzy über 40 Juden ermordet und weitere 80 verletzt

VON WOLFGANG KAUFMANN

Am Abend des 3. Juli 1946 kehrte der achtjährige Henryk Blaszczyk mit schlechtem Gewissen in sein Elternhaus in der polnischen Stadt Kjelzy (Kielce) zurück, aus dem er zwei Tage fortgeblieben war. Aus Angst vor einer Bestrafung erzählte der Junge, Juden hätten ihn im Keller des Gebäudes in der Ulica Planty 7 festgehalten. Daraufhin meldete sein Vater den vermeintlichen Vorfall am nächsten Morgen bei der örtlichen Wache der Polizei, die seit 1944 „Milicja Obywatelska“ (MO, Bürgermiliz) hieß. Wenig später stürmten ein Dutzend Polizisten auf Befehl ihres Vorgesetzten Edmund Zagórski los, um das „Judenhaus“, in dem rund 160 Holocaust-Überlebende untergekommen waren, zu durchsuchen. Dabei verbreiteten sie unterwegs das Gerücht, es gehe um das Aufspüren von Leichen christlicher Kinder, die im Rahmen von Ritualmorden umgebracht worden seien. Den Angehörigen der MO schlossen sich bald darauf rund 100 Soldaten und fünf Offiziere des Korpus Bezpieczeństwa Wewnętrznego (KBW, Korps für Innere Sicherheit), einer speziellen Formation der kommunistischen Streitkräfte, sowie zahlreiche Zivilisten an.

Die Täter waren Polen

Während die Bewaffneten in das Haus eindringen, das übrigens gar keinen Keller besaß, fiel ein Schuss. Wer diesen abgab, ist unbekannt. Jedenfalls entspann sich nun ein Feuergefecht, in dessen Verlauf es auf beiden Seiten zu mehreren Toten kam. Einige der Bewohner der Ulica Planty 7 flüchteten auf die Straße, wo sie von der Menge gelyncht wurden. Mehrere Hundert polnische Arbeiter aus dem nahebei liegenden Stahlwerk Huta Ludwików sowie weitere Polizisten strömten herbei und beteiligten sich an den Ausschreitungen. Erst nachmittags gegen 15 Uhr hatte der Gewaltausbruch ein Ende. Da sorgten dann weitere Einheiten des Innenministeriums unter dem Kommando von Major Kazimierz Konieczny mit Warnschüssen für Ruhe auf der Stra-



Nach dem Pogrom von Kielce: Die Opfer werden in einem Massengrab beigesetzt

Foto: pa

ße. Allerdings wurden die verletzten Juden, die ins Krankenhaus gebracht worden waren, dort von anderen Patienten attackiert.

Während des Pogroms von Kjelzy kamen mindestens 42 Holocaust-Überlebende – Männer, Frauen und Kinder – zu Tode. Elf davon wurden erschossen und zwei mittels Bajonettstichen getötet. Der Rest starb durch Steinigung, Schläge mit Knütteln oder ähnliches. Außerdem gab es 80 zum Teil sehr schwer Verletzte.

Die Nachricht von dem Massaker in der Stadt rund 170 Kilometer südlich von Warschau machte schnell die Runde und versetzte die Juden in Polen in Panik. Zumal bald auch noch andere Pogrome dieser Art stattfanden. Bis Ende 1946 ermordeten polnische Antisemiten insgesamt wohl um die 2000 Juden.

Daraus resultierte ein Massenexodus. Im Rahmen der zionistischen Fluchthilfebewegung Bricha emigrierten nun Hunderttausende Juden in die Tschechoslowakei und dann weiter nach Palästina oder in die US-amerikanische Besatzungszone Deutschlands. Allein dorthin waren bis 1947 145.000 Juden aus Polen geflüchtet.

Die polnischen Behörden reagierten auf das Pogrom von Kjelzy mit der unverzüglichen Verhaftung von zwölf Zivilisten, die aber im Gegensatz zu den am stärksten involvierten Polizisten und Soldaten wohl eher Mitläufer und sicherlich nicht die Haupttäter oder Anstifter gewesen waren. Neun davon erhielten in einem summarischen Schnellverfahren die Todesstrafe und wurden bereits am Abend des 12. Juli 1946 exekutiert, ohne dass es

noch weitere Untersuchungen zu den Hintergründen des Massakers gegeben hätte. Deshalb sind diese bis heute umstritten und bieten Stoff für ganz unterschiedliche Legenden.

So bezichtigte die stalinistische Führung in Warschau polnische Nationalisten der Tat. Die ersten Vorwürfe in diese Richtung äußerte anlässlich der Trauerfeierlichkeiten für die Opfer des Gewaltausbruchs Stanisław Radkiewicz, Chef des Vorläufers des Ministeriums für Staatssicherheit, des Urząd Bezpieczeństwa (UB, Sicherheitsbüro).

Die polnische Exilregierung in London unter Władysław Raczkiewicz behauptete im Gegensatz dazu, das Pogrom sei von der kommunistischen Führung angeordnet worden, um von den gravierenden Unregelmäßigkeiten beim Refe-

rendum vom 30. Juni 1946 abzulenken. Mit dieser Volksabstimmung hatte die provisorische Regierung von Moskaus Gnaden das Ziel verfolgt, die Einführung der „Diktatur des Proletariats“ in Polen voranzutreiben. Infolgedessen war es zu massiven Wahlfälschungen und Behinderungen der Opposition gekommen.

Der Tatort war ein linker Staat

Polnische Antisemiten aller Couleur wiederum lasteten die Ausschreitungen von Kjelzy zionistischen Kreisen an. Diese hätten das Pogrom erst provoziert und danach propagandistisch ausgeschlachtet, um die Auswanderung nach Palästina und die Gründung eines jüdischen Staates zu forcieren. In diese Kerbe schlug später auch der nationalkonservativ-katholisch geprägte Rundfunksender Radio Maryja, indem er kolportierte, in einigen der Säрге der angeblichen Opfer des 4. Juli 1946 habe sich nur Sand befunden.

In der bis 1989 existierenden Volksrepublik Polen geriet das Pogrom von Kjelzy schnell zum Tabuthema. In seltener Einmütigkeit arbeiteten die regierenden Kommunisten und die katholische Kirche daran, das Thema unter den Teppich zu kehren. Nichts sollte den nationalen Mythos beschädigen, dass die Polen stets nur Opfer, aber niemals Täter gewesen seien.

Nach dem Ende der Herrschaft der marxistisch-leninistischen Polska Zjednoczona Partia Robotnicza (PZPR, Polnische Vereinigte Arbeiterpartei) wurden neue staatsanwaltliche Ermittlungen angestellt. Sie erbrachten aber keine substantiellen Ergebnisse. Damit bleibt es wohl dabei, dass damals neben einigen subalternen Angehörigen der kommunistischen Sicherheitskräfte nur ganz normale Einwohner von Kjelzy agiert hatten, angetrieben von einem traditionellen Antisemitismus und möglicherweise auch der Angst, die aus den Vernichtungslagern heimkehrenden Juden könnten ihr verlorenes Eigentum zurückfordern. Insofern ist dem damaligen polnischen Staatspräsidenten Lech Kaczyński wohl nicht zu widersprechen, wenn er 2006 am Ort des Verbrechens von einer „großen Schande für die Polen“ sprach.

HERMANN VON BOYEN

Mit seinem Rücktritt endete die preußische Reformzeit

Vor 150 Jahren kam der preußische Heeresreformer und Kriegsminister im ostpreußischen Kreuzburg zur Welt

Dass der preußische Heeresreformer Hermann von Boyen Namensgeber einer Feste im ostpreußischen Kreis Lötzen geworden ist, passt, kam er doch am 23. Juni 1771 in Kreuzburg und damit in einem ostpreußischen Ort zur Welt. Der Spross einer Offiziersfamilie trat bereits als Kind in die Fußstapfen seiner Vorfahren. Wie viele preußische Militärreformer war Boyen kein sturer Kommisskopf. Neben seiner Befähigung „junge Offiziere zu bilden“ fielen seinen Vorgesetzten seine „wissenschaftlichen Talente“ auf. An der Albertina hörte er Immanuel Kant. Mit Ernst Moritz Arndt war er befreundet. Boyen war in der Lage zu eigenständigem politischen Denken. Schon 1794, also Jahre vor der Katastrophe von Jena und Auerstedt sowie den nachfolgenden preußischen Reformen, soll er das Ideal eines Volksheeres aus selbstständig fühlenden und handelnden Männern entwickelt haben.

Boyen und der wohl bekannteste preußische Militärreformer, Gerhard von Scharnhorst, erkannten ihre Seelen-

verwandtschaft. Ab 1803 gehörte Boyen der von dem 16 Jahre Älteren ins Leben gerufenen Militärischen Gesellschaft an, ab 1808 der von Scharnhorst geleiteten Militär-Reorganisations-Kommission.

1811 versuchte er mit Scharnhorst und August Neidhardt von Gneisenau erfolglos, den König zum Kampf gegen Napoleon zu gewinnen. Als Friedrich Wilhelm III. sich stattdessen im Folgejahr am Russlandfeldzug des Franzosenkaisers beteiligte, wechselte Boyen wie viele andere Patrioten ins russische Lager. Zar Alexander I. wählte ihn aus, um Friedrich Wilhelm III. in Breslau sein Bündnisangebot zu unterbreiten.

Nach dem erneuten Seitenwechsel des Königs wechselte Boyen wieder in preußische Dienste. Boyen, „dessen Fähigkeiten sich nicht in der Führung von Truppen entfalteten“, wie es der deutsche Historiker Franz Schnabel so fein formuliert, leistete wieder Stabsarbeit, vornehmlich für Friedrich Wilhelm Bülow von Dennewitz.



Herman von Boyen Foto: unbekannt

Während Scharnhorst bereits 1813 gefallen war, begann Boyens Karriere – zumindest formal – erst nach dem Sieg über Napoleon so richtig. 1814 wurde er zum Kriegsminister ernannt. Als Boyens wichtigste Tat gilt das noch im selben Jahr verabschiedete Wehrgesetz, das die allgemeine Wehrpflicht auch in Friedenszeiten sowie die dauerhafte Einrichtung der Landwehr regelte. Weniger das stehende Heer des Königs mit seinem durchweg adeligen Offizierskorps aus Berufssoldaten denn die Landwehr mit ihrem milizartigen Charakter entsprach Boyens Ideal des Volksheeres. Die Idee des Volksheeres impliziert, dass das Volk zumindest bis zu einem gewissen Grade – für die eigene Sache kämpft und deshalb impliziert sie auch ein Mindestmaß an Volksbeteiligung an der Politik und Beschränkung der königlichen Macht durch eine Verfassung.

Der Minister musste jedoch erleben, dass sein König statt das Versprechen einzulösen, die Landwehr in das reguläre Heer eingliederte. Boyen demis-

sionierte daraufhin. Der preußische Reformreformer schrieb damit insofern Geschichte, als an diesem Rücktritt gerne das endgültige Ende der preußischen Reformzeit und der Beginn des Zeitalters der Reaktion festgemacht wird.

Boyen zog sich ins Privatleben zurück, beschäftigte sich mit geschichtlichen Studien, betätigte sich schriftstellerisch, verfasste seine Erinnerungen. Eine Rückkehr in die Politik bewirkte dann noch einmal der Regierungsantritt Friedrich Wilhelms IV. Die beiden waren miteinander befreundet, und der neue König machte ihn 1841 wieder zum Kriegsminister. Auch ansonsten wurde Boyen in der Regierungszeit Friedrich Wilhelms IV. vielfältig geehrt. Der Beginn der Errichtung und die Benennung der Feste Boyen fallen in diese Zeit.

Boyen bekleidete das Amt bis kurz vor seinem Tod. Im November 1847 trat er ein zweites Mal zurück. Am 15. Februar 1848 starb er in Berlin. Die 48er Revolution erlebte er nicht mehr mit. Manuel Ruoff

UNTERNEHMEN BARBAROSSA

„Nur ein Sandkastenspiel“

Vor 80 Jahren begann der deutsch-sowjetische Krieg

VON KLAUS J. GROTH

Der Krieg gegen die Sowjetunion brach vor 80 Jahren ohne Kriegserklärung los. Auf ausdrückliche Anweisung Adolf Hitlers war das Wort „Kriegserklärung“ in dem Memorandum vermieden worden, das der deutsche Botschafter Friedrich-Werner Graf von Schulenburg dem sowjetischen Außenminister Wjatscheslaw Molotow am 22. Juni 1941 in Moskau überreichte. Die verhängnisvollste Katastrophe der deutschen Militärgeschichte, vorbereitet unter dem Codewort „Barbarossa“, begann mit einer vorgeschobenen Erklärung. Noch am Abend zuvor hatte Molotow sich gegenüber von Schulenburg besorgt gezeigt, man beobachte bei der deutschen Regierung eine unbestimmte Missstimmung, wenn man die Gründe dafür kenne, wolle man Abhilfe schaffen. Als von Schulenburg in die deutsche Botschaft zurückgekehrt war, hatte der Dechiffrierdienst gerade ein Telegramm des Außenministers Joachim von Ribbentrop entschlüsselt. Es wies den deutschen Botschafter an, die Kriegserklärung des Reiches zu übermitteln – bei Vermeidung des Wortes „Kriegserklärung“.

Es war frühmorgens um 4 Uhr, als von Schulenburg abermals bei Molotow vorstellig wurde. Nun verlas er, was ihm aus Berlin übermittelt worden war: Die Sowjetunion habe den Nichtangriffspakt durch den Aufmarsch der Roten Armee an der Grenze, konspirative Tätigkeit der Komintern in Deutschland sowie die Annexion Ostpolens und der baltischen Staaten gebrochen. Damit sei sie dem Krieg führenden Deutschland „in den Rücken gefallen“. Die Wehrmacht habe Befehl, „dieser Bedrohung mit allen zur Verfügung stehenden Machtmitteln entgegenzutreten“. Erst als Molotow nachfragte, ob das Krieg bedeute, bestätigte von Schulenburg dies. Da bombardierten deutsche Flugzeuge bereits seit drei Stunden sowjetische Städte.

Hitler plante Blitzkrieg gegen die SU

Zwei Stunden zuvor hatte ein Güterzug die Brücke von Brest-Litowsk passiert, er brachte Getreide nach Deutschland. Für die Zöllner Routine. Die Soldaten der Roten Armee schliefen in den Kasernen. Viele Soldaten der Wehrmacht schliefen seit drei Tagen fern der Kasernen auf Lastwa-

gen und in Panzern. Pro Mann hatte sie 30 Zigaretten und für vier Mann eine Flasche Schnaps erhalten. An einen Einsatz glaubten wenige. „Der Iwan ist unser Verbündeter“, dachte die Mehrzahl. Die Truppenbewegungen der Wehrmacht waren nicht unbemerkt geblieben. Eisenbahnen und Autobahnen Richtung Osten waren seit Tagen überlastet. Die sowjetische Botschaft in Berlin hatte darüber nach Moskau berichtet, doch der Kreml schwieg.

Als um 3.15 Uhr die deutsche Artillerie auf breiter Front das Feuer eröffnete, war das der Auftakt des Infernos. Es war der Beginn jenes Eroberungs- und Vernichtungskrieges, von dem Adolf Hitler bereits 1925 in „Mein Kampf“ geschrieben hatte: Es sei der unvermeidbare weltgeschichtliche Kampf der „arischen Rasse“ gegen das „Weltjudentum“, dessen extremste Form der „Bolschewismus“ sei. Darum sei ein Bündnis mit den Sowjets ausgeschlossen, man könne „nicht den Teufel mit dem Beelzebub austreiben“. 1928 legte Hitler in seinem „Zweiten Buch“, das zu seinen Lebzeiten unveröffentlicht blieb, nach: Ziel sei es, „Lebens-

raum im Osten“ zu erobern, der „für die nächsten 100 Jahre“ ausreiche. Das blieb über Jahre Hitlers oberste Maxime seiner Außenpolitik.

Göring widersprach als einziger

Die Vorbereitungen für das „Unternehmen Barbarossa“ begannen sofort nach dem Waffenstillstand mit Frankreich, als Hitler erklärte, „ein Feldzug gegen Russland“ sei „nur ein Sandkastenspiel“. Im Generalstab wurden daraufhin mehrere Aufmarschpläne entwickelt. Sie entsprachen nicht Hitlers Vorstellungen. Die formulierte er selbst in der Führerweisung Nr. 21, genannt „Barbarossa“, vom 18. Dezember 1940: Es solle ein kurzer Krieg sein, bei dem große Teile der feindlichen Truppen einzukreisen seien, ein allgemeiner Rückzug in das weite Hinterland zu verhindern sei. Niemand widersprach, ausgenommen Hermann Göring. Der gab zu bedenken, die Wehrmacht werde sich in den Weiten Russlands verzetteln. Der Verweis auf Napoleon verfiel bei Hitler nicht. Der habe nur Ochsenkarren gehabt, die Wehrmacht aber habe Panzer ...

Generalstabschef Franz Halder schätzte die Rote Armee als etwa so stark wie die Wehrmacht ein, allerdings sei sie technisch unterentwickelt. Tatsächlich konnten die Sowjets zwölf Millionen Soldaten aufstellen, sie verfügten über 10.000 Panzer, dreimal so viele wie die Deutschen. Hitler aber behauptete: „Der schlechteste deutsche Infanterist ist besser als der beste fremde Infanterist.“ Das Reich griff mit einer zahlenmäßig unterlegenen Wehrmacht an, die unter Rohstoffmangel litt, der nicht ausreichend Kriegsgerät durch die Industrie geliefert wurde. Ein Blitzkrieg wie gegen Polen und Frankreich war in Russland nicht möglich. Aber genau daran dachte Hitler. Die ganze Angelegenheit sei erledigt, ehe der russische Winter einsetze. Nur ein Fünftel der deutschen Streitkräfte werde dann noch zur Sicherung der neuen Grenze in Russland sein, nur für diesen kleinen Teil sei winterfeste Kleidung notwendig. Denn, so Adolf Hitler wenige Tage vor dem Angriff, in vier Wochen seien die Russen besiegt, das Gros des Heeres wieder heimgekehrt.

Was in den eroberten Gebieten zu geschehen hatte, war festgelegt: Die Generale sollten nur im Kampfgebiet Befehlsgewalt haben. Rückwärtig sollten ihnen Partei, Gestapo, SS und andere ideologische Formationen folgen. Hitler ernannte Alfred Rosenberg zum Minister für die besetzten Ostgebiete. Was brauchbar war, sollte ins Reich transportiert werden. Auf die Bevölkerung sei keine Rücksicht zu nehmen. Wer verhungere, der müsse nicht vertrieben werden.

Kurz vor Beginn des Unternehmens Barbarossa legte der sogenannte Kommissarbefehl fest, dass Politkommissare der Roten Armee nicht wie Kriegsgefangene zu behandeln, sondern sofort zu erschießen seien.

Am 22. Juni 1941 um 5.30 Uhr verlas Reichspropagandaminister Joseph Goebbels eine Erklärung Hitlers im Rundfunk. Sie schloss mit den Worten: „Ich habe mich heute entschlossen, das Schicksal des Deutschen Reiches und unseres Volkes wieder in die Hände unserer Soldaten zu legen.“ Dieser Entschluss kostete mehr als 30 Millionen Menschen das Leben.



Der deutsch-sowjetische Krieg endete für die Wehrmacht in einer Katastrophe: Von Russlands kaltem Winter zermürbte deutsche Soldaten in sowjetischer Kriegsgefangenschaft

WALLIS, HERZOGIN VON WINDSOR

Sie kostete ihren Ehemann die Krone

Vor 125 Jahren wurde die Gattin des britischen Königs Eduard VIII., eines Onkels Königin Elisabeths II., geboren

Nach mehr als sieben Jahrzehnten endete vor wenigen Wochen die Ehe der britischen Königin Elisabeth II. durch den viel betrauertem Tod Prinz Philips. Der Duke of Edinburgh wurde mit allen Ehren, die angesichts von Corona medizinisch vertretbar erschienen, beigesetzt. Dabei war Elisabeths Wahl anfänglich nicht unumstritten gewesen. Philip hatte kein Vermögen, war im Ausland geboren, und seine Schwestern waren mit deutschen Adligen, darunter ein SS-Oberführer, verheiratet. In dieser Situation soll Elisabeth gedroht haben, dass sie es notfalls wie ihr Onkel Eduard machen würde. Der hatte für die Liebe auf die Krone verzichtet, die Liebe zu Wallis Simpson.

Wie Philip kam auch Bessie Wallis Warfield, so der Mädchennamen, aus vergleichsweise bescheidenen Verhältnissen und außerhalb des Empires zur Welt. Vor

125 Jahren, am 19. Juni 1896, wurde die US-Amerikanerin in Blue Ridge Summit im Bundesstaat Pennsylvania geboren. Schon wenige Monate nach ihrer Geburt starb der Vater, und das Einzelkind war mit seiner Mutter auf die Unterstützung wohlhabender Verwandter angewiesen.

Wie bei Camilla Parker Bowles und Prinz Charles wurde auch bei Wallis und Eduard die Beziehung dadurch verkompliziert, dass die Frauen zum einen bürgerlich und zum anderen geschieden waren, Wallis sogar zwei Mal. 1920 heiratete sie zum ersten Mal, den Leutnant des Marinefliegerkorps Earl Winfried Spencer. Die Ehe mit dem Alkoholiker wurde 1925 geschieden. Sie begann eine Affäre mit dem verheirateten Teilhaber der Maklerfirma Baltic Exchange in London, Ernest Aldrich Simpson, die 1928 in eine zweite Ehe mündete.



Wallis Duchess of Windsor

1931 lernte sie den damaligen Prince of Wales Eduard kennen. Die beiden kamen sich näher. 1936 wurde für beide zum Schicksalsjahr. Im Januar wurde Eduard in der Nachfolge seines verstorbenen Vaters Georg V. König von Großbritannien. Im Oktober wurde Wallis' zweite Ehe geschieden. Und im November teilte Eduard VIII. seinem Premier mit, dass er Wallis zu heiraten plane. Dieser Plan stieß in Politik, Kirche und Medien jedoch auf derart viel Kritik und Widerstand, dass der König sich vor die Wahl gestellt sah zwischen Wallis und dem Thron. Er entschied sich für Wallis. Insofern kostete Wallis ihn die Krone. Eine andere Frage ist, ob sie ihn auch die Krone gekostet hätte, wenn Eduard so wenig deutsch- und italienfreundlich gewesen wäre wie sein jüngerer Bruder und Nachfolger Georg VI.

Durch Eduards Abdankung vom 10. Dezember 1936 wurde aus ihm der Herzog of Windsor und durch seine Eheschließung vom 3. Juni 1937 aus Wallis die Duchess of Windsor. Zum Zeitpunkt der Eheschließung waren die beiden bereits im französischen Exil.

Die beiden waren zwar jetzt zusammen, aber ihr weiteres Leben wirkt geprägt durch eine Sinnkrise. Sie führten ein luxuriöses Leben, fanden aber anscheinend keinen Ruhepunkt, keine neue Heimat. Ihnen fehlte augenscheinlich eine sinnstiftende Aufgabe. Die Ehe blieb kinderlos, und auch beruflich fand das Paar nichts Erfüllendes. Zerbrochen ist die Beziehung daran jedoch nicht. Die Ehe endete durch den Tod Eduards am 28. Mai 1972 in Paris. Knapp einhalb Jahrzehnte darauf, am 24. April 1986, starb auch die Herzogin von Windsor in der französischen Hauptstadt. M. Ruoff

VON DAGMAR JESTRZEMSKI

Im Jahr 2009 wurde im Branitzer Park bei Cottbus ein Ausrottungsfeldzug gegen die Nutria durchgeführt. Im denkmalgeschützten Landschaftspark waren die kapitalen Nager immer mehr zu einer Plage geworden. Sie hatten das von Fürst Hermann von Pückler-Muskau (1785–1871) angelegte Gartenreich an vielen Stellen untergraben und auch die Pyramiden-Grabstätte des Fürsten und seiner Ehefrau Lucie beschädigt. Die radikale Bekämpfungsaktion hatte zum Ziel, die Nutrias für immer aus dem Park zu verbannen.

Doch das misslang gründlich. Vier Jahre später stellte ein Parkbesucher Fotos von einem Spaziergang durch den Branitzer Park in einen Internetblog, darunter auch solche von drei Nutrias. Ein Tier graste vor der Schlossterrasse und ließ sich laut Kommentar des Fotografen durch nichts stören.

Die ursprüngliche Heimat der an Flüssen, Seen, Teichen und Sümpfen lebenden Nutria (*Myocastor coypus*), die auch als Biberratte oder wegen ihrer Ähnlichkeit mit dem Biber als Sumpfbiber bezeichnet wird, sind die gemäßigten Klimazonen Südamerikas. Dort werden die Tiere seit dem 19. Jahrhundert wegen ihres schönen Fells in riesigen Pelztierfarmen gehalten, sind aber wegen ihres schmackhaften Fleisches in freier Wildbahn fast ausgerottet worden.

Bis zu zehn Kilogramm schwer

Über entkommene und freigesetzte Tiere aus Pelztierfarmen wurden Nutrias weltweit in vielen Ländern der gemäßigten Breiten heimisch. Die Wassernager ernähren sich überwiegend vegetarisch und leben in einem Familienverband von bis zu 15 Tieren. Jedes Paar gräbt sich eine eigene Erdhöhle. Ihre Ausbreitung entlang von kleinen und mittleren Fließgewässern hat zu regionalen und lokalen Brennpunkten des Vorkommens geführt. In Deutschland haben sich die größten Populationen in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg herausgebildet.

Die Tiere erreichen eine Körperlänge von bis zu 65 Zentimetern und bringen acht bis zehn Kilogramm auf die Waage. An Land wirken Nutrias plump wegen ihres watschelnden Ganges auf den kurzen Beinen, sind aber dank ihrer Schwimmhäute an den Hinterfüßen gute Schwimmer und Taucher. Bei Gefahr können sie an Land über kurze Strecken gut laufen und auch springen. Die Fellfarbe schwankt von Dunkelbraun bis Silbergrau. Das Kinn ist mit weißen Haaren bedeckt. Auffällig sind die orangefarbenen, scharfen Nagezähne und der bis zu 45 Zentimetern lange, unbehaarte Schwanz, durch den sich diese Tierart von dem etwas größeren Elfbiber



Ufervegetation droht der Kahlfräß: Nutrias bevölkern immer mehr die deutschen Binnengewässer

Foto: imago images/Blickwinkel

IMPORTIERTE PLAG

Deutschland wird untergraben

Nutrias wurden einst als Nutztiere eingeführt – Nun werden die verwilderten Nachfahren der Nager zunehmend zur ernststen Gefahr für Deiche, Uferbewohner und die Landwirtschaft

mit seiner breiten „Kelle“ unterscheidet. Dreimal im Jahr bringt das Weibchen sechs bis zehn Junge zur Welt.

Die Nutria verdrängt den Bisam und mitunter auch den Biber. Während der Biber in seinem Bau lebt und das Wasser aufstaut, unterhöhlen die Nutria Dämme und Uferböschungen, die bei Hochwasser unterspülen, erodieren und die Fließfunktion des Gewässers beeinträchtigen. Dadurch wird die Standfestigkeit von Deichen beeinträchtigt. Auch landwirtschaftliche Schäden werden gemeldet, da Nutrias Feldfrüchte fressen und Weideland zerstören. Kühe können einbrechen und sich verletzen. Wo die Nager ein Terrain erobern, kommt es zum Kahlfräß der Ufervegetation, sodass der Lebensraum von Schilfrütern und anderen Vögeln schwindet. Auch dadurch, dass die selten gewordenen Flussmuscheln ihre begehrte Eiweißnahrung sind, tragen Nutrias zur Verarmung der Artenvielfalt bei.

Obwohl die hohe Vermehrungsrate der Nutrias wie auch ihre Schädigung

bekannt ist, wurde in einigen Bundesländern erst vor wenigen Jahren die Eindämmung der Bestände durch die Jagd offiziell erlaubt, ergänzend zum Fang mit Lebendfallen. In Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen wurden die Nutrias zusammen mit den anderen Neozoen (eingewanderten und heimisch gewordenen Tierarten) bereits 2001 in die Liste der jagdbaren Tiere aufgenommen, dennoch ist Niedersachsen das Bundesland mit den höchsten Bestandszahlen. Im ebenfalls stark betroffenen Brandenburg wurde die Bejagung erst im Juli 2019 mit einer Durchführungsverordnung zum Brandenburgischen Jagdgesetz geregelt und etwas später auch der Elterenschutz kassiert.

1880 wurden in Deutschland die ersten Exemplare gesichtet. In den 1930er Jahren begann die Zucht in Pelztierfarmen. In der DDR entstanden große Nutriazuchten, und das Fleisch der Tiere wurde häufig verzehrt. Es gilt als schmackhaft, bekömmlich und cholesterinarm. Zahlreiche freigelassene Exemplare sind

der Ursprung der starken Nutriapopulation in und um Leipzig. Mit Duldung der Behörden bringen einzelne Privatpersonen Fallen aus, um an das Fleisch der Tiere zu gelangen. Es soll auch auf den sogenannten Polenmärkten angeboten worden sein.

Wie konnte es soweit kommen?

In Parkanlagen, an Teichen oder auf Golfplätzen sind die Nutrias an Spaziergänger gewöhnt. Sie werden zutraulich und lassen sich mit Gemüse füttern, betteln mitunter auch aggressiv. In einigen Bundesländern ist das Füttern verboten, offiziell aber nach wie vor nicht in Brandenburg, obwohl dort regional Nutria-Plagen entstanden sind. In Cottbus etwa drohen dennoch bei Fütterung der Nutria empfindliche Strafen.

Im Spreewald besteht flächendeckend eine hohe Populationsdichte, was allenfalls noch ortsfremden Bootsausflüglern Freude bereitet. Besonders gravierend sind die Deichschäden durch die Nager an

der Spree und der Schwarzen Elster. Dies erfordert eine beständige Schadensbeseitigung.

Im Jagdjahr 2014/15 wurden bundesweit mehr als 19.500 Nutrias erlegt und damit zehnmal so viele wie 15 Jahre zuvor. Fast 88.200 Nutrias weist die Statistik für das Jagdjahr 2019/20 aus, 42 Prozent mehr als im Vorjahr und knapp die Hälfte davon aus Niedersachsen. Wie soll es weitergehen? Erneut ist ein Versagen des NABU zu beklagen.

Denn wie konnte es zu der unkontrollierten Ausbreitung in immer mehr Regionen kommen, wo die Nutria den Brut- und Schutzraum für Wasservögel, Amphibien und Fische gefährdet? Offensichtlich haben die Naturschutzverbände bei einer ihrer zentralen Aufgaben versagt: den Schutz der gefährdeten einheimischen Fauna und Flora gegenüber dominanten invasiven Arten wie Waschbär, Marderhund und Nutria wahrzunehmen und die schwerfällig agierenden Behörden zum Handeln aufzufordern.

ZEITGEIST

Fachleute entlarven Mythen bei der Ernährung

Drei Bücher zeigen, wie die „Nachhaltigkeits“-Mode zu absurden Resultaten führt

Das Private ist mittlerweile politisch geworden. Dies gilt auch und gerade für die Ernährung. Satt zu werden oder vielleicht noch gesund zu essen, reicht längst nicht mehr. Nun ist „Nachhaltigkeit“ angesagt, um das Klima und damit letztlich den Planeten samt der darauf wandelnden Menschheit zu retten. In diesem Zusammenhang wurden von den Propagandisten einer ökologisch bewussten Ernährung diverse Mythen in die Welt gesetzt, mit denen jetzt drei neu erschienene Bücher aufzuräumen versuchen.

Das erste stammt von dem Briten Mike Berners-Lee, Professor am Institut für Soziale Zukunft an der Lancaster University, und heißt „Wie schlimm sind

Bananen? Der CO₂-Abdruck von allem“. Darin steht unter anderem, dass gegen Bananen und andere Südfrüchte, welche mit dem Schiff von weither geholt würden, eigentlich nichts einzuwenden sei, wenn es um die CO₂-Bilanz gehe. Ganz im Gegensatz zu dem eingeflogenen Obst oder Gemüse, von dem sich die Veganer und Vegetarier im Winter zu ernähren pflegen.

Vegane Butter schadet Regenwald

Der zweite Titel „Köche, hört die Signale!“ kommt als „Ein kulinarisches Manifest“ daher. Sein Verfasser ist der Schweizer Koch und „Ernährungsaktivist“ David Höner. Der arbeitet sich ebenfalls an den

Veganern ab, welche ihre Essgewohnheiten als das Nonplusultra der nachhaltigen Lebensweise preisen: Wer beispielsweise auf tierische Fette verzichte und statt dessen Butter aus Kokosöl verwende, tue der Umwelt absolut nichts Gutes. Denn für die Produktion von Kokosöl müsse noch deutlich mehr Regenwald gerodet werden als für die Herstellung von Palmöl, dessen ökologische Bilanz ebenfalls verheerend sei.

Hierauf verweist auch die Österreicherin Cornelia Diesenreiter, welche Umwelt- und Bioressourcenmanagement studierte, in „Nachhaltig gibt's nicht“. Die Inhaberin eines Geschäfts auf dem Wiener Schwendermarkt, in dem vor der Ver-

richtung bewahrte Lebensmittel auf möglichst umweltverträgliche Art und Weise weiterverarbeitet und an eine ökobewusste Kundenklientel verkauft werden, bringt noch weitere Beispiele für den Etikettenschwindel unter dem Deckmantel der sogenannten Nachhaltigkeit.

Plastik wäre besser, aber ...

So muss sie ihre Produkte in Pappkartons an den Mann bringen, weil die Leute das so wollen. Dabei hätten Plastikverpackungen einen sechs Mal kleineren „ökologischen Fußabdruck“. Aber was zähle, so die desillusionierte Unternehmerin weiter, sei vielfach eben nicht die Logik oder das wissenschaftliche Argu-

ment, sondern das Image: Wer zur „Szene“ dazugehören wolle, brauche sein „Jutesackerl“ und verteufele jegliches Plastik.

Ansonsten sind sich alle drei Autoren darüber einig, dass man aufhören solle, Selbstkasteiung und Verzicht zu predigen, was die Ernährung betreffe. Zudem sei es keine Lösung, die Massen der finanziell benachteiligten Menschen auf diesem Planeten zum Konsum teurer Ökoprodukte zu nötigen. Wenn die Politik tatsächlich „Nachhaltigkeit“ anstrebe, dann müsse sie entsprechend produzierte Nahrungsmittel subventionieren. Das sei allemal kostengünstiger als aufwendige Klimaschutzprojekte. *Wolfgang Kaufmann*

KÖNIGSBERG

Fischsterben im Schlossteich

Anwohner klagten über lästigen Gestank – Behörden fahnden nach Umweltsündern

VON JURIJ TSCHERNYSCHEW

Lange Zeit wurde der Schlossteich vernachlässigt, da alle Verschönerungsarbeiten ausschließlich am Oberteich durchgeführt wurden. Seit ein paar Jahren wird auch das Ufer entlang des Schlossteichs umgestaltet und gepflegt. Es gibt touristische Routen, geführte Touren und immer mehr Touristen haben die Möglichkeit, seine Schönheiten zu entdecken.

Eine der Perlen des Schlossteichs sind seine Kaskaden, die um 1930 gebaut wurden. Der Standort der Kaskaden wurde nicht zufällig gewählt, denn ein Teil der Wrangelstraße, welche die beiden Seen trennt, verläuft über den Damm, der von den Deutschordensrittern im Jahre 1270 gebaut wurde, um die Auffüllung des Schlossteichs mit Wasser aus dem höher gelegenen Oberteich sicherzustellen.

Die Kaskade hat ein eher strenges Erscheinungsbild. Ganz oben, in einer mit Mosaiken verzierten Nische, befand sich ein Haus mit einer Wasserquelle. Von dort floss das Wasser in eine der sechs Schalen, die mit der Bronzeskulptur „Das tanzende Mädchen“ von Hermann Brachert geschmückt sind. Von dort aus floss das Wasser sanft über Kaskaden von fünf halbkreisförmigen Stufen und mündete in ein kreisrundes Becken von 19 Metern Durchmesser. Aus dem kreisrunden Becken floss das Wasser in eine kleine bogenförmige Grotte und in einen 80 Meter langen Kanal.

Vor Kurzem wurden die Schleusen der anmutigen Kaskaden für den Wasserdurchfluss vom Oberteich zum Schlossteich geöffnet. Doch nicht der Wunsch, die Bürger und Stadtbesucher zu erfreuen, hat die Stadtverwaltung zu diesem Schritt gezwungen.

Die Bewohner der Häuser in der Nähe des Schlossteichs hatten sich über einen anhaltenden und unangenehmen Geruch aus dem See beschwert und forderten die Stadtverwaltung auf zu untersuchen, woher der Gestank kam. Hauptsächlich wur-



Vor Öffnung der Schleusen: Fäulnisgeruch breitete sich in der Nähe der Kaskaden aus

Foto: J.T.

de der Abwassergeruch sowie eine Verschmutzung in jenem Teil des Schlossteichs wahrgenommen, der an den Damm und die Kaskade in der Nähe der Wrangelstraße angrenzt. Ungehindert floss stinkende Gülle durch die Schleuse in den Rest des Sees.

Gülle floss durch die Kaskaden

Entlang des Ufers konnte man Hunderte von Fischen beobachten, die auftauchten und nach Luft schnappten. Als die Behörden reagierten, hatte sich am Schlossteich bereits eine alarmierende ökologische Situation entwickelt. Auf der Wasseroberfläche waren viele tote Fische zu sehen.

Bei einer Inspektion entdeckten Mitarbeiter des regionalen Ministeriums für natürliche Ressourcen und Umwelt Schmutzwassereinleitungen durch ein Rohr, das für die Einleitung von Regenwasser vorgesehen war. Das Wasser im See erwies sich als trüb und roch nach

Fäulnis. Anwohner der benachbarten Häuser teilten ihre Vermutung mit, dass ein Abwasserkanal in der Nähe der Entbindungsklinik am Vortag geplatzt sei.

Unabhängig davon, ob dies der Fall war oder nicht, beschlossen die Verantwortlichen der Stadt, alle zur Verfügung stehenden Schritte zu unternehmen, um die Auswirkungen der Abwassereinleitung zu beseitigen.

Zwischen Ober- und Schlossteich wurde ein Umgehungskanal geschaffen, der es ermöglichte, den Wasserzufluss aus dem Oberteich zu erhöhen. Außerdem wurden Kaskaden selbst geöffnet. Beim Fall von Wasser aus der Höhe tritt eine Belüftung und somit eine zusätzliche Sättigung der Wassermassen mit Sauerstoff auf.

Abhilfe durch Sauerstoff

Jelena Djatlowa, Leiterin der Königsberger Stadtverwaltung, sagte, dass sie nicht so-

fort habe handeln können, weil sie auf die Erlaubnis des Ministeriums für Ökologie und natürliche Ressourcen warten müssen, das für die Entnahme der Wasserproben verantwortlich sei. Djatlowa stellte in Aussicht, dass, wenn die getroffenen Maßnahmen nicht ausreichten, zusätzliche Schritte unternommen würden, die mit Spezialisten der Staatlichen Technischen Universität abgestimmt würden.

Spezialisten der Abteilung für Fischkunde und Ökologie der Universität hatten zu dieser Zeit bereits die Prognose gestellt, dass fast alle Tiere im oberen Teil des Schlossteichs höchstwahrscheinlich sterben würden, da ein aktiver Blüteprozess stattfindet und ein Algenfilm schon die Oberfläche bedeckte.

Das Landesministerium für Naturressourcen und die Bezirksstaatsanwaltschaft für Umwelt fahnden nach den Verantwortlichen für die unerlaubte Einleitung von Abwässern in den See.

● MELDUNGEN

Malereien entdeckt

Marienfelde – Die Peter- und Paulskirche in Marienfelde ist mehr als 650 Jahre alt. Sie stellt eines der interessantesten Denkmäler im südlichen Ostpreußen dar. Seit 14 Jahren laufen Restaurierungsarbeiten zur Rettung der denkmalgeschützten Kirche von Marienfelde, Kreis Pr. Holland. Während der Arbeiten wurden unter anderem Wandmalereien entdeckt. Touristen können diese schon bewundern und den Restauratoren zuschauen. „In die Kirche kann man frei eintreten. Gern erkläre ich, was sich hier tut. Vorbereitet sind Räume unter dem Turm, dort befinden sich Informationen über die in der Kirche vorhandenen Denkmäler“, sagte Johanna Arszynska von der Nikolaus-Kopernikus-Universität in Thorn, welche die Restaurationsarbeiten koordiniert. Die Malereien stellen den Zyklus der zwölf Apostel sowie Maria Magdalena dar. Daneben sind noch viele hölzerne denkmalwerte Gegenstände vorhanden. Für die Liebhaber sakraler Kunst ist der westliche Eingang geöffnet. Die Kirche kann von 9 bis 19 Uhr besichtigt werden. PAZ

Schiffe ohne Kapitän

Königsberg – Für die Jahre 2022/23 plant Russland, zwischen den Häfen Königsberg und St. Petersburg erste führerlose Frachtschiffe einzusetzen. Laut dem stellvertretenden russischen Verkehrsminister Kirill Bogdanow könnten so 15 bis 30 Prozent der Transportkosten eingespart werden, indem die Schiffsbesatzung um die Hälfte reduziert wird. Für das Pilotprojekt, das den Auftakt für die erste autonome Schiffsnavigation weltweit wäre, benötigt der Minister eigenen Angaben zufolge noch das Einverständnis des Gouverneurs der Königsberger Exklave. MRK

SICHERHEIT AUF STRASSEN

Polenweite Änderungen der Verkehrsregeln in Kraft

Statistik weist viele Unfälle mit Todesfällen auf Fußgängerüberwegen auf – Vereinheitlichung der Geschwindigkeitsbegrenzungen

Das polnische Polizeipräsidium hat kürzlich eine Statistik über die Verkehrsunfälle im Jahr 2020 veröffentlicht. Die Schließung der Schulen wegen der Corona-Pandemie hat sich positiv auf die Zahl der Verkehrsunfälle ausgewirkt. Im Vorjahr wurden der Polizei 23.540 Unfälle gemeldet, 22,3 Prozent weniger als 2019, wobei die Zahl der Todesopfer um 14,4 Prozent auf 2491 und die Zahl der Verletzten auf 26.463 sank. Aus den veröffentlichten Daten ergibt sich auch, dass im Vorjahr 5232 Fußgänger an Unfällen beteiligt waren.

Immer noch sterben viele Menschen auf polnischen Straßen. Zu allem Übel ereignen sich tödliche Unfälle mit Fußgängern auch an Orten, an denen sie eigentlich sicher sein sollten, nämlich an Fußgängerüberwegen. Aus diesem Grund sind seit Anfang Juni in der Republik Polen Vorschriften zur Erhöhung der Sicherheit der Verkehrsteilnehmer in Kraft getreten. Die-

se Vorschriften betreffen auch das südliche Ostpreußen.

Infolge der eingeführten Änderungen hat jeder Fußgänger, der einen Zebrastreifen

betritt, Vorrang vor einem Fahrzeug. Straßenbahnen bilden eine Ausnahme: Ein Fußgänger hat nur dann Vorrang, wenn er sich bereits auf einem Zebrastreifen befin-

det. Die neuen Vorschriften entbinden Fußgänger nicht von der Pflicht, beim Überqueren der Straße oder beim Benutzen eines Fußgängerüberwegs vorsichtig zu sein. So ist es verboten, dass ein Fußgänger die Fahrbahn direkt vor einem fahrenden Fahrzeug betritt, auch auf einem Zebrastreifen.

Handyverbot auf Straßen

Eine wichtige Regelung in den geänderten Vorschriften ist das Verbot, ein Telefon oder ein anderes elektronisches Gerät zu benutzen, während man die Straße oder die Bahnleise überquert, einschließlich dem Überqueren eines Zebrastreifens.

Fahrer von Fahrzeugen sind verpflichtet, nicht nur die Kreuzung, sondern auch deren Umgebung zu beachten. Sie müssen besondere Vorsicht walten lassen und ihre Geschwindigkeit reduzieren, um einen Fußgänger, der sich auf dem Zebrastreifen befindet oder diesen betritt, nicht

zu gefährden. Der Fahrer einer Straßenbahn, die sich einem Fußgängerüberweg nähert, ist verpflichtet, die Geschwindigkeit so zu verringern, dass er einen Fußgänger, der den Übergang überquert, nicht gefährdet.

Abgesehen von den bereits erwähnten Neuerungen sieht die Gesetzesnovelle zwei weitere wesentliche Änderungen vor. Die erste ist die Vereinheitlichung der Geschwindigkeitsbegrenzungen in bebauten Gebieten. Wie in anderen Ländern der Europäischen Union beträgt die Geschwindigkeitsbegrenzung innerhalb geschlossener Ortschaften sowohl tagsüber als auch nachts 50 Kilometer pro Stunde. Eine weitere Modifikation betrifft die Schnellstraßen und Autobahnen. Laut der Novelle ist der Fahrer eines Fahrzeugs verpflichtet, einen Abstand zum vorausfahrenden Fahrzeug von mindestens der Hälfte der aktuellen Geschwindigkeit, ausgedrückt in Metern, einzuhalten. Dawid Kazanski



Sollen besser geschützt werden: Fußgänger auf Zebrastreifen, wie hier in Allenstein



ZUM 102. GEBURTSTAG

Eder, Erna, geb. **Scheidemann**, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 21. Juni

ZUM 100. GEBURTSTAG

Maslo, Hedwig, geb. **Masurek**, aus Masuren, Kreis Treuburg, am 22. Juni

Mennong, Herta, geb. **Juckel**, aus Jodgallen, Kreis Elchniederung, am 20. Juni

Rogalla, Johanna, geb. **Sobottka**, aus Binien, Kreis Lyck, am 23. Juni
Rupsch, Herta, geb. **Grigull**, aus Grünhausen, Kreis Elchniederung, am 24. Juni

ZUM 99. GEBURTSTAG

Kluth, Herbert, aus Monken, Kreis Lyck, am 19. Juni

Samoray, Ilse, geb. **Lemke**, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 18. Juni

Schreiber, Emmi, aus Arys, Kreis Allenstein, am 22. Juni

ZUM 98. GEBURTSTAG

Büdenhölzer, Erna, geb. **Kaspe-reit**, aus Wehlau, am 22. Juni

Drenske, Gertrud, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 21. Juni

Lampe, Edith, geb. **Reimer**, aus Schönwiese, Kreis Elchniederung, am 20. Juni

Lyhs, Ruth, aus Neumalken, Kreis Meyer, am 24. Juni

Meyer, Edeltraut, geb. **Gehra**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 77, am 24. Juni

Preiß, Ella, geb. **Palm**, aus Rotbach, Kreis Lyck, am 22. Juni

Umlandt, Anni, geb. **Wohlge-muth**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 18. Juni

ZUM 97. GEBURTSTAG

Fröhlich, Bruno, aus Lenzen-dorf, Kreis Lyck, am 22. Juni

Miller, Erika, geb. **Schiemann**, aus Grünbaum, Kreis Elchniederung, am 21. Juni

Ogilvie, Annemarie, geb. **Pilz**, aus Haselberg, Kreis Schlossberg, am 22. Juni

Simader, Charlotte, geb. **Loch**, aus Windau, Kreis Neidenburg, am 24. Juni

ZUM 96. GEBURTSTAG

Aschmann, Günter, aus Wittenberg, Kreis Preußisch Eylau, am 18. Juni

Freitag, Ursula, geb. **Kirsch**, aus Bolitten, Kreis Mohrungen, am 23. Juni

Kibgies, Walter, aus Treuburg, am 18. Juni

Schulz, Marianne, geb. **Schiele**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 22. Juni

Traube, Karen, geb. **Spickschen**, aus Woydiethen, Kreis Fischhausen, am 23. Juni

ZUM 95. GEBURTSTAG

Führer, Hans, aus Grünweide, Kreis Ebenrode, am 20. Juni

Glaubitz, Horst, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 21. Juni

Konrad, Margarete, geb. **Rilke**, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 21. Juni

Kröhnke, Gerhard, aus Alt Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 19. Juni

Lange, Elsa, geb. **Voß**, aus Starckenberg, Kreis Wehlau, am 18. Juni

Müller, Lucie, geb. **Mrotzek**, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 18. Juni

Neckel, Gerda, geb. **Gollub**, aus Treuburg, am 21. Juni

Schumann, Hildegard, geb. **Pietsch**, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 21. Juni

ZUM 94. GEBURTSTAG

Habedank, Walter, aus Lauken, Kreis Ebenrode, am 24. Juni

Herrmann, Hans Horst, aus Rogallen, Kreis Lyck, am 23. Juni

Kath, Hildegard, geb. **Sadowski**, aus Allendorf, Kreis Neidenburg, am 20. Juni

Krebs, Christel, geb. **Plomann**, aus Klein Hanswalde, Kreis Mohrungen, am 19. Juni

Michelkowski, Walter, aus Koschainen, Kreis Mohrungen, am 19. Juni

Schneider, Ingeborg, geb. **Ben-drick**, aus Lötzen, am 19. Juni

ZUM 93. GEBURTSTAG

Cordes, Lydia, geb. **Hensel**, aus Neuendorf, Kreis Treuburg, am 24. Juni

Graeser, Wolfgang, aus Ortelsburg, am 19. Juni

Hertam, Gertrud, geb. **Beyer**, aus Neufrost, Kreis Elchniederung, am 21. Juni

Kohls, Edmund, aus Seedranken, Kreis Treuburg, am 19. Juni

Neumann, Horst, aus Hochdünen, Kreis Elchniederung, am 23. Juni

Ohlmeyer, Edith, geb. **Hinz**, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 21. Juni

Torner, Horst, aus Lyck, Thorner Straße 1, am 23. Juni

Will, Lothar, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 24. Juni

Zachris, Werner, aus Arlen, Kreis Lötzen, am 22. Juni

Zilinske, Berta, geb. **Launert**, aus Ginkelsmittel, Kreis Elchniederung, am 21. Juni

ZUM 92. GEBURTSTAG

Blosat, Lothar, aus Elbings Kolonie, Kreis Elchniederung, am 19. Juni

Buhr, Irmgard, geb. **Federmann**, aus Trankwitz, Kreis Fischhausen, am 20. Juni

Futh, Dora, geb. **Schroeder**, aus Bladiau, Kreis Heiligenbeil, am 20. Juni

Krüger, Waltraud, geb. **Goetzie**, aus Brandenburg, Kreis Elchniederung, am 22. Juni

Pilz, Irmgard, geb. **Schwermer**, aus Uderhöhe, Kreis Wehlau, am 18. Juni

Radler, Inge, geb. **Joswig**, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 24. Juni

Rose, Günter, aus Sildau, Kreis Neidenburg, am 19. Juni

Schiffner, Edeltrud, geb. **Dom-browsky**, aus Schenken, Kreis Wehlau, am 18. Juni

Schnakowsky, Margarete, geb. **Lissek**, aus Gellen, Kreis Ortelsburg, am 23. Juni

Schock, Manfred, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 19. Juni

Weidlich, Dorothea, aus Lyck, am 21. Juni

ZUM 91. GEBURTSTAG

Bengsch, Helga, geb. **Zehlius**, aus Guttschallen, Kreis Wehlau, am 24. Juni

Bürgen, Arnold, aus Prostken, Kreis Lyck, am 23. Juni

Ferdian, Irmgard, geb. **Lojewski**, aus Millau, Kreis Lyck, am 24. Juni

Fette, Gretel Erna, geb. **Gud-lautzki**, aus Friedeberg, Kreis Elchniederung, am 19. Juni

Fleig, Marianne, geb. **Tybussek**, aus Silberbach, Kreis Mohrungen, am 19. Juni

Foss, Irmgard, geb. **Jablonski**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 23. Juni

Glowatzki, Ruth, geb. **Zerfowski**, aus Venedien, Kreis Mohrungen, am 24. Juni

Grundmann, Marianne, geb. **Münchow**, aus Tapiiau, Kreis Wehlau, am 24. Juni

Hennig, Gerhard, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 22. Juni

Kunkel, Anneliese, geb. **Potreck**, aus Bladiau, Kreis Heiligenbeil, am 19. Juni

Lasogga, Johannes, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 23. Juni

Mattutat, Ruth, geb. **Artschwager**, aus Köllmisch Linkuhnen, Kreis Elchniederung, am 21. Juni

Pietruk, Ulrich, aus Stosnau, Kreis Treuburg, am 18. Juni

Scharlowsky, Giesela, geb. **Schmischke**, aus Altenkirch, Kreis Tilsit-Ragnit, am 18. Juni

Siebeneicher, Hilda, geb. **Hoi-nowski**, aus Himmelforth, Kreis Mohrungen, am 23. Juni

Uzkoreit, Traute, geb. **Nauwar-tat**, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 18. Juni

Wlotzka, Ruth, geb. **Pyko**, aus Wiesenhöhe, Kreis Treuburg, am 22. Juni

ZUM 90. GEBURTSTAG

Gayko, Emilie, aus Baitenberg, Kreis Lyck, am 19. Juni

Graewer, Erna, geb. **Porsch**, aus Goldbach, Kreis Mohrungen, am 18. Juni

Graschtat, Erich, aus Baitenberg, Kreis Lyck, am 21. Juni

Hartmann, Hans, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 22. Juni

Kiefer, Lucie, geb. **Seidler**, aus Rothof/Fliegerhorst, Kreis Lyck, am 19. Juni

Klatt, Heinz, aus Tapiiau, Kreis Wehlau, am 24. Juni

Konstanti, Elfriede, geb. **Dom-browski**, aus Waiblingen, Kreis Lyck, am 23. Juni

Lau, Irmgard, geb. **Braun**, aus Groß Michelau, Kreis Wehlau, am 24. Juni

Neschokat, Waltraud, aus Nas-sawen, Kreis Ebenrode, am 18. Juni

Rahmsdorf, Martha, geb. **Luka-schewitz**, aus Lübeckfelde, Kreis Lyck, am 20. Juni

Schleger, Horst, aus Bieskobnicken, Kreis Fischhausen, am 18. Juni

Tuttas, Hans-Jürgen, aus Krausendorf, Kreis Rastenburg, am 19. Juni

Wadehn, Manfred, aus Wischehenen, Kreis Fischhausen, am 24. Juni

Wagenländer, Elfriede, geb. **Jamm**, aus Kattenau, Kreis Ebenrode, am 18. Juni

Wallstein, Barbara, geb. **Tuttas**, aus Krausendorf, Kreis Rastenburg, am 19. Juni

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bangel, Anneliese, aus Marienhof, Kreis Fischhausen, am 24. Juni

Banke, Edith, geb. **Schimkus**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 20. Juni

Barraud, Irma, geb. **Bobeth**, aus Lank/Eisenberg, Kreis Heiligenbeil, am 23. Juni

Böttcher, Ingrid, geb. **Mlodoch**, aus Gusken, Kreis Lyck, am 24. Juni

Czub, Hans, aus Glinken, Kreis Lyck, am 24. Juni

Friedrichs, Helga, geb. **Kallinowski**, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 18. Juni

Gärtner, Elfriede, geb. **Rasch-dorf**, aus Neidenburg, am 19. Juni

Gampfer, Erika, geb. **Salewski**, aus Liebstadt, Kreis Mohrungen, am 19. Juni

Gehra, Hans, aus Zielhausen, Kreis Lyck, am 24. Juni

Kickstein, Dietmar, aus Rodental, Kreis Lötzen, am 24. Juni

Köhler, Gertrud, geb. **Banse**, aus Schorningen, Kreis Elchniederung, am 23. Juni

Kuhnert, Hartwig, aus Wehlau, am 20. Juni

Mühlich, Wolf-Dietmar, aus Tilsit, Kreis Tilsit-Ragnit, am 19. Juni

Naß, Isind, geb. **Schubert**, aus Lyck, am 22. Juni

Oberlies, Hildegard, geb. **Pete-reit**, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 23. Juni

Parsow, Ursula, geb. **Günther**, aus Schönrade, Kreis Wehlau, am 20. Juni

Ratzke, Elli, geb. **Jastremski**, aus Morgengrund, Kreis Lyck, am 18. Juni

Roggli, Gerda, geb. **Holz**, aus Groß Stürlack, Kreis Lötzen, am 23. Juni

Schergaut, Helga, geb. **Jeworrek**, aus Gausen, Kreis Treuburg, am 23. Juni

Schlupp, Lieselotte, geb. **Trei-chel**, aus Wilkendorf, Kreis Wehlau, am 22. Juni

ANZEIGE

Wirken Sie mit an
der Stiftung
»Zukunft für
Ostpreußen!«

Fürst Fugger Privatbank
IBAN: DE96 7203 0014 1002 8349 83
BIC: FUBKDE33

Schriever, Ingrid, geb. **Mai**, aus Peyse, Kreis Fischhausen, am 21. Juni

Soboll, Helga, geb. **Kloskowski**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 24. Juni

Stiemer, Manfred, aus Lissau, Kreis Lyck, am 22. Juni

ZUM 80. GEBURTSTAG

Ewert-Köhn, Barbara, geb. **Ewert**, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 19. Juni

Jankowski, Peter, aus Treuburg, am 19. Juni

Mandel, Gerda, geb. **Serapin**, aus Lindenhof, Kreis Elchniederung, am 19. Juni

Reimann, Dietrich, aus Nalegau, Kreis Wehlau, am 24. Juni

Schall, Renate, geb. **Adam**, aus Lesgewangen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 22. Juni

Schmidt, Dr. Karl-Dieter, aus Gutweide, Kreis Ebenrode, am 21. Juni

Schweck, Karl-Heinz, aus Klein Stürlack, Kreis Lötzen, am 23. Juni

Stuhlmacher, Landsmannschaft Schwarzenbek, am 19. Juni

ZUM 75. GEBURTSTAG

Bonk, Udo, aus Suleiken, Kreis Treuburg, am 20. Juni

Romeyke, Detlev Ludwig, Kreis-gemeinschaft Neidenburg, am 19. Juni

Wilde, Brigitte, geb. **Kalischewski**, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 23. Juni

Kontakt

Angela Selke
Telefon (040) 4140080
E-Mail: selke@paz.de

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt.

Der Veröffentlichung können Sie jederzeit bei der Landsmannschaft widersprechen.

Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
E-Mail: info@ostpreussen.de

Termine der Landsmannschaft Ostpreußen 2021

24. bis 26. September: Geschichtsseminar in Helmstedt

11. bis 17. Oktober: Werkwoche in Helmstedt

16./17. Oktober: 13. Kommunipolitischer Kongress in Allenstein (geschlossener Teilnehmerkreis)

5. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden (geschlossener Teilnehmerkreis)

6./7. November: Ostpreußische Landesvertretung (geschlossener Teilnehmerkreis)

7./10. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare.html

Entfällt

25. bis 27. Juni: Ostpreußische Sommerolympiade in Heilsberg

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft. Sie können unsere Arbeit dauerhaft unterstützen, indem Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) werden. Dabei ist es gleichviel, ob Sie in Ostpreußen geboren sind oder ostpreußische Vorfahren haben. Uns ist jeder willkommen, der sich für Ostpreußen interessiert und die Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen unterstützen möchte. Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei

Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die Einrichtungen der Landsmannschaft und ihre Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten Einladungen zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundes-

geschäftsstelle in Hamburg. Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf der Webseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – herunterladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an: Landsmannschaft Ostpreußen Herrn Bundesgeschäftsführer Dr. Sebastian Husen Buchtstraße 4 22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Aus den Landesgruppen und Heimatkreisen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Vorsitzender: Rüdiger Jakesch,
Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr. Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.
Internet: www.ostpreussen-berlin.de

Treffen
Memellandgruppe – Donnerstag, 24. Juni, 14 bis 17.15 Uhr, Restaurant Ännchen von Tharau, an der U- und S-Bahn Jannowitzbrücke: Wiedersehenstreffen vor der Sommerpause mit tagesaktuellem Schnelltest oder vollständiger Impfung. Anmeldung bei Hans-Jürgen Müller, Telefon (030) 40100473 (AB), E-Mail: hjm.berlin@t-online.de.



Vorsitzender: Heinrich Lohmann,
Geschäftsstelle: Parkstraße 4, 28209 Bremen, Telefon (0421) 3469718

Der Vorstand ist aktiv
Auch wenn keine Veranstaltungen stattfinden, ist der Vorstand, wenn es erforderlich ist, im Interesse von Kultur und Geschichte Ostpreußens und Westpreußens aktiv. Wir erhielten Kenntnis, dass einige Kunstwerke der Königsberger Bildhauerin Maria Ewel fertig abgegossen bei der Gießerei der 1988 verstorbenen Künstlerin stehen. Durch besondere Umstände war es möglich, drei Kleinplastiken für das Ostpreußische Landesmuseum in Lüneburg zu sichern. Eine 50 Zentimeter große Bronze-Ente konnte nach einstimmigem Beschluss des Vorstandes für die Geschäftsstelle erworben werden.



Bronze-Ente Foto: H. Lohmann

Das künstlerische Wirken Maria Ewels, die nach der Flucht in Bremen wohnhaft und Mitglied unserer Landsmannschaft war, kann nun auch unmittelbar bei uns beispielhaft gezeigt werden.

Heinrich Lohmann



Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131) 42684, **Schriftführer und Schatzmeister:** Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131) 7684391. **Bezirksgruppe Lüneburg:** Heinz Kutzinski, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebsdorf, Tel.: (05822) 5465. **Bezirksgruppe Braunschweig:** Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Tel.: (0531) 2509377. **Bezirksgruppe Weser-Ems:** Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Tel.: (05901) 2968

Monatsversammlung Braunschweig – Mittwoch, 23. Juni, 15 Uhr, Gaststätte Mahlzeit, Kälberwiese 13a: Monatsversammlung. Nach langer Corona-Pause können wir uns endlich wieder treffen. Es

ANZEIGE

Siegfried aus Masuren
sucht für Haus und Grundstück eine geeignete Haushälterin. Neben Unterkunft und Verpflegung wird eine **angemessene Bezahlung** geboten. Zuschriften bitte an: **Siegfried Kattanek** Birkenweg 8 B 19057 Schwerin

muss der Termin für die Generalversammlung festgelegt werden.



Kreisvertreter: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle/Saale. **Geschäftsstelle:** Tanja Schröder, Tel.: (04171) 2400, Fax (04171) 24 24, Rote-Kreuz-Straße 6, 21423 Winsen (Luhe)

Mitgliederversammlung Winsen (Luhe) – Sonnabend, 19. Juni, 14 Uhr, Rote-Kreuz-Straße 6: Die Mitgliederversammlung findet wie geplant und im Heimatbrief angekündigt statt. Wir bitten bei Teilnahme um Anmeldung bei der Geschäftsstelle, damit wir die Anordnungen und Auflagen betreff Corona einhalten können. Das gemeinsame Treffen der Kreisgemeinschaften Schloßberg und Ebenrode kann nicht stattfinden.



Der neue Film ist online: www.ostpreussen.de/lo Foto: LO

LO-VERBINDUNGSBÜRO ALLENSTEIN

„Spannend und nie eintönig“

Damian Wierzchowski vertritt Edyta Gładkowska



Damian Wierzchowski Foto: D.W.

Bereits seit 2011 ist Edyta Gładkowska Repräsentantin der Landsmannschaft Ostpreußen in Ermland und Masuren; dort betreut sie die deutschen Vereine und leitet zahlreiche Projekte. Nun widmet sie sich einer anderen Aufgabe. Edyta Gładkowska erwartet ein Baby, dazu wünschen wir ihr alles Gute. Während ihrer Elternzeit wird sie von Damian Wierzchowski vertreten, der sich hier den PAZ-Lesern vorstellt:

Zu meinen Leidenschaften gehören Unterrichten und die Deutsche Sprache. In der Freizeit beschäftige ich mich meistens mit der Sprache. Ich fahre sehr gern Fahrrad. Weil wir in Allenstein echt viele Fahrradwege haben, kann ich jedes Mal neue Landschaften bewundern. Seit knapp zwei Jahren habe ich einen Hund und gehe sehr gern mit ihm spazieren. Sehr oft sind es ganz schön lange Strecken rund um die Stadt

anderes, als ich bisher gemacht habe. Ich unterrichte hier nicht, ich habe viele andere Aufgaben, auf die ich mich konzentrieren will. Manchmal ist es anstrengend zwei unterschiedliche Sichtweisen miteinander zu verbinden, aber es klappt. In Polen plant man eher kurzfristig und aus der deutschen Perspektive langfristig, deshalb ist es ab und an so, dass ich mit jemandem über ein Projekt im kommenden Jahr spreche und er wundert sich, wieso wir uns schon jetzt darüber unterhalten wollen. Dadurch ist diese Arbeit spannend und nie eintönig, was auch Spaß macht, darüber hinaus kann ich den Kontakt mit der Sprache pflegen. *Damian Wierzchowski*

oder entlang des Flusses Alle, der durch unsere schöne Stadt fließt.

Ich will mich weiter entwickeln, deshalb suche ich mir von Zeit zu Zeit etwas Neues. Manchmal sind das kleine Projekte oder größere Herausforderungen, so wie jetzt bei der Landsmannschaft Ostpreußen ist etwas völlig

Ul. Okopowa 25, 10-075 Olsztyn, dienstags 14 bis 17 Uhr, mittwochs 15.30 bis 18.30 Uhr, Telefon (+48) 89-5340780, E-Mail: Wierzchowski@ostpreussen.de

ANZEIGEN

Ferienhäuser in Masuren
www.masuren1.de

PAZ wirkt!

Mal Nordsee?
Fewo für kurzentschlossene Naturfreunde, Nähe St. Peter Ording, ab 40 € p. T., NR, Ki. u Hund wilk. **T.: 04862-8052**

QUALITÄTSURLAUB SEIT ÜBER 30 JAHREN.

Es geht wieder los!

Erleben Sie die Schönheit Polens

MASUREN MIT DANZIG, OBERLANDKANAL, ALLENSTEIN, NIKOLAIKEN UND GOLDAP
SCHLESISCH MIT KRAKAU | BESKIDEN MIT SOLINA SEE

MIT Heimat-Special DEUTSCHLAND

BUCHEN SIE JETZT BUNDESWEIT
Telefon: 0 23 07/27 950 oder online: www.warias-reisen.de

An jedem Programmtag Kaffee & Kuchen gratis. | Abholung in vielen Großstädten

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 168 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: _____
Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
Bank: _____
Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 - 22087 Hamburg

PAZ-02-R



Abonnieren Sie die PAZ
und sichern Sie sich Ihre Prämie

40 Euro Prämie



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

OMV

Versöhnung, Freiheit, Erneuerung

Diesjährige Wallfahrt der deutschen Minderheiten an den St. Annaberg

Unter dem Leitwort „Versöhnung, Freiheit, Erneuerung“ fand – nach einer coronabedingten Pause im letzten Jahr – am 6. Juni erneut die traditionelle Wallfahrt der Minderheiten an den St. Annaberg in Oberschlesien statt. Zurückgehende Corona-Zahlen, eine steigende Impfquote und gute Testmöglichkeiten hatten es ermöglicht, das wichtigste spirituelle Fest und eine der bedeutendsten Gemeinschaftsaktivitäten der deutschen Minderheit in Polen in diesem Jahr durchzuführen. Anlässe gab es reichlich: So wurde an den 100. Jahrestag der Volksabstimmung in Oberschlesien 1921 erinnert, an die Gründung des Verbandes der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen (VdG) vor 30 Jahren sowie an das 30. Jubiläum des deutsch-polnischen Nachbarvertrages.

Deutsch-Polnisches Verhältnis

Zu den Pilgern sprachen in diesem Jahr unter anderem der VdG-Vorsitzende Bernard Gaida und der Deutsche Botschafter in Polen, Arndt Freytag von Loringhoven. Gaida betonte, die deutsche Minderheit gehöre zu denjenigen Menschen, welche die bilateralen Verträge mit Leben erfüllen. Andererseits hätten diese Verträge auch erst zur Anerkennung der Minderheit geführt. Botschafter von Loringhoven erklärte wiederum: „Die Menschen mit deutscher Nationalität in Polen spielen eine hervorgehobene und ganz besonders wichtige Rolle im deutsch-polnischen Verhältnis. Sie sind fester Bestandteil Polens und unverzichtbar als Brückenbauer, bilateral und europäisch.“

Auch der Bundesvorsitzende der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU (OMV) – Union der Vertriebenen und Flüchtlinge, Egon Primas, war der Einladung an den St. Annaberg ge-



Nach der Messe: Kranzniederlegung auf dem Annaberger Friedhof

Foto: OMV

folgt. Er hatte Grüße des CDU-Vorsitzenden und nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Armin Laschet mitgebracht. Dieser erinnerte daran, dass der Annaberg in seiner historischen Symbolik die Bedeutung des Minderheitenschutzes vor Augen führe. Bis heute unterstreiche die „Wallfahrt dieses hohe Gut und leistet mit Begegnung vor Ort einen wichtigen Beitrag zu Verständigung und Dialog zwischen den Völkern“.

Im bewegenden Hochamt unter der Leitung des Opperlener Bischofs Andrzej Czaja stand jedoch die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg und die Teilung Oberschle-

Die Wallfahrt leistet „einen wichtigen Beitrag zu Verständigung und Dialog zwischen den Völkern“

Armin Laschet
CDU-Vorsitzender

siens mit ihren Opfern im Zentrum. Bischof Czaja mahnte: „In Anbetracht der Versöhnung braucht man nicht nur ein Gebet für die Gefallenen auf beiden Seiten. Wir brauchen auch ein gemeinsames Gedenken der Ereignisse vor 100 Jahren und mehr noch eine große Sensibilität für das Wahrheitsempfinden bezüglich der vergangenen Ereignisse.“ Als Symbol dieser Versöhnung wurden nach der Messe gemeinsam Kränze auf dem nahegelegenen Friedhof niederlegt.

Im späteren Tagesverlauf präsentierte der VdG seinen Film „Deutsch im Herzen“, der anlässlich des 30. Jubiläums des

Dachverbandes der deutschen Minderheit produziert worden war. Egon Primas gratulierte zu diesem „beeindruckenden Dokument der Vereins-, aber auch der Geschichte der Minderheit in Polen insgesamt“ und wies nochmals auf die besondere Bedeutung des Annaberges als Ort des Friedens und der Begegnung hin. Die Minderheit selbst habe maßgeblich dazu beigetragen, dass der Wallfahrtsort nach kriegerischen Auseinandersetzungen in und um Oberschlesien, nach der Zeit des Nationalsozialismus und dem Kommunismus heute wieder ein solcher Ort ist.

Minderheiten als Friedensgarant

Minderheiten seien Garanten des Friedens, die ein „Recht auf die Identität ihrer Gemeinschaft“ hätten, zitierte Primas den polnischen Papst Johannes Paul II. Und mit einem Zitat des deutschen Papstes Benedikt XVI. seien sie auch „kreative, wertorientierte, die Zukunft bestimmende Kräfte“.

Dafür, dass sich der Einsatz für die eigene Sprache und Kultur sowie für Verständigung auch bezahlt mache, sei jedoch Unterstützung auch aus Deutschland nötig, meinte Primas. Zu Partnern jenseits der Landesgrenzen gehöre „etwa der Bund der Vertriebenen mit seinen vielen Gliederungen und mit den Menschen, die hier einst auch ihre Heimat hatten – und die sich ebenfalls bis heute für Kulturerhalt, Begegnung und Verständigung einsetzen. Dazu gehört auch die Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung der CDU/CSU, die diese Themen immer wieder in den Unionsparteien in Deutschland sichtbar macht, mit in die Wahl- und Regierungsprogramme einbringt und so politische Unterstützung ermöglicht.“ Und dazu gehörten auch die Unionsparteien insgesamt, wie es die Grußbotschaft von Armin Laschet deutlich werden lasse.

Union der Vertriebenen und Flüchtlinge

GEDENKEN

Flucht und Vertreibung

BMI überträgt die Veranstaltung online

Aus Anlass des nationalen Gedenktages für die Opfer von Flucht und Vertreibung am 20. Juni wird das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) coronabedingt die Gedenkstunde in Berlin als Online-Veranstaltung ohne anwesende Gäste durchführen und über einen Livestream im Internet übertragen.

Bundesinnenminister Horst Seehofer wird die Veranstaltung eröffnen. Der Leiter des Kommissariats der deutschen Bischöfe – Katholisches Büro in Berlin, Prälat Karl Jüsten, wird ein Grußwort sprechen. Für

die Ansprache konnte in diesem Jahr die Präsidentin des Deutschen Roten Kreuzes, Gerda Hasselfeldt, gewonnen werden. Das Schlusswort wird – wie es seit der ersten Veranstaltung im Jahr 2015 Tradition ist – der Präsident des Bundes der Vertriebenen, Bernd Fabritius MdB, sprechen.

Die Übertragung der Veranstaltung ist am 20. Juni ab 13 Uhr über die Internetseite www.protokoll-inland.de abrufbar. Der BdV wird die Veranstaltung auch über seine eigene Internetseite und die sozialen Medien verlinken. *BdV*

Was verbindet einen Ritter des Deutschen Ordens, das Nibelungenlied und Hermann, den Cherusker? Sie alle sollten die Reichsgründung von 1871, die in diesem Jahr ihr 150. Jubiläum feiert, legitimieren, dieser „Einigung von oben“, für die zuvor von Preußen drei Einigungskriege geführt worden waren. Das vorgeblich gemeinsame Kulturerbe eines „deutschen“ Germanentums beziehungsweise Mittelalters war eines der Elemente, welches es den Bürgern erleichtern sollte, aus etwa Bayern, Hessen, Preußen und Sachsen nunmehr „Deutsche“ zu werden. Einen anderen Baustein bildete die nationale Abgrenzung des Reichs zu seinen Nachbarn, besonders Frankreich, das man 1813/15 und 1871 besiegt hatte. Denkmalsingenieure, Komponisten und Literaten wirkten gemeinsam, dem Kaiserreich eine ehrbare Tradition zu erfinden: mit dem Hermannsdenkmal am Teutoburger Wald oder Richard Wagners „Ring des Nibelungen“ – welcher in Wirklichkeit Herrschaft und Gewalt kritisierte. Bereits die Romantik hatte Mittelalter und Rittertum wiederentdeckt und in den schönsten Farben gemalt. Die neue Kabinettsausstellung des Ostpreussischen Landesmuseums vom 19. Juni bis zum 26. September begibt sich auf eine assoziative Spurensuche, festgemacht an einigen Exempeln der Literatur Ostpreußens, die

OSTPREUSSISCHES LANDESMUSEUM

„Walkürenhauch an der Ostsee“

Neue Kabinettsausstellung zur Literatur Ostpreußens



Holzstich nach einem Gemälde von H. Knackfuss: „Walküre“ *Foto: OL*

hierfür starke Akzente zu setzen vermocht hatte. Vom Dichter der Befreiungskriege Max von Schenkendorff über den Romantiker E.T.A. Hoffmann bis hin zu Johann Gottfried Herder waren sprachmächtige Autoren am Wirken, deren Literatur späteren Autoren Anregungen für nationalere Töne lieferten. Beispiele dafür sind Schriftsteller in Ostpreußen wie Ernst Wichert (1887-1950) oder Felix Dahn („Ein Kampf um Rom“), welche den preußischen Or-

densstaat als Vorbild der kriegerischen deutschen Einigung hinstellten und die rund 1500 Jahre zurückliegende Selbstaufopferung der „tapferen Germanen“ zu preisen verstanden. Bei seiner Berufung an die Albertus-Universität Königsberg sah sich Felix Dahn offenbar selbst als eine Art Ritter des Deutschen Ordens. Er wollte „deutsches Recht in fernstem Ostmarkland“ lehren und spürte als Verehrer Richard Wagners an der Ostsee noch „Walkürenhauch“.

Die Ausstellung zeigt den Kontext der Reichsgründung, wichtige Quellen aus der romantischen Literatur, Dahn und Wichert als Literaten in Königsberg und im Reich, die monumentalisierende Erfindung einer vermeintlich großen nationalen Vergangenheit sowie deren Rezeption und Folgen. Das Begleitprogramm richtet sich nach dem unter Pandemiebedingungen Möglichen. Geplant sind Vorträge zur Stellung Ostpreußens im Deutschen Reich und Führungen durch die Ausstellung. Bitte beachten Sie unsere Ankündigungen auf der Website des Museums.

● **Ostpreussisches Landesmuseum** mit Deutschbaltischer Abteilung, Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg Telefon (04131) 759950, E-Mail: info@ol-ig.de, Internet: www.ostpreussisches-landesmuseum.de



Nicht konkret zur Veranstaltung, aber doch ein Gedenken wert: Vor 80 Jahren griff die Sowjetunion in der Nacht vom 22. auf den 23. Juni 1941 Königsberg an

ARTHUR ZIMMERMANN

Ein Telegramm schrieb Weltgeschichte

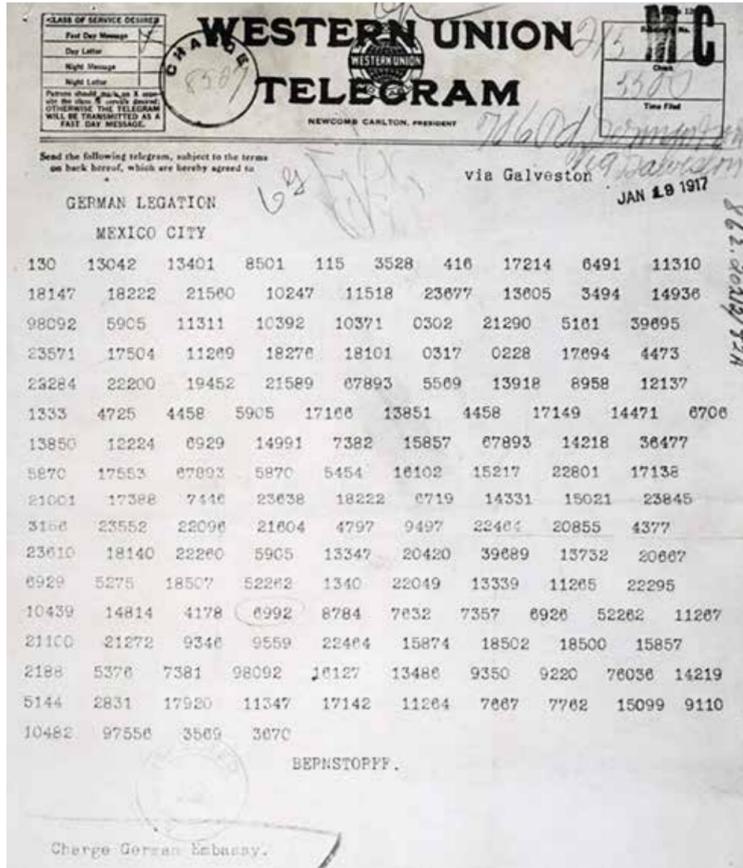
Die Zimmermann-Depesche von 1917 führte zum Eintritt der USA in den Ersten Weltkrieg

VON WOLFGANG KAUFMANN

Es gibt diplomatische Telegramme, die machen Weltgeschichte. Hierzu zählt auch die sogenannte Zimmermann-Depesche von 1917. Ihr Verfasser war Arthur Zimmermann, der am 5. Oktober 1864 in Marggrabowa (ab 1928 Treuburg) unweit von Lyck auf die Welt kam und als Erwachsener zunächst eine Laufbahn als Jurist einschlug, bevor er dann 1893 in den diplomatischen Dienst wechselte. Bis 1911 avancierte Zimmermann sukzessive zum Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt sowie Dirigenten der Politischen Abteilung. Und am 22. November 1916 wurde der gebürtige Ostpreuße schließlich Staatssekretär, weil der bisherige Inhaber dieses Amtes, Gottlieb von Jagow, wegen seiner abweichenden Ansichten über die weitere Kriegführung des Kaiserreiches zurückgetreten war. Damit fungierte Zimmermann nun quasi als deutscher Außenminister – und zwar als erster Nichtadliger überhaupt.

In seiner neuen Position schickte er Mitte Januar 1917 eine Nachricht an den deutschen Gesandten in Mexiko. Die Regierung in Berlin hatte zuvor beschlossen, den uneingeschränkten U-Boot-Krieg gegen Großbritannien zu eröffnen, um den Inselstaat von jedwedem Nachschub abzuschneiden. Das war als Antwort auf die Blockade der deutschen Häfen seitens der Flotte des Empires gedacht, wegen der im Reich mittlerweile Hunger herrschte. Da die kaiserlichen U-Boote den Auftrag hatten, auch Schiffe neutraler Mächte zu versenken, wenn diese in das Sperrgebiet rund um Großbritannien einliefen, wurde allgemein damit gerechnet, dass Länder, die sich bisher aus dem Krieg herausgehalten hatten, nun in den selbigen eintraten – allen voran die USA.

Deshalb wollte Zimmermann vorsorgen und schrieb: „Es wird versucht werden, Amerika ... neutral zu halten. Für den



Ein paar Zahlen mit großer Wirkung: die Zimmermann-Depesche

Fall, dass dies nicht gelingen sollte, schlagen wir Mexiko auf folgender Grundlage Bündnis vor. Gemeinsame Kriegführung, Gemeinsamer Friedensschluss. Reichlich finanzielle Unterstützung und Einverständnis unsererseits, dass Mexiko in Texas, Neu Mexico, Arizona früher verlorenes Gebiet zurückerobert. Regelung im einzelnen Euer Hochwohlgeborenen überlassen. Euer Hochwohlgeborenen wollen Vorstehendes Präsidenten streng geheim eröffnen, sobald Kriegsausbruch

mit Vereinigten Staaten feststeht, und Anregung hinzuzufügen, Japan von sich aus zu sofortigem Beitritt einzuladen und gleichzeitig zwischen uns und Japan zu vermitteln.“

Zimmermann hatte also die Absicht, Mexiko die Chance zu bieten, bei einem Kriegseintritt auf Seiten des Deutschen Reiches Gebiete in den USA zurückzugewinnen, die das Land im Zuge des Mexikanisch-Amerikanischen Krieges von 1846 bis 1848 eingebüßt hatte. Darüber hinaus



Verfasste und bestätigte die Depesche: Arthur Zimmermann Foto: ddp images

war geplant, auch Tokio mit einzubeziehen: Wie sich aus einer handschriftlichen Randnotiz auf dem erhaltenen gebliebenen Originalentwurf des Telegramms ergibt, sollte „Californien ... für Japan zu reservieren sein.“

Zimmermanns Offerte wurde natürlich verschlüsselt nach Mexiko gesandt. Allerdings unter Nutzung eines Fernmeldekabels, das über Großbritannien lief. Das Vereinigte Königreich gab den Entzifferungsexperten Nigel de Grey, Alfred Dillwyn Knox und William Montgomery von der legendenumwitterten Abteilung Room 40 des britischen Nachrichtendienstes Marine Naval Intelligence Division (NID) die Möglichkeit, das brisante Telegramm abzufangen und zu entschlüsseln, denn der NID war bereits seit Oktober 1914 im Besitz der deutschen Codebücher.

Den Inhalt des Angebotes an Mexiko leitete der NID-Chef Konteradmiral William Reginald Hall am 5. Februar 1917 an den britischen Staatssekretär Charles Hardinge weiter, welcher seinerseits die Regierung in Washington informierte. Der US-Präsident Woodrow Wilson glaubte zunächst an eine Fälschung Londons, deren Zweck darin bestehen sollte, die Vereinigten Staaten von Amerika zum Kriegseintritt zu provozieren, ließ sich dann jedoch von der Echtheit des Telegramms überzeugen.

Der Text der dechiffrierten Depesche wurde am 1. März 1917 vom US-Außenministerium an die Presse durchgestochen und noch am selben Tage in der „New York Times“ abgedruckt, woraufhin in den Vereinigten Staaten ein Sturm der Entrüstung losbrach. Vor diesem Hintergrund stimmte das bis dahin eher isolationsistisch gesinnte Parlament in Washington am 6. April 1917 der von Wilson beantragten Kriegserklärung an das Deutsche Reich zu.

Ein Dementi kam nicht infrage

Aus bis heute nicht geklärten Gründen bestätigte Zimmermann dann auch selbst ganz öffentlich die Authentizität des Dokumentes, nachdem dessen Text in den USA publik geworden war, obwohl ein striktes Dementi den deutschen Interessen sicher wesentlich mehr gedient hätte. Dies tat er erstmals am 3. März 1917 gegenüber dem Hauptausschuss des Deutschen Reichstages und später erneut im Interview mit der internationalen Presse. Deswegen musste Zimmermann schließlich am 6. August 1917 aus dem Amt scheidet. Dass er bis zu diesem Zeitpunkt bereits 34 Orden aus 15 Ländern erhalten hatte, half dem Ostpreußen nun kein bisschen mehr. In den Jahrzehnten danach führte Arthur Zimmermann ein weitestgehend unauffälliges Leben und starb am 6. Juni 1940 in Berlin an einer Lungenentzündung.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Ein Ort, der will

In Saarau und Umgebung motivieren Hobbyhistoriker die Bevölkerung, ihre Heimat kennenzulernen und zu gestalten

Als Regal, in dem man Geschichte stapelt – so könnte man das „Erinnerungsregal“ (regal pamięci) in der Bibliothek der niederschlesischen Gemeinde Saarau [Żarów] bezeichnen. Das Regal ist mit Schubladen bestückt, in denen historische Zeitungen, Fotos, Urkunden oder historische Werbung zu finden sind. „Das Erinnerungsregal ist wie ein Archiv, aus dem sich die Saarauer bedienen können“, so Bibliotheksleiterin Agnieszka Mikoś.

Saarau im Kreis Schweidnitz [Świdnica] liegt an der Eisenbahnlinie Breslau-Freiburg in Schlesien-Schweidnitz [Świebodzice]. Einst war Saarau für seine Schamottefabriken und Briketterstellung bekannt, heute steht der Ort touristisch und kulturell im Schatten des nahen Schweidnitz' mit seiner Friedenskirche.

Geschichte zum Anfassen

„Mit Saarau zu einem Orte verwachsen, aber zu Laasan [Łażany], Kreis Striegau (Strzegom), gehörig, ist der angrenzende Fabrikbezirk Ida- und Marienhütte. Hier steht die Maschinenfabrik von C. Kulmiz, des Begründers der hiesigen Industrie. Sie liefert besonders Wasserhebe- und Fördermaschinen für Bergwerke. Großartig

sind die chemischen Fabriken der Aktiengesellschaft 'Silesia' (...) Saarau ist auch der Marktort der Umgebung und hat eine evangelische und katholische Schule“, schrieb 1904 der Lehrer und Heimatkundler Adolf Wasner im Blatt „Stadt- und Landkreis Schweidnitz“. Heute machen sich junge Polen, Nachkommen der Nachkriegsiedler für ihren Heimatort stark. Doch das das nicht ohne die Hilfe deutscher Quellen und Zeitzeugenerinnerungen funktionieren kann, liegt nahe.

Ausgangspunkt für Tomasz Nycz von der Stiftung Initiative B (Inicjatywa B) war der bloße Wunsch, die Einwohner der Gemeinde Saarau zu aktivieren. Durch die Pandemie und den allgemeinen Stillstand noch befeuert, will er umso mehr die Menschen aus ihren Häusern locken. In großen Metropolen ist es einfacher, weil das Angebot da ist, auf dem Lande müsse man um jeden Einzelnen kämpfen, weiß der gebürtige Saarauer im Radio Breslau zu berichten.

Unabhängigkeit und Mithilfe

Seit 20 Jahren engagiert sich Nycz in diesem Sinne. 2014 gründete er die Stiftung (inicjatywab.pl), weil er unabhängig agieren wollte. Es ist eben nicht damit getan,



Aus dem Erinnerungsregal: Fronleichnamprozession im Nachkriegs-Saarau Foto: labiryntarium.pl

Gelder in Projekte hineinzupumpen, auf die Mitwirkung der Einwohner kommt es an. Wenn Einwohner mitreden und anpacken, entstehe ein Gut, dass später auch von den Einwohnern gepflegt werde, so seine Devise. Zuletzt hatte er zu Aufräumarbeiten aufgerufen.

Eine kleine Parkanlage entsteht im Ort, die den Namen Carl von Kulmiz (1809-1847), eines Saarauer Vorwerkbesitzers, tragen wird, der eine Schamottefabrik, eine Ziegelei, einen Steinbruch und ein Sägewerk in Saarau besaß. Carl von Kulmiz entdeckte im Raum zwischen

Breslau und Waldenburg ein Schwefelkieslager und gründete daraufhin die Kommanditgesellschaft „Silesia“, die erste große chemische Fabrik Schlesiens, in der Schwefelsäure, Glaubersalz, Soda und Chlorkalk hergestellt wurden. Von Kulmiz war zudem Gründer einer Eisen- und Gießhütte sowie einer Maschinenbaufabrik. Die Breslau-Freiburger Eisenbahn verdankt von Kulmiz ihre Entstehung. Vielleicht schätzt Nycz die Umtriebigkeit des preußischen Adligen deshalb, weil er selbst einen guten Geschäftssinn hat. Er würde alle seine Vorhaben professionell angehen, medial verkaufen und gut Geld organisieren, sagt einer seiner Mitstreiter, Maciej Wabik. So hat Nycz für die Aufräumarbeiten bereits Senioren und Jugendliche aktiviert und Sponsoren für Gartengeräte gefunden. Gerade organisiert er die Aktion „Park 51“. Hier sollen 51 Baumarten aus aller Welt für den Saarauer Park von den Einwohnern Saaraus gepflanzt und gepflegt werden.

Die schönste Nebensache der Welt

Nycz motivierte die Saarauer auch dazu, einen digitalen Spazierplan zu erstellen. Dieser soll zu Orten und Sehenswürdigkeiten führen, die die Einwohner empfeh-

len. Am 12. Juni eröffnete die Stiftung eine Freilichtausstellung zum 75. Jubiläum der Saarauer Fußballgeschichte. Hieran merkt man, dass die Stiftung in mancher Hinsicht noch Nachholbedarf hat, wenn es darum geht, die deutsche und die polnische Geschichte als Ganzes zu betrachten: Der SV Saarau war vor Kriegsbeginn sehr erfolgreich.

Eine Geschichtskontinuität im Ort wollen auch Maciej Wabik und Krzysztof Bawolski schaffen. Sie sind zwar „Zuge-reiste“, aber durch die Heirat in Saarau heimisch geworden. Sie haben sich im Verein Labiryntarium (labiryntarium.pl) ausschließlich der Heimatkunde gewidmet. Ihre Motivation ist es, zu lernen und ihr Wissen mit den Einwohnern zu teilen. Nachdem sie in Saarau eine Heimatstube eingerichtet hatten, folgte ein virtuelles Museum, eine Internetseite mit historischen Informationen – auch zu den umliegenden Ortschaften. Ihr Erinnerungsregal in der Bibliothek wird vor allem von Menschen aufgesucht, die Historisches zum Anfassen lieben. Dabei möchten die Initiatoren Mäuschen spielen und den Geschichten lauschen, die die Exponate bei den Betrachtern wachrufen.

Chris W. Wagner

VORPOMMERN

Beeindruckender Eiszeitzeuge in Altentreptow

Granitriese wirkt, als sei er gerade erst hingerollt worden

VON KARL-HEINZ ENGEL

Eine Sehenswürdigkeit zu bieten hatte das vorpommersche Städtchen Altentreptow mit seinem 133 Kubikmeter umfassenden und 400 Tonnen schweren Großen Stein schon immer. Der Eiszeitzeuge nahm auf der Liste der mächtigsten deutschen Festlandblöcke einen Platz weit oben ein. Nachdem der bis zur Hälfte im Erdreich versunkene Koloss unlängst während einer aufsehenerregenden Aktion freigelegt und gehoben wurde, offenbart er nun sein wahres Antlitz. Experten korrigierten die bisher angenommenen Maße dann auch um 20 Kubikmeter Rauminhalt und 65 Tonnen Masse deutlich nach oben. Mit diesen Werten erreicht das Naturdenkmal etwa die Mächtigkeit des Kleinen Markgrafensteins in den Rauener Bergen südöstlich von Berlin. Der hat den Ruf, der mächtigste auf dem deutschen Festland zu sein.

Möglicherweise übertrifft sein vorpommerscher Konkurrent ihn aber. Die abschließenden Berechnungen durch den geologischen Dienst in Mecklenburg-Vorpommern stehen nämlich noch aus. Dessen ungeachtet beeindruckt der nun zu ebener Erde liegende, aber wie gerade erst hingerollt wirkende Brocken in der Nähe

des Altentreptower Klosterbergs Schau-lustige ungemain.

Von Bornholm nach Pommern

Als Attraktion galt der hellrotgrau gefärbte Granitriese, den Eiszeitgletscher vor rund 20 000 Jahren aus den Gestaden Nordbornholms südwärts verfrachteten, schon, nachdem das wissenschaftliche Interesse an Naturdenkwürdigkeiten ge-

weckt worden war. Geologen, Maler und Postkartenfotografen machten ihm ihre Aufwartung, ganz davon abgesehen, dass er auch den dereinst in der Region ansässigen wendischen Tollensern als Kultstätte gedient haben dürfte. Man erzählte sich Sagen und Legenden über seine Herkunft und führte ihn in Fremdenverkehrs- und Naturführern auf. Aus Anlass von Otto von Bismarcks 100. Geburtstag

verliehen ihm die Altentreptower am 1. April 1915 den Namen Bismarckstein. Eine Reliefplatte mit dem Bildnis des Eisernen Kanzlers zierte fortan den ungewöhnlichen Block. Allerdings nur bis Ende der 1950er-Jahre, als Sicherheitsorgane das Bismarck-Andenken tilgten und der Findling nur noch Großer Stein genannt werden durfte.

Alter Schwede in Hamburg

Die Idee, den Klotz zu heben und damit als touristische Sehenswürdigkeit besser zur Geltung zu bringen, ist seit längerer Zeit im Altentreptower Rathaus erörtert worden. Beispiele dafür, wie das gelingen kann, sind vor allem aus westlichen Bundesländern bekannt. Zu nennen ist etwa der 350 Tonnen schwere Stein von Tonnenheide bei Minden an der Weser, der seit 1981 mitten im Ort seinen Platz hat.

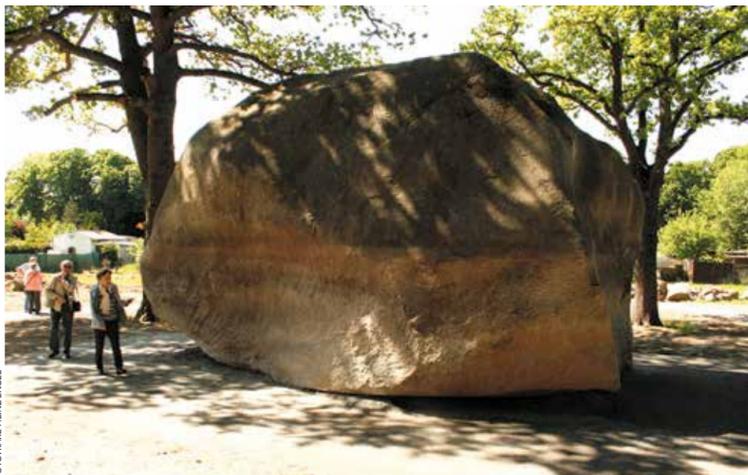
Der 220 Tonnen wiegende „Alte Schwede“ von Hamburg war 1999 bei Baggerarbeiten tief im Elbegrund entdeckt und auf spektakuläre Art geborgen worden. Er thront seither auf dem Badestrand von Övelgönne. Warum sollte das nicht auch in Altentreptow möglich sein, sagten sich die dortigen Kommunalpolitiker. Eine Spezialfirma nahm das Projekt schließlich im Beisein zahlreicher Zaungäste in Angriff.

Allergrößter Findling in Groß Tychow in Hinterpommern

In Vergessenheit geraten sollte darüber aber nicht, dass der allerallergrößte Festlandfindling im südlichen Ostseeraum ebenfalls ein alter Pommer ist. Er ruht auf dem Friedhof von Groß Tychow, heute Tychowo, etwa 20 Kilometer südöstlich von Belgard entfernt. Dessen Volumen wird auf sage und schreibe 700 Kubikmeter geschätzt, womit er der gewaltigste Stein Polens ist.

Ähnlich dem Altentreptower steckt auch er tief im Erdreich. Probeschachtungen reichten um 1890 bis in vier Meter Tiefe, scheiterten dann aber am immensen Aufwand weiter vorzudringen. Würde man auch ihn freilegen und heben, was sich wegen der Lage auf dem Friedhof verbietet, er degradierte die meisten der heute weit bekannten Findlingsriesen zur Zweitrangigkeit.

● **Info** Die Kosten für die Findlings-Hebung wurden zuletzt mit 264.000 Euro beziffert. Sie liegen damit deutlich höher als ursprünglich veranschlagt. Der Bund der Steuerzahler hatte die Hebung als „Verschwendung von Steuergeldern“ kritisiert. Die Attraktion wird sich jedoch mit Sicherheit auch in finanzieller Hinsicht positiv auswirken.



Nachdem der 465 Tonnen wiegende, von Bornholm stammende Koloss vor einigen Wochen ganz zu Tage befördert wurde, bekommt er täglich Besuch von Naturfreunden.

HINTERPOMMERN

Danke Manfred Pleger

Heimatkreis Belgard-Schivelbein

Nahezu 40 Jahre gab Manfred Pleger einen Heimatbrief heraus, zunächst für seine Heimatgemeinde Denzin, dann bezog er Belgard und das Umland mit ein und seit er dem Heimatkreis Belgard-Schivelbein vorsteht, ist der Heimatbrief die Hauspostille für die Lande Belgard, Schivelbein und Bad Polzin. Jetzt hat er mit 89 Jahren und aufgrund seines leider kränklichen Zustands die Herausgabe einstellen müssen. So eine Nachricht wird immer mit Bangen aufgenommen. Wird es gelingen, einen Nachfolger zu finden?

Trug der Heimatbrief in den ersten Jahren den Titel „Uns leiw Doerp Denzin“, so nannte Pleger den Brief „Dai Schulteknüppl“, eine Bezeichnung, auf die er zufällig stieß und die ihm pommerisch so historisch erschien, dass er ihn für seinen Heimatbrief übernahm. „Dai“, auch „De“ Schulteknüppl erinnert an die Bekanntmachungsförmigkeit des Dorfschulzen. Um Neuigkeiten im Dorf publik zu machen, lief er durchs Dorf, schlug mit dem dicken Knüppel an das Hoftor, worauf man ihm öffnete, damit er seine Mitteilung überbringen konnte.

Die früheren Vierkanthöfe in Pommern hatten die Größe einer pommerischen Hufe (19 Hektar). Die Anwesen waren auf diese Weise schnell abgeklappert. Der Amtmann des Amtes indessen ließ seine Bekanntmachungen durch den „Amtsreuther“ überbringen, der in den Dörfern mit einer Glocke auf sich aufmerksam machte und laut schreiend seines Amtes wirkte.

War der Schulteknüppl in den ersten Jahren, als er vier Mal in Jahr erschien, bis zu 40 Seiten stark, so erreichte er in den letzten Jahrzehnten einen Umfang von jeweils 100 Seiten DIN-A4 und erschien zwei Mal im Jahr und wurde stets mit Anteilnahme und Freude gelesen. Das hat sehr dazu beigetragen, die Heimatkreisgemeinschaft zu festigen, die Landsleute mit vielen Geschichten, Informationen

und Neuigkeiten zu erfreuen, aber auch Pommern den Nachkommen und Interessierten näherzubringen

Für sein nimmermüdes Engagement ist es ein Anliegen, Manfred Pleger ein herzliches Dankeschön zu sagen. Die Hände in den Schoß legt er jedoch nicht, auch in Zukunft wird er gerne sein Wissen weitergeben. Denn was wären wir ohne die Zeitzeugen?

Erfreulich ist es, dass die Heimatarbeit im Kreis Belgard mit Tino Runge, E-Mail: rungetino@yahoo.de weitergeht. Zunächst ist vorgesehen, ihn als Vorsitzenden des Hist. Vereins zu wählen, dann soll er auch die Stelle des Sprechers des Heimatkreises übernehmen. Runge gibt schon jetzt eine Heimatschrift für den Heimatkreis heraus unter dem Titel „Belgarder Heimatzeitung“. Alle, die sich der Heimatarbeit verpflichtet fühlen wissen, wie schwierig es ist, engagierte Nachfolger zu finden, denen es wichtig ist, die Erinnerung an die Heimat ihrer Vorfahrten zu bewahren und fortzusetzen. Pommern soll und muss im Bewusstsein der Menschen fest verankert sein. BS



In Laboe: Manfred Pleger (links), Brigitte Stramm, Helmut Kirsch, Prof. Dr. Ivan Seibel – beide geben die Folha Pomerana Internetzeitung heraus Foto: BS

Danziger Minderheit auf neuem Kurs

In neun Monaten Aktivitäten bereits vervielfacht

Gute Neuigkeiten kommen aus der alten ehrwürdigen Hansestadt Danzig. Die 2017 gerichtlich registrierte Danziger Deutsche Minderheit (DDM) ist während der 51. Delegiertenversammlung des Vereins Deutscher Sozial-Kultureller Gesellschaften in Polen (VDG) auf dem St. Annaberg in Oberschlesien im Oktober 2020 einstimmig in den Dachverband aufgenommen worden.

Nach der Zerschlagung des einstigen deutschen Vereins durch den damaligen Vorsitzenden Roland Hau haben sich die alten Mitglieder, welchen die deutsche Kultur und Identität am Herzen lag, zusammengetan und den neuen Verein gegründet, was trotz Schwierigkeiten auch gelungen ist.

Obwohl die DDM schon früher sehr aktiv war, konnten seit der Neugründung die Aktivitäten vervielfacht werden.

Es sind gerade neun Monate vergangen, eine bedeutungsreiche Zeitspanne. So viel braucht die Mutter Natur, um einen Menschen zu erschaffen.

In dieser Zeit hat die DDM einen Filmbeitrag über die Große Lindenallee in Danzig-Langfuhr gedreht, der sich einer großen Popularität erfreut, einen Zeitungsartikel im „Wochenblatt“, dem Presseorgan des VDG veröffentlicht, zwei Berichte ins Weltnetzportal des VDG gestellt. Dazu kommen noch ein Artikel in „Der Westpreuße“ und die aufgenommenen Kontakte zu dem „Bund der Vertriebenen Nordkoreaner in Südkorea“, die zwei große Berichte in den südkoreanischen Zeitungen zur Folge hatten. Für nur neun Monate ist das nicht wenig.

Die einzigen Finanzmittel (für die Filmarbeiten), die in dieser Zeit zur Verfügung standen, entstammten dem Kulturreferat für Westpreußen. Die Preußen sind aber zäh und von großer Ausdauer.

Was sind die Planungen für die nächste Zeit? Die Filmreihe über Danzigs Geschichte und Kultur fortzusetzen. The-

men: Zur Bedeutung Wassers, zur Eisenbahn- und Straßenbahngeschichte und Danziger Humor. Die heute fast vergessenen Gestalten, welche einst sehr beliebt waren und die die Deutschdanziger vortrefflich charakterisierten – Rentier Poguttke, wie auch den Bollermann und Wellutzke gilt es vor dem Vergessen zu retten.

Aber nicht nur das – ein weiteres Ziel ist eine Dauerausstellung über die deutschen Spuren des Alltagslebens im Vereinslokal zu eröffnen, um den an der deutschen Kultur Interessierten auch die kleinen Dinge zu zeigen, die eines Museum nicht würdig sind, die aber auch von Danzig erzählen. Zum Beispiel eine alte Margarinenkiste der AMADA, eine Bierflasche der DAB, Reklameschilder, Geschirr – all das ist auch Danziger Geschichte, zwar

nicht einen Bruchteil so bedeutend wie eine Graphik von Daniel Chodowiecki oder dem bekannten Danziger Radierer Berthold Hellgrath, aber das sind genauso Spuren unserer Vorfahren.

Krzysztof Jachimowicz
Vorsitzender der DDM
E-Mail: d-d-m@wp.pl



Es entsteht der Film „Große Lindenallee in Danzig“ – der 35-minütige Film ist zweisprachig auf YouTube anzuschauen: <https://www.youtube.com/watch?v=ThAynF4k-wo> (das letzte ist eine Null)

„Bald zählen nur noch Quoten statt Fähigkeiten“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben



„Vielen Dank für Ihre wunderbare Zeitung. Ihre Berichterstattung hebt sich wohltuend von der der Mainstreammedien ab. Was haben wir in der DDR die Westpresse bewundert. Jetzt bekommt man nur noch das kalte Gruseln, wenn man sich die heutige ‚Qualitätspresse‘ ansieht“

Martina Haring, Leipzig

HEISSES EISEN ANGEFASST ZU: SUBVENTIONEN UND MISSBRAUCH (NR. 22)

Ein Kompliment an den Autor, der ein sehr heißes Eisen (das Osthilfegesetz von 1931, d. Red.) anfasste, aber es in seiner ganzen Bedeutung nicht weiter ausgeführt hat. Wie konnte es dazu kommen, dass Hindenburg Adolf Hitler am 30. Januar 1933 zum Reichskanzler ernannte, da Hindenburg wenige Monate zuvor sich über Hitler dahingehend äußerte: „Diesen Herrn Hitler würde ich nicht einmal zum Postminister machen?“

Woher diese plötzliche Wendung im Zusammenhang mit der Osthilfe kam, von der auch Hindenburg erheblich profitierte, ist in dem Buch „Der Skandal, Hindenburgs Entscheidung für Hitler“ von Dieter Hoffmann ausführlich beschrieben. Sehr lesenswert, aber auch ernüchternd. *Karsten Packhäuser, Kaufering*

NIEDERGANG DANK REFORMEN ZU: UND WIEDER EINE REFORM ... (NR. 23)

Wie soll man noch auf das Thema „Bundeswehrreform“ als normal denkender und steuerzahlender Bürger dieses Landes reagieren? Wie zu fast allen im Argen liegenden Bereichen Deutschlands – und das sind erschreckend viele – am besten nur noch resignierend mit Kopfschütteln.

Spätestens seitdem Karl-Theodor zu Guttenberg die Wehrpflicht trotz massiver Warnungen abschaffte, war klar, dass nur noch ein bürokratisches Etwas übrig bleiben würde. Dazu kam, dass sich mit Ursula von der Leyen und Annegret Kramp-Karrenbauer Ministerinnen die Klinken in die Hand gaben, denen ich persönlich noch nicht einmal die Leitung einer Kita anvertraut hätte. Diesbezüglich wird es ja auch in der Zukunft auf Grund von „Quotenregelungen“ nur noch Typen geben, die eine Armee führen werden und bestenfalls militärische Rindviecher sind.

Die momentane Inhaberin des Amtes gab das sogar zu, indem sie schwafelte:

„Ich bin eine Quotenfrau und habe kein Problem damit.“ Überhaupt eine Aussage, die so grenzenlos arrogant wie auch verantwortungslos ist.

Also – werft auch weiterhin mit Steuermilliarden umher: Da im zukünftigen Deutschland nur noch Quoten statt Fähigkeiten gefragt sind und werden, ist der Niedergang längst vorgezeichnet – ob mit oder ohne so genannte „Reformen“.

Manfred Kristen, Freital

RÜCKENWIND FÜR LASCHET ZU: EINE WAHL, DIE ALLEN PARTEIEN ZU DENKEN GEBEN SOLLTE (NR. 23)

Der politisch hochbegabte Integrator Reiner Haseloff hat in Sachsen-Anhalt gezeigt, wie konservativ-liberale Politik mit klarer Abgrenzung nach Rechtsaußen funktioniert. Er ist der strahlende Sieger der Landtagswahl.

Auf dem Wahlzettel stand jedoch noch ein weiterer Name: Armin Laschet. Für Laschet und die Union dürfte dieses Ergebnis zusätzlichen Rückenwind für die Bundestagswahl bedeuten.

Die Wahl hat auch gezeigt, dass es sich offenbar lohnt, konservative Wähler nicht gleich abzuqualifizieren und doch klare Kante gegen Rechtsextreme zu zeigen. Vielfalt müssen die Wähler einer echten konservativen Volkspartei eben in Kauf nehmen. Es wäre zu wünschen, dass sich das bei der Union zum Trend verfestigt und sie programmatisch noch nachlegt.

Auch wenn es manche nicht wahrhaben wollen – die klaren Verlierer der Wahl sind die Parteien links der Mitte. Das Ergebnis der Grünen ist für die Partei ernüchternd. Trotz starken Rückenwinds aus Berlin haben sie nur marginal zugelegt. Mit ihrem großen Thema Klimapolitik konnten die Grünen nicht punkten.

Deren Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock wird unter anderem aufgrund der Unplausibilitäten ihres Lebenslaufs zunehmend zur Belastung für die hohen Ambitionen der Partei. Eine der bekanntesten Headhunterinnen Deutschlands

hat aktuell bestätigt, dass ein Lebenslauf mit derartigen Ungereimtheiten ein K.o.-Kriterium bei der Berücksichtigung eines Stellenbewerbers wäre. Es wird spannend sein zu beobachten, wie sich das grün-rot-rote Lager nun im weiteren Bundestagswahlkampf aufstellt.

Die Sozialdemokraten versagen offensichtlich bereits seit Jahren bei der essenziellen Basisarbeit, nicht nur in Ostdeutschland. Wie könnte sonst die AfD stolz erklären, sie habe die Arbeiter gewonnen? Wählerwanderungs-Statistiken belegen das eindeutig. Es muss der SPD-Führung klar ins Stammbuch geschrieben werden: Mit diesem Führungsduo auf Bundesebene wird die Partei kein Land mehr gewinnen. *Alfred Kastner, Weiden*

ISRAELS DILEMMA

ZU: WENN DER JUDENHASS VON DER FALSCHEN SEITE KOMMT (NR. 20)

Der im Raum stehende Judenhass, den wir nach 1945 überwunden glaubten und der in der heutigen aufgeklärten Generation der Bio-Deutschen (um diesen unseeligen Begriff zu wählen) eigentlich keine Rolle mehr spielt, hat durch die ungehemmte Einwanderung aus den muslimischen Ländern eine Wiedergeburt erlebt. Nicht nur der Judenhass, sondern auch andere Lebensgewohnheiten der noch nicht so lange hier lebenden Mitbürger hat uns in einigen Bereichen ins Mittelalter zurückgeworfen. Da unsere Politiker Deutschland zum Einwanderungsland erklärt haben, müssen wir unseren Neubürgern auch ihre grundgesetzlich zustehenden Rechte einräumen, dazu gehört dann auch das Recht zu demonstrieren.

Die Erfahrungen mit Israelis haben die aus gutem Grund von dort ausgewanderten Neubürger daher viel näher im Bewusstsein, als wir von deren Problemen abgeschieden lebenden Bundesbürger, schließlich dürften noch deren Angehörige und Verwandte unter ungerechten Bedingungen in Israel leben, die den neuesten Enteignungsmaßnahmen von zio-

nistischen Landräubern im Ostteil von Jerusalem ausgesetzt sind.

Im Juni 2018 wurde eine Gesetzesvorlage der arabischen-israelischen Balad-Partei in der Knesset zur Gleichstellung aller israelischen Bürger zurückgewiesen. Die herrschenden Zionisten werteten den Vorschlag als Anschlag auf die israelische Demokratie, dabei leben etwa sechs Millionen Juden und sechs Millionen Araber im Land. Wie anders aber ließe sich eine für Juden und Palästinenser geltende Gleichberechtigung herstellen? Solange man sich in der Knesset weigert, einer Gleichheit zuzustimmen, ist weder ein Friede noch eine Zweistaatenlösung möglich und weiterer Hass wird aufblühen.

Nun ist es taktisch klüger, wenn sich der Hass gegen die Juden auf deutschen Straßen und Plätzen auslebt. Zum einen, weil Demonstrationen hier längst nicht die Lebensgefährlichkeit besitzen wie in Israel, zum anderen ist es aufgrund unserer Geschichte wesentlich publikumswirksamer, hier positivere Reaktionen bei den Deutschen und Europäern für die palästinensische Sache zu provozieren.

Der Umstand, dass unser Staat für die Neubürger weder eine deutsche Leitkultur noch klare Richtlinien für ein gesetzmäßiges Verhalten deutlich herausstellt, begünstigt deren Annahme, dass in diesem Lande alles erlaubt ist. Und da hier Politiker mit besonders historischer Verantwortung bereitwillig bekunden, dass der Islam zu Deutschland gehört, ist eben das Skandieren judenfeindlicher Parolen systemimmanent.

Wie wir uns auch zu den Problemen in Nahost stellen, wir stehen als Deutsche immer auf der falschen Seite. Alle Nationen, die, aus welchen Motiven auch immer, den Weg zur Einrichtung des Staates Israel begünstigt haben, sind aufgefordert, an einer für alle zufriedenstellenden Lösung mitzuarbeiten. Hier müssen die Fakten schonungslos benannt und die Mittel dazu – notfalls mit Sanktionen – Anwendung finden. Waffen lösen keine Probleme, Mangel und fehlende wirtschaftliche Erfolge hingegen machen einsichtig. *Rudolf Neumann, Torsas/Schweden*

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

ANZEIGE

100 Jahre alt werden ist kein Zufall. Jeder kann etwas dafür tun!

- **Neueste Studien enthüllen die Geheimnisse für ein langes Leben.**
- **Wie wir beeinflussen können, lange zu leben und dabei gesund zu bleiben.**
- **Was machen 100-Jährige anders und besser?**
 - **Sechs Faktoren, die für ein langes Leben besonders wichtig sind.**
 - **Es ist nicht festgelegt, wie alt der Einzelne wird.**
- **Wir haben es selbst in der Hand.**
- **Die Lebensweise der 100-Jährigen kann man lernen.**

Warum werden manche Menschen über 100 Jahre alt, während andere schon mit 65 sterben? Was machen die 100-Jährigen anders oder besser? Gibt es Dinge, die die über 100-Jährigen gemeinsam haben? Die Antwort lautet eindeutig »Ja!« Aber die Gemeinsamkeiten sind nicht so naheliegend, wie es scheinen mag. So könnte man vermuten, dass die Gene der wichtigste Faktor im Hinblick auf ein langes Leben sind.

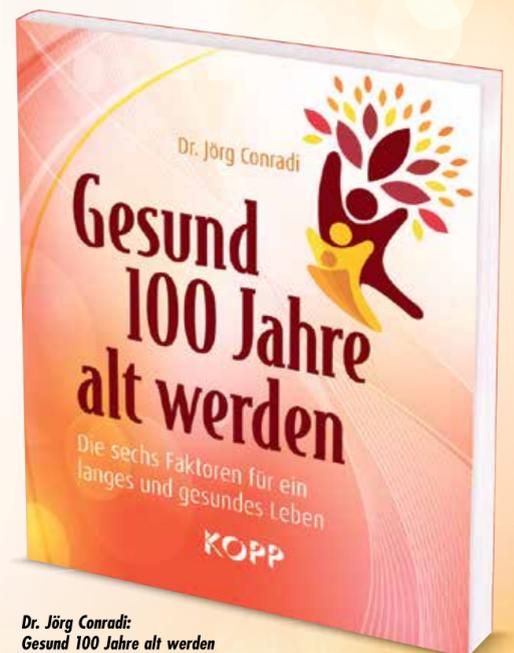
Die genetischen Anlagen sind nicht der entscheidende Faktor!

Wissenschaftlich erwiesen ist jedoch, dass unsere Anlagen nur 30 Prozent dazu beitragen. Viel entscheidender ist die Lebensführung einer Person. Doch auch in dieser Hinsicht gibt es überraschende Erkenntnisse: Beispielsweise leben Vegetarier oder Sportler nicht automatisch länger als andere. Optimisten werden nicht älter als weniger optimistische Menschen. Ein langes Leben hat andere Ursachen.

Überraschende Wahrheiten und verblüffende Irrtümer

Wie Dr. Jörg Conradi durch die Auswertung neuester wissenschaftlicher Studien in Erfahrung bringen konnte, sind es **sechs Faktoren, die ein hohes Alter begünstigen**. Er erläutert im Detail, wie Sie diese Faktoren nutzen können, um länger, aber auch gesünder und zufriedener zu leben. Dabei räumt er mit einer ganzen Reihe von Vorurteilen auf.

Damit Sie ermitteln können, ob Ihre Lebensweise auf eine hohe Lebenserwartung hindeutet, hat der Autor einen Selbsttest entwickelt. Sollte die Beantwortung der Testfragen ergeben, dass Sie eher zu den Menschen mit einer niedrigen Lebenserwartung gehören, hat Dr. Jörg Conradi gute Nachrichten für Sie: Es ist nicht schwer, die sechs Faktoren, die ein hohes Alter begünstigen, in Ihren Alltag zu integrieren. Schon einfache Maßnahmen wirken sich äußerst positiv auf Ihre Lebenserwartung aus.



Dr. Jörg Conradi:
Gesund 100 Jahre alt werden
Paperback • 205 Seiten • durchgehend farbig illustriert
Best.-Nr. 983 300 • 12,99 €

KOPP VERLAG

Telefon (0 74 72) 98 06 10
Telefax (0 74 72) 98 06 11
info@kopp-verlag.de
www.kopp-verlag.de

Jetzt bestellen!
Versandkostenfreie Lieferung
innerhalb Europas

ESSKULTUR

Die Zukunft liegt auf dem Teller

Die wachsende Erdbevölkerung zwingt zum Umdenken bei der Landwirtschaft – Wie produzieren und was essen wir morgen?

VON STEPHANIE SIECKMANN

Welche Vorteile hat Agroförstwirtschaft? Warum ist sogenanntes Crowdfarming sinnvoll? Wie erfolgversprechend ist der Anbau auf dem Dach? Und wie können nachhaltige Lebensmittel größere Verbreitung finden? Fragen wie diese sind bei einem Kongress zum Ernährungswandel beantwortet worden. Stattgefunden hat die Veranstaltung unter dem englischen Titel „Food System Change Congress“. Aufgrund der Coronapandemie nur online.

Die Aufnahme von Nahrung ist lebenswichtig. Wie der Mensch sich ernährt, ist dabei von vielen Faktoren abhängig. Das Ernährungsverhalten ist ein bio-psycho-sozio-kulturelles Phänomen. Und in der Tat sind es viele verschiedene Wissenschaftsrichtungen, die sich in ihrer Forschung mit unterschiedlichen Aspekten der Ernährung beschäftigen.

Dabei geht es nicht immer nur darum, mit welchen Methoden die wachsende Bevölkerung auf der Erde langfristig ausreichend mit Lebensmitteln versorgt werden kann. Nahrung muss angebaut, geerntet und zum Verbraucher transportiert werden. Die Reste von Lebensmitteln und Verpackungen müssen entsorgt werden. Ökologisch sinnvolles Wirtschaften („Nachhaltigkeit“) spielt eine Rolle, ebenso die Auswirkungen eines intensiven Anbaus auf das Klima. Vorhandene sowie brachliegende Ressourcen und optimale Bodennutzung sind Themen, die seit Jahren immer wieder diskutiert werden.

Aspekte wie regionale Produktionssysteme bekommen deshalb wachsende Bedeutung. Fragen kommen auf, zum Beispiel wie Großstädte mit regionalen Produkten versorgt werden können. Aber auch wie man in der Bevölkerung Akzeptanz für neue Systeme schafft? Lösungsansätze für derartige Problemstellungen gibt es in manchen Fällen bereits. Doch in der Regel sind es kleine Projekte.

Der erste Food System Change Congress, ins Leben gerufen von den Machern der Internetplattform ernaehrungswandel.org und des Dresdener Vereins NAHhaft, lieferte ein Gesprächsforum sowohl



Gemüse frisch vom Dach: Urbane Bauern ernten inzwischen auch mitten in der Stadt

Foto: pa

für die Präsentation derartiger Nischen und Projekte wie auch für den Austausch. Sowohl Experten wie Aktive, aber auch interessierte Verbraucher konnten bei der Veranstaltung Fragen stellen und Erfahrungen teilen.

Bauernhof auf dem Hochhausdach

Das erklärte Ziel bestand darin, Vertreter und Kenner der Nischeninnovationen zu einem europaweiten Austausch zusammenzubringen, Synergien und Vernetzung zu fördern. Insgesamt stellten 40 Experten und Pioniere ihre zum Teil noch wenig bekannten Projekte rund um das Thema Ernährungssysteme im Rahmen des Online-Kongresses vor. Nach der Pandemie sollen die Gespräche mit einer Präsenzveranstaltung fortgesetzt werden.

Wer Interesse an den Themen hatte, musste sich als Teilnehmer im Internet registrieren, um online dabei zu sein und Fragen zu stellen. Dafür sparten die Be-

sucher sich die Anreise und konnten vom Sofa oder Küchentisch aus die zwölf Themen-Blöcke der Veranstaltung verfolgen. Besonders großen Zuspruch verzeichneten die Experten in drei Blöcken: Punkt eins betraf klimafreundliche und nachhaltige Anbaumethoden, Punkt zwei die Agroförstwirtschaft mit ihren Unterschieden in ganz Europa, Punkt drei die Städte, welche die Verantwortung für die Lebensmittelproduktion übernehmen.

Vorgestellt wurden zahlreiche Innovationen, die in Deutschland bisher nicht oder nur vereinzelt zu finden sind. Dazu gehörte das von Pascal Hardy präsentierte Projekt Nature Urbaine, ein städtischer Bauernhof mitten in Paris, untergebracht auf einem Dach. Hier werden in Reih und Glied Salat und Gemüsesorten wie Tomaten angebaut. Die Erzeugnisse werden frei verkauft, auch verarbeitete Produkte wie Chutney aus grünen Tomaten oder Ketchup werden vermarktet.

Stadtplanerin Beatrice Stude stellte die Idee des MILA Mitmach Supermarkts vor. Ein Pilotprojekt, bei dem erstmals in Österreich ein Supermarkt als Lebensmittel-Treffpunkt basierend auf dem genossenschaftlichen Prinzip entstehen soll. Interessierte können Anteile erwerben, sich einbringen und das Projekt durch Mitarbeit gestalten und unterstützen. Dabei werden die Anteilseigner sowohl in die Produktion der Lebensmittel auf dem Acker und der Wiese wie auch in die Vermarktung eingebunden. Einige Stunden im Monat muss zudem im Supermarkt Hand angelegt werden. So sollen faire und dabei günstige Preise für regional angebaute Lebensmittel gesichert werden.

Bereits etwas etablierter sind zwei andere Ansätze. Die Möglichkeit regionale Lebensmittel direkt online beim Erzeuger zu bestellen und damit die regionale Landwirtschaft zu unterstützen, steht

beim Open Food Network im Vordergrund. Aktuell sind auf der deutschsprachigen Webseite 83 regionale Lieferanten mit ihren Produkten vertreten. Tendenz steigend. Ebenfalls regional orientiert sind sogenannte Crowdfarming-Projekte, bei denen Verbraucher als Paten jahres- oder saisonweise einen Geldbetrag leisten – für ein Rind, eine Kuh, ein Schaf oder eine Ackerfurche. Bei der Ernte erhalten sie dafür das Gemüse beziehungsweise Milch, Käse, Wolle oder Fleisch des Tieres, je nach Paten-Vertrag.

Den Wald optimal nutzen

Eine Anbaumethode, die europaweit aktuell zunehmend an Bedeutung gewinnt, ist die Agro-Forstwirtschaft. Das Prinzip der kombinierten Landnutzung von Bäumen, Ackerkultur und Tierhaltung ist mehr als tausend Jahre alt. Jetzt werden die Vorteile dieser Landnutzung wiederentdeckt. Die Produktvielfalt ist groß, sie reicht von Getreide, Gemüse und Obst bis zu Milch, Eiern, Honig und Holz als Baumaterial. Vorteilhaft: Die Tiere liefern natürlichen Dünger, die Bäume sorgen für eine optimale Wasserdurchlässigkeit des Bodens und geringere Erosion. Der Arbeitsaufwand ist dafür im Vergleich weit aus höher, einige Erträge wie zum Beispiel die Holznutzung können erst nach vielen Jahren gewonnen werden.

Während in England, Finnland, Norwegen, Schweden und Spanien Agro-Forstwirtschaft zunehmend gepflegt wird, gibt es in Deutschland gesetzliche Hürden. Ohne Gesetzesänderungen ist Agro-Forstwirtschaft hier nicht umsetzbar. In der Abschlussdeklaration des Food System Change Congress gehört die Anpassung nationaler Gesetze an die Umsetzung der sogenannten silvopastoralen (waldgerechter) Agro-Forstwirtschaft daher zu den 28 Forderungen, die sich an Entscheidungsträger auf kommunaler, nationaler und auf EU-Ebene richten.

Der Kongress war ein Meilenstein. Nicht mehr und nicht weniger. Die Arbeit geht weiter. Möglichkeiten müssen geschaffen und Projekte realisiert werden. Sonst lassen sich die Herausforderungen zukünftiger Lebensmittelgewinnung und -verteilung nicht meistern.

INSEKTEN

Das große Flattern

Wenn es im Juni warm wird, fühlen sich Schmetterlinge am wohlsten – Leider sind viele Arten vom Aussterben bedroht

Eine Blumenwiese mit bunten Schmetterlingen im Sommer sieht herrlich aus, ist aber immer seltener. Weltweit kennt man bisher 160.000 verschiedene Arten, davon in Deutschland allein 160 Tagfalterarten. Zusammen mit den Nachtfaltern gibt es bei uns etwa 3700 verschiedene Schmetterlingsarten. Jedoch sind diese leider vom Aussterben bedroht.

Die Insekten ernähren sich von Blütennektar, indem sie diesen mit ihrem langen Saugrüssel aufsaugen. Manche fressen auch den Saft faulenden Obstes. Umweltgifte und Monokulturen in Land- und Forstwirtschaft sowie der Klimawandel führen zu immer weniger Blütenpflanzen. So finden die Falter keine Nahrung mehr. Abhilfe im kleinen Rahmen schafft die Anpflanzung hübscher Blühpflanzen im Garten und auf dem Balkon.

Schmetterlinge müssen drei Verwandlungen in ihrem Leben durchmachen. Nach der Paarung legt das Weibchen die Eier oft an die Unterseite der Blätter, zum

Beispiel von Brennnesseln. Aus Eiern werden Raupen. Diese sind sehr gefräßig und nehmen dadurch gewaltig an Größe

zu. Dabei häuten sie sich mehrfach, da die vorherige Haut nicht mehr passt. Schließlich bilden sie eine feste Hülle aus, die

man Puppe nennt. Darin verwandeln sich die Raupen in ein flugfähiges Insekt mit Flügeln.

Schmetterlinge gehören zu den farbreichsten Geschöpfen in der Tierwelt. Der Grund dafür ist im Aufbau der zarten Flügel zu finden. Diese bestehen aus tausenden von Schuppen, die dachziegelartig übereinander angeordnet sind. In den Schuppen sind farbige Pigmente eingelagert, die Sonnenlicht in einer bestimmten Farbe reflektieren. Es gibt aber auch Strukturfarben bei Schmetterlingsflügeln. Diese entstehen durch Lichtreflexe auf der Oberfläche der eigentlich farblosen Schuppen. In dunklen Farben speichern sie die Wärme des Sonnenlichtes.

Schmetterlinge sind Meister der Tarnung, doch schützen grelle Farben sogar auch vor Fressfeinden. Denn diese sind in der Natur ein Warnzeichen für andere Tiere, dass das Objekt ihrer Begierde giftig und ungenießbar sein könnte. In Wahrheit sind die Schmetterlinge fast immer

ungiftig. Ganz nebenbei bestäuben die Falter auch Pflanzen, indem sie die Pollen von Blüte zu Blüte tragen.

Einige Schmetterlinge fliegen im Winter in den Süden, wie der Admiral. Andere suchen sich ein warmes Winterquartier. Dort hängen sie rücklings an der Decke und warten auf den Frühling. Andere überleben als Ei, Raupe oder Puppe. Nur der Zitronenfalter kann den Winter draußen überstehen, da er Temperaturen bis minus 20 Grad aushält.

In vielen deutschen Städten gibt es Schmetterlingshäuser, wo man sich die wunderschönen Tiere einmal genau und „in freier Wildbahn“ anschauen kann. Der Ausdruck „Schmetterlinge im Bauch“ hat übrigens seinen Ursprung in dem Buch „House of Prayer“ der US-Schriftstellerin Florence Converse (1871–1967). Sie nutzte darin als Erste den Begriff „butterflies in the stomach“, was „Schmetterlinge im Magen“ bedeutet und bald überall sehr beliebt wurde.

Silvia Friedrich



Auch in deutschen Schmetterlingshäusern zu Gast: Südamerikanischer Himmelsfalter

● FÜR SIE GELESEN

Flucht und Neuanfang

Spanien im Bürgerkrieg – der junge Katalane Victor Dalmau hat eine Karriere als Arzt vor sich, als die Umstände ihn dazu veranlassen, mit seiner Familie das belagerte Barcelona zu verlassen. Sein Bruder Guillem ist im Kampf gegen das Franco-Regime gefallen. Daher beschließt Victor, dessen schwangere Verlobte Roser, eine begabte Pianistin, mitzunehmen. Über die Pyrenäen fliehen sie nach Frankreich, wo die beiden heiraten, um gemeinsam nach Chile auswandern zu können. Der Dichter Pablo Neruda ermöglichte mit seinem Flüchtlingsschiff „Winnipeg“ 1939 mehr als 2000 spanischen Flüchtlingen die Überfahrt nach Chile. Nach anfänglichen Schwierigkeiten gelingt Familie Dalmau der Neuanfang. Die Einflechtung historischer Persönlichkeiten der Zeit in das Romangeschehen wirkt etwas konstruiert, was dem Lesegenuss jedoch nicht schadet. **MRK**



Isabelle Allende: „Dieser weite Weg“, Roman, Suhrkamp Verlag, Berlin 2020, Taschenbuch, 382 Seiten, 12 Euro



FOTO: HANSE

Angeberwissen zur Fauna

Superschlaue Dinge, die jeden Leser überraschen. Eine Schatzgrube an Skurrilem und Erstaunlichem aus dem Reich der Tiere

Witzig, liebevoll und neben der Wissensvermittlung auch sehr unterhaltsam, so kommt das wundervoll illustrierte Kinderbuch des Hanser Verlags daher. Die Illustratorin Louize Perdieu schafft es mit ihren Bildern, die

Neugierde der Leser zu wecken; die Texte von Mathilda Masters befriedigen diese sehr. Die Autorin hat sich mit der „Superschlaue Dinge“-Reihe bereits profiliert.

Christiane Rinser-Schrut

Mathilda Masters: „321 superschlaue Dinge, die du über Tiere wissen musst“, Carl Hanser Verlag, München 2019, broschiert, 312 Seiten, 22 Euro

WALD

Wie ein Förster den Tag verbringt

Die Kinder Marike und Julius machen Ferien im Forsthaus und lernen auf spielerische Weise Flora und Fauna des Waldes kennen

VON SILVIA FRIEDRICH

Wer möchte nicht seine Ferien in einem Forsthaus verbringen und jeden Tag im Wald hertoben? Wenn man dabei mit einem Förster durch die Tannen streifen darf, erhöht das den Spaß noch.

Der Landwirt und Chefredakteur der „top agrar“, Guido Höner, lädt in dem Buch „Marike und Julius. Entdecke mit uns den Wald“ Kinder ab sieben Jahren zu Sommerferien im Forsthaus bei Förster Alex und Labradorhündin Amy ein. Was es dabei zu erforschen gibt, wurde von der Naturliebhaberin Noemi Bengsch anschaulich abgebildet.

Die Kinder ziehen ins Forsthaus ein und sind begeistert, denn das sieht aus wie ein verwunschenes, altes Schloss. Von ihrem Turmzimmer aus können sie viele Tiere wie Eichhörnchen, Vögel oder sogar eine Waldohreule beobachten. Im Dach wohnt außerdem ein Marder, der des nachts etwas Lärm macht.

Am nächsten Morgen geht es los mit der Arbeit im Forstrevier. Alex erklärt, dass so ein Revier oft viel größer sei als eine Stadt, und um alles, was mit dem Wald zu tun habe, müsse er sich kümmern. Die Kinder begleiten den Förster bei seiner Arbeit. Es wird kaum ein Detail rund um den Wald und die Waldarbeit ausgelassen.

Welche Berufe es gibt, die man hier ausüben kann, welche Bedeutung der Wald für die Natur und die Menschen hat,

wie und wozu Holz verarbeitet wird, was die Jahresringe eines Baumes bedeuten, welche Baumarten es gibt und vieles mehr bekommen die Leser genau erklärt. Natürlich wird auch die Tierwelt mit Rehen, Hirschen, Dachsen, Füchsen und Wildschweinen nicht vergessen. Gar nicht so leicht, Tiere des Waldes auch einmal in Wirklichkeit zu sehen, denn viele Arten sind nachtaktiv und schlafen oder verstecken sich am Tag vor den Menschen. Warum ein Förster hin und wieder jagen muss, wird kindgerecht erläutert. Am Schluss kann man sein Wissen über den Wald mit einem Quiz aus 21 Fragen überprüfen. Dabei gibt es einen Lerneffekt durch Wiederholung der Fakten.

Wie die im Buch handelnden Personen in Wirklichkeit aussehen, erfährt man am Ende des Werkes. Julius und Marike sind Geschwister, leben eigentlich auf einem Bauernhof und sind genauso alt wie die Leser des Buches. Auch den Förster Alex und seine Familie gibt es. Gerne streifen alle gemeinsam durch die Wälder.

Prall gefüllt mit lehrreichen Informationen macht dieses Buch Lust darauf, sich gleich einmal ins frische Grün zu begeben. Wer genau aufgepasst hat, weiß



Guido Höner/Noemi Bengsch: „Marike und Julius – Entdecke mit uns den Wald“, LV-Verlag, Münster 2021, gebunden, 120 Seiten, 16 Euro

VON WOLFGANG THÜNE

Das größte Rätsel für den Menschen ist seit Urzeiten das Wetter. In fast allen Kulturen waren dafür die obersten Götter zuständig. Gibt es bei Josef Bordats Buch „Klimawandel“ eine Handreichung für Katholiken?

Bordat ist kein Klimaforscher. Er zieht sein Wissen über die „Klimakrise“ aus dem dominanten Zeitgeist, beginnt mit der Erde als „Treibhaus“. Schon beim Anstieg des Meeresspiegels macht er einen Kardinalfehler. Hat er nie gesehen, wie schnell Schnee in der Sonne schmilzt, förmlich wie „Butter in der Sonne“? Das liegt daran, dass Pulverschnee unsere Augen blendet, aber stark das Sonnenlicht reflektiert. Fast 50 Prozent sind infrarot und absorbieren die Sonne und lassen den Schnee schmelzen. Deswegen tauen die Alpen im Frühjahr so schnell ab.

1859 definierte Gustav Kirchhoff den „idealen schwarzen Körper“, der alle Strahlung aller Wellenlängen absorbiert wie emittiert. Er entwickelte die Spektralanalyse und begründete die Astrophysik. Als Svante Arrhenius seine „Treibhaushypothese“ 1896 veröffentlichte, kannte er die Linien des Kohlenstoffdioxids und wusste, dass es nur bei 15 Mikrometer absorbieren kann und berechnete das Maß mit 16 Prozent.

Wenn man lange genug publiziert hat, dass die „Treibhausgase“ die infrarote „Wärmestrahlung“ absorbieren, dann glauben das die meisten Menschen. Jedes

Gas hat spezielle Absorptionslinien, wie Menschen ihre Fingerabdrücke. Deswegen kann CO₂ unmöglich das stets „offene Strahlungsfenster“ zwischen acht und zwölf umschließen, werden wolkenlose Nächte besonders kalt. Eine unklare Sprache verführt zu unscharfem Denken. Bei der Mauna-Loa-Kurve werden die Sägezähne eliminiert und Jahresmittelwerte angegeben. Damit wird vertuscht, dass der Jahresgang des CO₂ umgekehrt verläuft wie die Temperatur. Beide werden von der Sonne gesteuert: CO₂ wird fotosynthetisch in Pflanzen eingebaut, der Gehalt sinkt zum Sommer, während die Wärmestrahlung vom Boden absorbiert wird und die Temperatur steigt.

Dem „Wissen“ folgt die „Moral“, doch dem Unwissen folgt die Unmoral. Da helfen auch ethische und religiöse Betrachtungen sowie Überlegungen nicht, selbst keine „konsequentialistischen Ethikansätze wie der Utilitarismus“. Sie zielen darauf ab, dem Menschen die Verantwortung für alle Folgen seiner Handlungen zuzusprechen. Die Kirche sieht sich gerne als „Global Player“. Einen angepassten Weg beschritt Papst Franziskus mit seiner Enzyklika Laudato Si' 2015, die er im Vorfeld der Pariser UN-Klimakonferenz publizierte. Nach ihm ist „das Klima ein gemeinschaftliches Gut von allen für uns alle“. Klima ist ein Konstrukt, ein Abstraktum, das statistisch von Wetterdaten abgeleitet wird, und kein physikalischer Naturvorgang. Der Papst unterdrückt die Tatsache, dass Gott die Erde als rotierende Kugel mit dem ewigen Wechsel von Tag und Nacht und zahl-

reichen Klimazonen geschaffen hat, den arktischen, tropischen, ozeanischen wie kontinentalen Klimata, die mit der Luft-hülle verknüpft und mit der Sonnenenergie angetrieben werden. Er predigt die „globale Klimagerechtigkeit“, wissend, dass sie völlig unmöglich ist. Ein gerechtes Klima? Beim Neujahrsempfang am 9. Januar 2020 ging der Papst auf die „Fridays for Future“-Bewegung ein, deren Protagonistin Greta Thunberg er als „große Zeugin der Kirche in Umweltfragen nannte“.

Die Sorge um unser „gemeinsames Haus“ darf nicht zum Zankapfel verschiedener Ideologien werden. Sir Isaac Newton entwickelte experimentell 1701 sein „Cooling Law“ und berechnete die Abkühlungsgeschwindigkeit von heißem Kaffee. Newton entwickelte auch das Gravitationsgesetz und gilt als größter Naturforscher aller Zeiten. Das ist Tatsache. „Die Berufung, Beschützer des Werkes Gottes zu sein, praktisch umzusetzen, gehört zu einem tugendhaften Leben.“ Da hat Papst Franziskus Recht. „Dubito, ergo cogito, ergo sum“, dieses Motto von René Descartes hätte Bordat beherzigen sollen. Sein Buch ist nicht lesenswert, sondern für alle Religionen schädlich.



Josef Bordat: „Kirche im Klimawandel. Eine Handreichung für Katholiken“, Verlag Tredition, Hamburg 2020, Taschenbuch, 367 Seiten, 18,90 Euro

KLIMA

Zeitgeistiges über die Erde als „Treibhaus“

Mit seinem Buch „Kirche im Klimawandel“ liefert der Philosoph und Publizist Josef Bordat eine moralisierende Theorie über die „Klimakrise“ anstatt sich mit physikalischen Gesetzen auseinanderzusetzen

Rautenberg Bücher jetzt im Flechsig Medienvertrieb

Liebe Leser und Leserinnen der Preußischen Allgemeinen Zeitung!

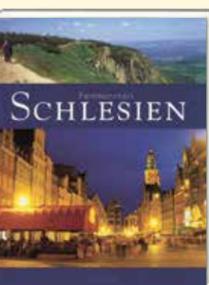
Neu und gleichzeitig bewährt ist unser Motto: Neu ist unser Medienvertrieb und unsere Adresse. Bewährt ist unsere Produktauswahl, die ich Ihnen weiterhin mit Vergnügen anbieten kann! Ich freue mich darauf, Sie bei Ihrer Auswahl weiterhin beraten zu dürfen!

Ganz wichtig: Bitte beachten Sie unsere neue Adresse und Telefonnummer:

Flechsig Medienvertrieb
Katrin Glesius
 Heisenbergstr. 10
 97076 Würzburg
 Telefon 09 31 / 45 26 5035
 Telefax 09 31 / 45 26 5036

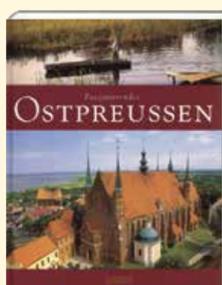
Ihre Lieferungen erhalten sie ab sofort von VDM Nickel, Flechsig Medienvertrieb, Kasernenstraße 6-10, 66482 Zweibrücken. Bitte haben Sie etwas Geduld mit uns. Die Umstellungen werden noch etwas Zeit kosten, bis sich alle Abläufe eingespielt haben.

Katrin Glesius
 Tel. 09 31 / 45 26 50 35
 Flechsig Medienvertrieb



Schlesien, das „zehnfach interessante Land“, wie schon Goethe erkannte, verzaubert durch seine reichen Kunst- und Kulturdenkmäler in einer romantischen Landschaft, die schon Joseph von Eichendorff besang und die durch die Sagenfigur des Rubezahl berühmt geworden ist. Mächtige Burgen und Ruinen, die Friedenskirchen in Schweidnitz und Jauer, alte Städte und pittoreske Dörfer laden zu faszinierenden Entdeckungen von den Wald- und Heidelandschaften im Westen bis zum sagenumwobenen Riesengebirge, von Breslau bis zum Vorgebirge der Karpaten. Dies und viele weitere Facetten des Landes zeigen die zahlreichen herrlichen Fotografien dieses Bildbandes.

Ralf Freyer/Ernst-Otto Luthardt
Faszinierendes Schlesien
 111 Abbildungen,
 Format 24 x 29 cm.
 96 Seiten/Gebunden
 Nr. P 575727 **9,95 €**



Immer mehr Menschen zieht es in jene faszinierende Gegend, in der einst die Wiege des preußischen Staates gestanden hat. Gerade die Masurische Seenplatte – nebst Ostseeküste – birgt nicht nur eine relativ unversehrte Natur, sondern auch eine Vielzahl historischer Städte und Dörfer, berühmte Gotteshäuser und Wallfahrtsorte sowie die Wehrbauten des Deutschen Ordens. Sehenswert sind jedoch nicht nur jene heute zu Polen gehörenden Gebiete Ostpreußens, sondern auch die alte Hauptstadt Königsberg – das heute russische Kaliningrad – oder die bekannten Badeorte Rauschen an der samländischen Küste und Nidden auf dem litauischen Teil der Kurischen Nehrung. Solche und viele weitere Facetten zeigen die zahlreichen herrlichen Fotografien.

Wolfgang Korall/
 Ernst-Otto Luthardt
Faszinierendes Ostpreußen
 117 Abbildungen,
 Format 24 x 29 cm.
 96 Seiten/Gebunden
 Nr. P 575725 **9,95 €**



Der Mythos Ostpreußen
 Auf den Spuren der Ordensritter im Ermland, Oberland, und Masuren.
 Laufzeit: 60 Minuten
 DVD
 Nr. P A0351 **5,95 €**



Glanz und Gloria: Die Kaiserzeit
 Deutsche Geschichte zwischen Reich und Republik
 Laufzeit: 60 Minuten
 DVD
 Nr. P A1667 **5,95 €**



Deutschland wie es einmal war
 Das deutsche Volk im Krieg
 Laufzeit: 60 Minuten
 DVD
 Nr. P A1659 **9,95 €**

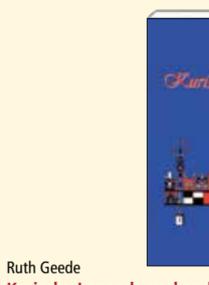


Deutschland wie es einmal war
 Pimpfe, Pfadfinder, Jungvolk
 Laufzeit: 60 Minuten
 DVD
 Nr. P A1658 **9,95 €**



Ingrid Hantke
Die schönsten Dorfgeschichten
 50 Lebenserinnerungen aus alter Zeit
 384 Seiten
 Geb. **6,95 €**
 Nr. P A1310

Wenn Menschen vom Land aus ihrer Jugend und von ihrem Leben erzählen, haben sie oft viel zu berichten, von dem die Städter meist gar nichts mehr wissen. So dienen diese authentischen Erinnerungen aus ganz Deutschland als Gedächtnisstütze für die einen („Ja, so war es.“) und als lebendiges Geschichtsbuch für die anderen („Das habt ihr alles erlebt?“). Aus über 1.000 Zeitzeugenberichten wurden für diesen Band die 50 schönsten und interessantesten Berichte aus 50 Jahren (1920–1970) ausgewählt. Erzählt wird vom Leben auf dem Land, von harter Arbeit auf Feld und Hof, der Kirmes mit Tanz und Frohsinn, die einmal im Jahr mit Sehnsucht erwartet wurde, von den Kindern, den Tieren, der Ernte und vielem mehr.



Ruth Geede
Kurische Legende und andere Erzählungen
 Einfühlsame Erzählungen von Ruth Geede, die die unberührte Schönheit des Landes mit See, Haff und Strom unter dem hellen nordischen Himmel in Erinnerung rufen und das harte, genügsame Leben seiner Bewohner beschreiben. Enthaltene Erzählungen: „Heimkehr im Herbst“, „Die große Wassernot“, „Hannas Kette“, „Die Kornkinder“, „Spiegelmarie“ und viele mehr. 128 Seiten
 Nr. P 9087 **Kartiert 10,50 €**



W. Lüdde-Neurath
Regierung Dönitz
 Die letzten Tage des Dritten Reiches
 Walter Lüdde-Neurath wurde im September 1944 Adjutant des Großadmirals Dönitz. Er erlebte den Zusammenbruch des Reiches, die Kapitulation der Deutschen Wehrmacht und die gewaltsame Auflösung der Regierung im Brennpunkt des Geschehens.
 280 Seiten.
 Nr. A0874 **Kartiert 19,80 €**



Jutta Rebmann
Als Frau in die Luft ging
 Die Geschichte der frühen Pilotinnen
 „Ein Steuerknüppel ist doch kein Rührlöffel!“ Mit solchen Kommentaren ihrer Fluglehrer wurden nicht selten Frauen konfrontiert, die in der Frühzeit der Fliegerei „in die Luft gehen“ wollten. Dabei gab es fliegende Frauen schon vor dem Flugzeug! In Deutschland begann es mit der Ballonfahrerin Käthe Paulus, die lang vor dem 1. Weltkrieg in mutigen Selbstversuchen Bahnbrechendes bei der Vervollkommnung des Fallschirms leistete und damit so manch späterem Flieger das Leben rettete! Ihre Nachfolgerin Melli Beese saß schon am Steuer „richtiger“ Flugzeuge. Wir treffen auf Elly Beinhorn und die legendäre Testpilotin Hanna Reitsch, auf die amerikanische Ozeanfliegerin Amelia Earhart und noch manch andere Namen rund um den Globus. Und wer hätte gedacht, dass ausgerechnet Beate Uhse schnittige Jagdflugzeuge für die Luftwaffe einflieg? Lebensbilder, die zugleich die ganze Geschichte der Fliegerei widerspiegeln.
 415 Seiten einige S/W Abbildungen
 Nr. P A1633 **Gebunden mit farbigem Schutzumschlag 9,95 €**



Gerhard Bracke
Melitta Gräfin Stauffenberg
 Das Leben einer Fliegerin
 Der anerkannte Militärgeschichtler Gerhard Bracke ehrt mit dieser Biographie eine der ersten Fliegerinnen Deutschlands. Dipl.-Ing. Melitta Gräfin Schenk von Stauffenberg, geb. Schiller, 1937 als zweite Frau in Deutschland zum Flugkapitän ernannt, flog den Stuka Ju 87 und die Ju 88. Nach dem 20. Juli inhaftiert, wurde sie jedoch wegen kriegswichtiger Aufgaben wieder entlassen. Am 8. April 1945 wird sie abgeschossen und stirbt.
 300 Seiten
 Nr. P A1669 **Gebunden 9,99 €**



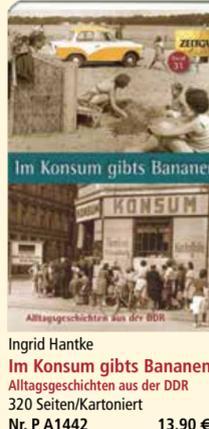
Ruth Geede
Wo der Sprosser sang
 Eine bunte Sammlung von berührenden Erzählungen, Erinnerungen und Gedichten der Ostpreußischen Familie, gesammelt und zusammengestellt von Ruth Geede, laden zum Träumen und Schmunzeln ein. Enthaltene Erzählungen: „Nidden“, „Im Schulhaus von Kiaulkehmen“, „Die Roggenmuhme“, „Trakehner Blut“, „Die Hochzeit auf dem Lande“, „Zu Martini wird gezogen“, „Mien Derpke“ und viele mehr. 128 Seiten
 Nr. P 1850 **Kartiert 10,50 €**



Franz Kurowski
Hasso von Manteuffel
 Panzerkampf im Zweiten Weltkrieg – Lebenserinnerungen
 Generaloberst Hasso von Manteuffel war ein begnadeter Panzerführer, der unter dem späteren Generaloberst Guderian, die ersten Erfolge errang. Er kämpfte im Verband der berühmten „Gespenster-Division“ Erwin Rommels. Unter seiner Führung wurden große Erfolge erzielt. Mit der 3. Panzerarmee kämpfte er bis Kriegschluss im Osten. 280 Seiten.
 Nr. A1271 **Kartiert 19,80 €**

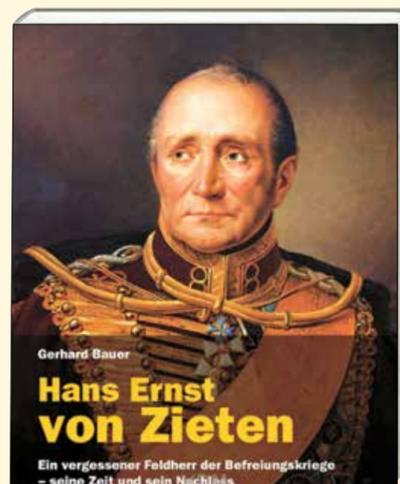


Jutta Rebmann
Als Frau in die Luft ging
 Die Geschichte der frühen Pilotinnen
 „Ein Steuerknüppel ist doch kein Rührlöffel!“ Mit solchen Kommentaren ihrer Fluglehrer wurden nicht selten Frauen konfrontiert, die in der Frühzeit der Fliegerei „in die Luft gehen“ wollten. Dabei gab es fliegende Frauen schon vor dem Flugzeug! In Deutschland begann es mit der Ballonfahrerin Käthe Paulus, die lang vor dem 1. Weltkrieg in mutigen Selbstversuchen Bahnbrechendes bei der Vervollkommnung des Fallschirms leistete und damit so manch späterem Flieger das Leben rettete! Ihre Nachfolgerin Melli Beese saß schon am Steuer „richtiger“ Flugzeuge. Wir treffen auf Elly Beinhorn und die legendäre Testpilotin Hanna Reitsch, auf die amerikanische Ozeanfliegerin Amelia Earhart und noch manch andere Namen rund um den Globus. Und wer hätte gedacht, dass ausgerechnet Beate Uhse schnittige Jagdflugzeuge für die Luftwaffe einflieg? Lebensbilder, die zugleich die ganze Geschichte der Fliegerei widerspiegeln.
 415 Seiten einige S/W Abbildungen
 Nr. P A1633 **Gebunden mit farbigem Schutzumschlag 9,95 €**

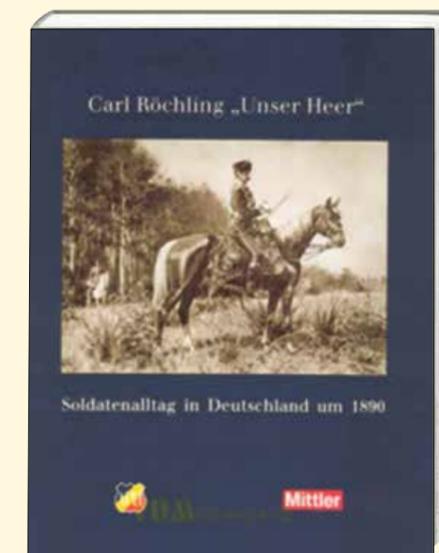


Ingrid Hantke
Im Konsum gibts Bananen
 Alltagsgeschichten aus der DDR
 320 Seiten/Kartiert
 Nr. P A1442 **13,90 €**

Nicht nur vom Schlangengestehen und von Urlaubsfreuden wird in diesem Buch erzählt. Begebenheiten aus mehr als 40 Jahren lassen eine lebendige Zeitreise entstehen. Authentisch, amüsant und leider oft auch bitter geht es durch den sozialistischen Alltag. Spannend wird es in manchen Geschichten, wenn die allgegenwärtige Staatsmacht uniformiert oder als Stasi-Mitarbeiter auftaucht. Wer im Osten aufgewachsen und gelebt hat wird sich mit Schmunzeln an ähnliche Begebenheiten zurückerinnern. Es geht um die ganz einfachen Dinge wie das Einkaufen, Urlaubsreisen oder die alltäglichen Geschehnisse. Die Erzählungen berichten ohne jede Verklärungen vom alltäglichen Leben in der DDR.



Gerhard Bauer
Hans Ernst von Zieten
 Ein vergessener Feldherr der Befreiungskriege – seine Zeit und sein Nachlass
 Hans Ernst von Zieten wurde 1770 als Untertan Friedrich des Großen in eine Zeit hineingeboren, in der Preußen seinen Status als aufstrebende Großmacht zu konsolidieren begann. 1786 trat Zieten in die preußische Armee ein. Abgesehen von einer kurzen Unterbrechung diente Zieten von Valmy (1792) bis Waterloo (1815) in allen Feldzügen des preußischen Heeres. Seine größten Verdienste erwarb er sich in den letzten drei Jahren der Epoche, wurde dafür jedoch niemals wie Blücher, Scharnhorst, oder Gneisenau gefeiert. Genau wie diese wurde er aber von seinem König und dessen Verbündeten mit Ehren und Auszeichnungen überhäuft. Dass sich bis heute der Ordensnachlass Zietens als einer der wenigen aus der Zeit der Befreiungskriege erhalten hat, bot sich die Gelegenheit, diesen mit einem reich bebilderten Werk vorzustellen, ebenso, wie den Beliehenen der Vergessenheit zu entreißen.
 208 Seiten, reich bebildert, Sprache: Deutsch und Englisch
 P A1668 **Gebunden 49,90 €**



Carl Röchling
Unser Heer
 Soldatenalltag in Deutschland um 1890
 Der Maler Prof. Carl Röchling (1855 - 1920), Meisterschüler des Anton von Werner, gehörte Ende des 19. / Anfang des 20. Jahrhunderts zu den bekanntesten Künstlern in Deutschland. Neben den militär-historischen Gemälden und zahlreichen Buchillustrationen sind seine Bilder zum Soldatenalltag im Frieden und im Krieg bemerkenswert. Sie alle vermögen das Verständnis für das Militär und seine Angehörigen jener Zeit zu vertiefen und geben zusätzlich Sammlern kulturhistorischer Zinnfiguren vielfältige Anregungen.
 Format 23,5 x 27 cm,
 142 Seiten,
 16 Farb- und 51 s/w-Tafeln
 und 14 Abbildungen im Text
 P A1671 **Gebunden 14,90 €**



Marion Gräfin Dönhoff/
 Dietrich Weldt (Fotograf)
Ritt durch Masuren
 67 Abbildungen. 80 Seiten.
 Gebunden mit Schutzumschlag
 Nr. P 1087 **19,80 €**

Im Herbst 1941 brechen Marion Gräfin Dönhoff und ihre Cousine Sibbi Lehndorff zu einem Ritt durch Masuren auf. Auf eine ganz besondere Art erleben sie das „stille Land“. Seither sind viele Jahre vergangen und in Masuren hat sich viel verändert. Geblieben ist die Landschaft mit ihren Seen inmitten großer Wälder. Geblieben ist auch die Stille. Damals wie heute ist dieses Land in seiner einzigartigen Urwüchsigkeit wunderschön. Die Schönheit Masurens hat der Fotograf Dietrich Weldt eingefangen, der den Weg der beiden Reiterinnen fünfzig Jahre später nachvollzogen und die herrlichen Bilder dem Text „Ritt durch Masuren“ von Marion Gräfin Dönhoff zugeordnet hat.



Georg Hermanowski
Das Ermland – Im Herzen Ostpreußens
 144 Farbfotos aus den 90er Jahren und einige historische S/W-Fotos von vor dem Krieg, lassen die Schönheiten des Ermlands wieder lebendig werden. Format 24 x 23 cm. 144 Seiten
 Nr. P 1765 **Gebunden 5,95 €**

FLECHSIG MEDIENVERTRIEB

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

Flechsig Medienvertrieb
Katrin Glesius
 Heisenbergstr. 10
 97076 Würzburg
!!! Neue Adresse !!!
 Telefon 09 31 / 45 26 50 35
 Telefax 09 31 / 45 26 50 36
 Email flechsigmedien@web.de
 Internet www.flechsigmedien.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,50*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname Name

Straße/Nr. Telefon

PLZ/Ort

Datum Unterschrift

● **AUFGESCHNAPPT**

Die Fälle, in denen die Kämpfer für das Gute von denen, für die sie sich einsetzen wollen, bewusst missverstanden werden, häufen sich. Die spanische Post wollte mittels einer Briefmarkenserie den neuerdings allseits empfundenen Rassismus anprangern. Die Motive der vier Marken bestehen aus Farbflächen, die unterschiedliche Hautfarben darstellen. Wie üblich, handelt es sich um verschiedene Werte, der kleinste beträgt 70 Cent, der größte 1,60 Euro. Folgt man den Aussagen der Verantwortlichen, solle so jede Postsendung „Spiegelbild der durch Rassismus geschaffenen Ungleichheit“ werden. Proteste erfolgten nahezu umgehend: Entgegen der Absicht der Post sei die Botschaft der Marken rassistisch, haben doch die dunkleren Hautfarben die niedrigeren Werte, die helleren die höheren. Wie man es macht, macht man es falsch. Wäre es umgekehrt gewesen, wäre der Rassismus-Vorwurf wahrscheinlich in der Form erhoben worden, dass die niedrigeren Markenwerte häufiger zur Verwendung kämen. *E.L.*

● **STIMMEN ZUR ZEIT**

Sarna Röser, Bundesvorsitzende des Verbandes Die jungen Unternehmer, warnt in der „Welt“ (11. Juni) eindringlich vor den Ausgabe- und Steuerplänen der Grünen:

„Das Problem unserer Zeit ist doch nicht, dass nicht genügend Geld für den Staat da wäre. Sondern das Problem ist, dass es in den aufgeblähten Verwaltungen versickert, wegen langwieriger Genehmigungsstaus nicht in Investitionen fließen kann oder aber für erbärmlich gemanagte Staatsprojekte wie den Flughafen BER verpulvert wird. Ist uns das nicht Beispiel genug, dass mehr Geld nicht ‚mehr‘ hilft?“

Bettina Gaus versteht nicht, wie Franziska Giffey nach Aberkennung ihres Dokortitels Spitzenkandidatin der SPD zur Berliner Abgeordnetenhaus-Wahl bleiben kann. Auf „Spiegel online“ (10. Juni) schreibt sie:

„Ich verstehe nicht, wie die SPD an Franziska Giffey als Spitzenkandidatin für die Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus festhalten kann. Der Dokortitel ist ihr nun aberkannt worden, als Ministerin ist sie untragbar – aber für Berlin genügt es? Seltsam.“

Henryk M. Broder rauft sich in der Schweizer „Weltwoche“ (13. Juni) die Haare über die Kanzlerkandidatur von Annalena Baerbock:

„In keinem Land der Welt käme eine Partei, die ernst genommen werden möchte, auf die Idee, eine unerfahrene und weitgehend ahnungslose, politisch pubertierende junge Frau zur Anwärterin auf den Posten des Regierungschefs – pardon: der Regierungschefin – zu ernennen, in Deutschland ist es passiert ... Ihre Selbsteinschätzung – ‚Ich komme aus dem Völkerrecht‘ – gehört heute schon zum Poinstentzschatz der Berliner Republik.“

Das Portal „reitschuster.de“ (14. Juni) zitiert die Jüdin Elena, in der Sowjetunion aufgewachsen, die vor zehn Jahren nach Deutschland emigriert ist und nun überlegt, wieder wegzugehen, denn:

„Ich habe den Eindruck, die Politiker und die Journalisten haben eine regelrechte Lust daran, die Menschen wegzusperren, sie sind panisch, sie reagieren irrational, wie in einer Sekte. Als Jüdin und frühere Sowjetbürgerin habe ich ein Gespür dafür, wenn eine Gesellschaft kippt, wenn es brenzlich wird. Und in Deutschland ist es so weit. Das spüre ich. Wer hier die staatlichen Maßnahmen auch nur in Frage stellt, wird jetzt schon schnell geächtet. Und was wird morgen mit solchen Kritikern gemacht?“

DER WOCHENRÜCKBLICK

Dann eben nicht

Warum uns Annalena Baerbock im Stich lassen könnte, und wieso wir unbedingt fernsehen müssen

VON HANS HECKEL

Annalena Baerbocks Popularitätswerte entfalten dieser Tage eine ungeahnte Dynamik. Allerdings nicht die erhoffte. Ihre Beliebtheitswerte haben sich allem Anschein nach bei den positiven Corona-Testzahlen untergehakt, mit denen sie in der Geschwindigkeit einer Gerölllawine zu Tal rauschen. So darf das nicht weitergehen. Die Grüne sollte uns Deutschen eine Lektion erteilen.

Da könnte sie eine Anleihe bei der großen Angela Merkel machen. Als die Bundesbürger im Jahre 2015 etwas irritiert darauf reagierten, dass ihr Staat an den Grenzen gerade aufgehört hatte, zu existieren, mahnte uns die Kanzlerin: „Wenn wir anfangen, uns entschuldigen zu müssen, dass wir ein freundliches Gesicht zeigen, dann ist das nicht mein Land.“ Gemeint war das freundliche Gesicht gegenüber hunderten Asylanwerbern und die Bereitschaft, sie ohne Kontrolle ins Land zu lassen und hier zu versorgen.

Merkels Mahnung hat damals gewirkt. Wer danach noch Zweifel an der „Willkommenskultur“ zu hegen wagte, musste sich auf was gefasst machen. Zum Happy End feierten dann schließlich alle, geflüchtete Schutzsuchende und Deutsche, fröhlich gemeinsam Silvester auf der Kölner Domplatte.

Es ist an der Zeit, dass auch Annalena Baerbock eine solche, historische Warnung ausstößt, etwa: „Wenn die Bürger:innen dieses Landes mir kein freundliches Gesicht mehr zeigen, dann ist das nicht mein Land. Und dann will ich auch gar nicht mehr Kanzlerin werden. Das habt ihr dann davon. So!“

Was uns entgehen würde

Was würden wir uns alle greinen ob der entgangenen Chance und von Scham zerfressen mit der Frage quälen, was wir da angerichtet haben. Denn eine Bundeskanzlerin Baerbock, das wäre ja wirklich mal etwas ganz Neues, Frisches, Unverbrauchtes.

Stellen wir uns nur die Blicke der Herren Biden, Macron oder Johnson vor, wenn die deutsche Regierungschefin auf einem internationalen Gipfeltreffen ihre Einsichten auf „Kobold“-Niveau zum Besten gibt. Die deutschen Medien haben sie solange für ihre „Fachkenntnis“ gelobt, dass Baerbock selbst daran glaubt und bestimmt keine Probleme hätte, der Welt stolz ihr Besserwissen vorzuführen. Die Staats- und Regierungschefs der

Welt werden zwischen Erstaunen, Entsetzen und Heiterkeit hin und her zucken, wenn Baerbock der erlauchten Runde Vorträge „aus dem Völkerrecht“ hält. Oder wenn sie Texte krampfhaft vom Blatt abstottert, von denen sie selbst kaum etwas versteht, weil sie „der Robert“ für sie geschrieben hat, weshalb die entnervte Annalena den Abschluss ihrer (also seiner) Rede mit einem vernehmlichen „Scheiße!“ krönt.

Das wäre doch was! Die Welt würde Augen machen und jeden deutschen Auslandsreisenden aufmerksam auf dessen Gemütszustand hin untersuchen. Denn bei Leuten, die so jemanden an die Spitze ihres Staates hieven, muss ja irgendwo etwas locker sein.

Was schiefgelaufen ist

Das kann jedoch nur etwas werden, wenn die Grünen an der Union wieder vorbeiziehen und Annalena ins Kanzleramt einrückt. Zusammen mit ihren kompetenten Beratern, die sie so fulminant in das Fiasko um ihren falschen Lebenslauf haben krachen lassen, ohne die Katastrophe kommen zu sehen. Was die wohl erst in einer echten internationalen Krise aufs Tapet brächten? Mit „Scheiße!“ allein wird es dann nicht mehr getan sein.

Doch danach, dass die Umfragewerte wieder besser werden, sieht es nicht aus. Wir Deutsche haben also versagt, wieder mal.

Was ist bloß schiefgelaufen? Am Anfang war doch alles toll! Es lief wie in Herman van Veens Hymne für die Friedens- und Umweltbewegung der 80er Jahre, als er sang: „Wir halten zusammen, keiner kämpft allein. Wir gehen zusammen, nicht allein.“ Ja, alle hielten zusammen, die Staatssender, die Konzernmedien, die „Politik-Experten“, keiner kämpfte allein und alle für Annalena.

Alle kämpften zudem mit ihrem Wahrnehmungsvermögen, um die Lücken und Unwahrheiten im Lebenslauf der Angeboteten nicht zu bemerken oder über ihre erklärungsbedürftigen Finanzgeschichten zu stolpern. Kein unbestechlicher ARD-Faktenfinder oder erbarmungsloser Fake-News-Entlarver fand auch nur das Geringste, da er selbstverständlich nirgends gesucht hatte.

Bis auf ein paar wenige Randständige, die schließlich die ganze Party zum Platzen brachten. Da hätte nicht einmal mehr der empörte Hinweis geholfen, dass der eine oder andere Aufdecker auch für Medien schreibt, die als „rechts“ oder „umstritten“ einzustufen seien, was normalerweise reichen sollte,

um jede weitere Nachfrage zu ersticken. Nein, die Sache war nicht aufzuhalten. Nun müssen wir den Preis dafür zahlen.

Zahlen müssen wir ja sowieso alle, auch wenn wir das Bezahlte gar nicht haben wollen, beispielsweise das, was wir für unsere GEZ-Gebühren bekommen. Georg Thiel sieht das anders und weigert sich standhaft, seine „Demokratie-Abgabe“ zu entrichten, zumal er weder Fernsehapparat noch Radiogerät besitzt. Langsam aber sicher wächst sich der Fall des 54-Jährigen zu einer überaus peinlichen Geschichte für die öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten aus. Denn Thiel ist für seine Überzeugungstat ins Gefängnis gewandert.

Da fragt sich der eine oder andere vielleicht, was das für ein Staat ist, in dem man in „Erzwingungshaft“ landet, weil man für „Sturm der Liebe“, den „Fernsehgarten“ oder Klaus Klebers moralsaure Zurechtweisungen nicht bezahlen möchte, weil man den Kram gar nicht guckt. Nun ist Thiel auch noch in Hungerstreik getreten. Für den WDR, in dessen Sendegebiet Thiel wohnt (und sitzt), wird die Angelegenheit dadurch natürlich noch unangenehmer.

Was nicht passieren darf

Mal sehen, wann das Ausland den Vorgang entdeckt und ein Erdoğan, ein Chinese oder irgendein Drittwelt-Despot Menschenrechts-Ermahnungen aus Berlin mit dem kecken Hinweis kontert, dass bei ihnen jedenfalls niemand in der Strafvollzugsanstalt endet, weil er nicht fernsehen oder Radio hören und daher für das Programm auch nicht bezahlen möchte. Man presst Leuten, die kein Auto besitzen, ja auch keine Kfz-Steuer ab. Aber womöglich kommt das ja noch – als neue „Mobilitäts-Abgabe“ für jedermann.

Allerdings ginge das schlecht mit der Verkehrs-Umerziehung zusammen, die man den Deutschen gerade angedeihen lässt. Wir sollen ja gar nicht mehr Auto fahren. Fernsehen hingegen sollen wir schon. Denn glaubt einer, die Grünen wären jemals über 20 Prozent in den Umfragen gekommen, wenn der Staatsfunk da nicht so treulich mitgeholfen hätte? Schon von daher muss die Staatsmacht bei diesem Thiel hart bleiben. Wenn dessen Beispiel Schule macht, könnte eine wesentliche Säule der staatlichen Beschulung des Volkes wegbrechen. Und wenn das passiert, bekommen wir ziemlich sicher nie mehr eine grüne Kanzlerin.

Wie die Führer der Welt wohl gucken, wenn Bundeskanzlerin Baerbock ihnen Vorträge „aus dem Völkerrecht“ hält?



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de

● **WORT DER WOCHE**

„Die Grünen ähneln einem verzogenen Blag, das sich eigentlich alles erlauben kann, auch und gerade Dissonanzen, an denen Parteien weiter rechts zerbrechen würden.“

Alexander Wendt in seinem Blog „publicomag“ am 10. Juni